

**USA suchen den Krieg mit dem Iran S. 6**



# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 21 – 24. Mai 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Von Aufbauwillen und Heimischwerden**  
Das »Projekt Königsberger Straße« **2**

### Deutschland

**Das »kleine Superwahljahr« beginnt**  
Die Europa- und die Bremenwahl am Sonntag **3**

### Hintergrund

**Der neue Wettlauf zum Mond**  
Diesmal nicht nur mit den (ehemaligen) Supermächten **4**

### Preußen / Berlin

**Zweifel an Berliner Polizeistatistik**  
Antisemitismusopfer widersprechen offiziellen Zahlen **5**

### Ausland

**Die USA suchen den Krieg mit dem Iran**  
Israel leistet Hilfestellung **6**

### Kultur

**Auf die vornehme Art**  
150 Jahre Haus am Ring der Wiener Staatsoper **9**

### Geschichte

**Streitmacht ohne Beispiel**  
Die alliierte Invasion in der Normandie 1944 **10**



Fahnen, Floskeln, Parolen: Dröhnende Bekenntnisse haben jede echte Debatte über die EU verdrängt

Bild: Imago Images / Ralph Peters

JAN HEITMANN:

## Verlogenes Spiel

Das Treffen mit der angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen auf Ibiza sei „dumm“, „unverantwortlich“ und ein „Fehler“ gewesen, das Verhalten gegenüber der Frau „alkoholbedingtes Machogehabe“. Zutreffender und deutlicher kann man es kaum ausdrücken, was dem zurückgetretenen österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Verhängnis geworden ist. Dabei stammen diese Worte nicht von seinen politischen Gegnern, sondern von dem FPÖ-Politiker selbst. Der Politiker Strache ist Geschichte, der Mensch Strache liegt am Boden. Diejenigen, die dennoch weiter auf ihn eintreten, diskreditieren sich selbst.

Den Nachtrettern geht es darum, von der Tatsache abzulenken, dass Strache nicht nur Opfer seiner Dummheit, sondern auch einer Intrige geworden ist. Er wurde in eine Falle gelockt. Zudem entstand das heimlich gemachte Video lange vor dem Beginn der Regierungsbeteiligung der FPÖ. Mit ihrer künstlichen Empörung wollen Straches Gegner auch bemänteln, dass er in dem Gespräch mit der Russin betont hat, dass eine Zusammenarbeit nur innerhalb der von den österreichischen Gesetzen gesetzten Grenzen denkbar sei. Und schließlich soll sich möglichst niemand darüber Gedanken machen, warum die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Spiegel“ – zur Erinnerung: Das ist das Blatt, das schamlos die erfundenen Geschichten eines Claas Relotius abgedruckt hat – gerade jetzt mit der Geschichte gekommen sind, da das Video doch schon mehrere Jahre alt ist. Dabei ist die Frage „Warum jetzt?“ einfach zu beantworten: Weil die EU-Wahl unmittelbar vor der Tür steht. Wer in dieser Sache von einem „Sieg der vierten Gewalt“ spricht, hat die Rolle der Medien in der Demokratie nicht verstanden.

Hans Heckel

# Nur noch Polemik

Der Wahlkampf warf ein Licht auf den verheerenden Zustand dieser EU

**Inhaltliche Leere wird durch Lautstärke übertönt, jedwede Kritik an Brüssel verteuftelt. Fazit: Es steht schlimm um die EU.**

Der zu Ende gehende Wahlkampf zu den EU-Wahlen diesen Sonntag warf ein Licht auf den verheerenden Zustand der europäischen Gemeinschaft. Inhaltliche Leere wurde durch Lautstärke übertönt. Wer die Probleme wie das dauerkriselnde Euro-System, die gescheiterte Einwanderungspolitik oder die demokratischen Defizite der EU endlich zur Debatte stellen wollte, wurde mit hysterischen Parolen bekämpft.

Dabei kehrten diejenigen Parteien, die in Brüssel bislang das Sagen hatten, die tiefsten Ecken der polemischen Mottenkiste aus: Kritiker wurden als „Populisten“ oder „Nationalisten“ verteuftelt. Keine Behauptung war platt und

diffamierend genug, um nicht ins Feld geführt zu werden.

So etwa jene, dass ohne diese EU ein neuer europäischer Krieg wahrscheinlicher würde. Dabei wird absichtlich ausgeblendet, dass die beiden europäischen Hauptgegner Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, Russland und Großbritannien, entweder nie EU-Mitglied waren oder es schon sehr bald nicht mehr sein werden.

Zwischen Berlin auf der einen sowie Moskau und London auf der anderen Seite dürfte diese EU in Zukunft eher spaltend als vereinernd wirken. Zumindest, wenn sich die Union weiter dreist als „Europa“ bezeichnet und damit so tut, als gehörten die Länder au-

ßerhalb der EU gar nicht zu unserem Kontinent. Oder als handele es sich bei ihnen um einen Betriebsunfall, um prekäre Außen-seiter, die man ignorieren kann.

Im Inneren ist die Selbstsakralisierung, ist das hohle Dogma an die Stelle von Argument und Dia-

log getreten. Wer Kritik übt, wird als ein Abtrünniger vom Glauben aus dem Kreis der Guten ausgeschlossen. Gegen den ist jeder schmutzige Trick erlaubt, wie die Affäre Strache zeigt. Deren Hintergründe versprechen interessante Details. Der Wiener Korrespondent der PAZ, Michael Link, ist am Ball und wird in Kürze Ergebnisse veröffentlichen.

Die Entfernung der EU von ihren Bürgern wird auf diese

Weise nur noch gesteigert. Inszenierte Pro-EU-„Bewegungen“ wie „Pulse for Europe“ oder die Demonstrationen vom vergangenen Sonntag täuschen darüber nicht hinweg. Zu einfach ist für jedermann erkennbar, dass es sich um konstruierte Fassaden-Veranstaltungen handelt, die an die organisierten Aufmärsche in Diktaturen erinnern.

Das Schlimmste: Dieser Wahlkampf hat der Hoffnung, dass sich diese EU von innen her noch reformieren kann, einen empfindlichen Dämpfer verpasst. Da sich die EU-Eliten offenbar außerstande sehen, die Probleme wie Euro-Krise oder Zuwanderung zu lösen, setzen sie auf Repression und Einschüchterung jedweder Opposition. Das – und nicht die „Populisten“ – kann die EU tatsächlich auseinanderreißen.

## Dialog wurde durch Dogmen ersetzt, weil Argumente fehlen

# Gewalt statt Besinnung

Der islamische Ramadan wird immer politischer – und damit gefährlicher

Am 6. Mai hat für gläubige Muslime der Fastenmonat Ramadan begonnen. Berechnet nach dem Mondjahr verschiebt sich der Fastenmonat von Jahr zu Jahr um etwa zehn Tage gegenüber dem Sonnenjahr. Das Fastengebot im Koran beruft sich ausdrücklich auf die vorislamische Fastenpraxis. Dennoch ist das heutige islamische Fasten ganz anders als das, was Christen oder Juden als Fasten kennen. Aus einer Zeit der Besinnung und des Gebets ist das islamische Fasten zu einer Zeit der öffentlichen Selbstdarstellung und zur gegenseitigen Sozialkontrolle seiner Anhänger geworden.

Im Ramadan fasten Muslime vom Sonnenauf- bis zum Untergang. Er gilt für Erwachsene, aber nicht für Kranke, Schwangere, Reisende und Kinder. In Deutschland sind geschätzt fünf Millionen Muslime zum Fasten aufgerufen. Da das Fasten immer mehr, wie das Kopftuch der Frau, zur Machtdemonstration eines politischen Islam missbraucht wird, werden auch immer mehr Kinder zum Fasten gezwungen, ähnlich wie auch Schulfrauen immer mehr in mehrheitlich nichtislamischen Ländern zum Tragen eines Kopftuches gezwungen werden.

Ursprünglich war auch im Islam das Fasten eine religiös intensive Zeit der Besinnung und des Gebetes. Doch in den letzten Jahrzehnten wird der Ramadan, wie auch

die öffentlichen Gebete und die Wallfahrt nach Mekka, oft zur intensiven islamischen Selbstdarstellung eines politisch sich definierenden Islam und vor allem als Gemeinschaftsvollzug benutzt, obwohl davon im Koran nichts geschrieben steht. Das hat zu einigen Widersprüchen und vor allem zu vielen Konflikten geführt.

Obwohl im Koran vom Fasten als einer Pflicht die Rede ist, steht dort nichts von einem Zwang bei der Durchsetzung des Fastens. In vielen islamischen Ländern ist jedoch gerade der Zwang in religiösen Dingen auf dem Vormarsch. In vielen

dieser Länder gibt es eine eigene Religionspolizei, welche die Durchsetzung der religiösen Vorschriften garantieren soll. In manchen Ländern, wo solche Polizeien noch nicht ins westliche Image passen, wie in der Türkei, setzen sich immer mehr diverse, oft subtile soziale Kontrollmechanismen durch, wie zum Beispiel das gemeinsame Fasten in Gruppen oder Stadtvierteln, was dafür sorgt, dass gerade im Ramadan die soziale Kontrolle innerhalb der muslimischen Bevölkerung noch größer als sonst ist. Eigene Nachbarschaftsbünde sollen in den Stadtvierteln

der Großstädte der Türkei für die Durchsetzung des Fastengebots in Gruppen sorgen. Allerdings steht von einem Fasten in Gruppen auch nichts im Koran. Gegen den im Islam immer mehr festzustellenden Zwang bei der Durchsetzung religiöser Vorschriften gibt es jedoch immer mehr Widerstand.

In Tunesien, wo es keinen gesetzlich festgelegten Zwang zum Fasten gibt, dies aber immer mehr erwartet wird, rief im letzten Jahr eine Menschenrechtsgruppe in einem offenen Brief die Behörden zum Schutz der Gewissens- und Religionsfreiheit auf und forderte freies Essen oder Rauchen in der Öffentlichkeit während des Ramadan.

Der Ramadan hat auch eine kriegerisch-dschihadistische Komponente. Mohammed selbst zog im Ramadan des Jahres 624 gegen die Mekkaner zu Felde und besiegte sie. Darauf beziehen sich die Dschihadisten heute, wenn sie gerade während des Ramadan „für die Sache Allahs“ kämpfen und töten. Radikale Gelehrte bestärken sie darin. Terrorexperten warnen deshalb davor, dass radikale Muslime den Fastenmonat Ramadan für neue Anschlagsserien nutzen könnten. Bereits in den vergangenen Jahren kam es während des Ramadan weltweit zu einem starken Anstieg terroristischer Aktivitäten mit Hunderten von Toten.

Bodo Bost

## Religionspolizei überwacht Gläubige

## MELDUNGEN

## Taiwan weiter ausgegrenzt

Berlin – Auf Druck der Volksrepublik China wird Taiwan erneut der Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf verweigert. Hauptorgan der WHO ist die Weltgesundheitsversammlung (WHA), die diese Woche in Genf zusammentritt. Sogar Journalisten aus Taiwan wurde in den letzten beiden Jahren die Akkreditierung für eine Berichterstattung verweigert. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die auch ein Asienbüro in Taiwans Hauptstadt Taipeh unterhält, hat dagegen protestiert. In Berlin hat die Taipeh-Vertretung vergangene Woche am Brandenburger Tor eine große Kundgebung mit mehreren hundert taiwanischen und deutschen Teilnehmern abgehalten. Daran schloss sich eine Demonstration durch die Innenstadt an. Auch Bundestagsabgeordnete nahmen daran teil. Der Vorsitzende des parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipeh, der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willisch (CDU), erklärte: „Taiwan stellt keine nicht erfüllbaren Forderungen. Es möchte mit eingebunden sein in den Informationsfluss der WHO, für die eigene Sicherheit und um seinen Beitrag zur Bekämpfung gefährlicher Epidemien leisten zu können.“ Es habe hierfür auch bereits in vielen Ländern Hilfe geleistet. „Taiwan ist ein Leuchtturm der Freiheit und der Demokratie in Asien“, betonte Willisch. Der Repräsentant Taiwans in Deutschland, Jhy-Wey Shieh, erklärte gegenüber der PAZ: „China ist stur und stark. Aber die Unterstützung vieler Staaten für unsere berechtigten Anliegen ist gewachsen.“

ML.

## Appell für Debattenkultur

Neunkirchen-Seelscheid – Zahlreiche namhafte Vertreter aller gesellschaftlichen Bereiche haben im Internet ([www.rolf-stolz.de](http://www.rolf-stolz.de)) einen „Aufruf gegen Hass und Gewalt, für Debattenkultur“ veröffentlicht, in dem sie einen demokratischen und fairen Umgang mit der AfD fordern: „Existieren heute in Deutschland nur noch zwei Lager, die Anhängerschaft der AfD auf der einen Seite und die, die diese Partei verbieten und vernichten wollen, auf der anderen Seite? Natürlich nicht. Aber im Pro-und-contra-Geschrei ist die Stimme der unabhängigen mittleren Position, die Stimme der Vernunft und der sachlichen Beurteilung, kaum wahrzunehmen. Wir treten ein für einen fairen Dialog, für Respekt und Toleranz gegenüber allen, die gewaltfrei darüber streiten, was das Beste für unser Land und unser Volk ist. Wir wollen helfen, die vielfältige Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden. Uns leiten die Freiheitsideen von 1789, 1848 und 1918, die Zielvorstellungen des Grundgesetzes von 1949 und das Vermächtnis des antinazistischen und antistalinistischen Widerstandes. Wir fordern die Gruppen und Aktivisten der Parteien, Gewerkschaften und anderer Bewegungen sowie Politik und Medien auf: Verzicht auf haßerfüllte Parolen wie ‚Nazipartei AfD‘ oder ‚die demokratischen Parteien und die AfD!‘. Streitet mit der AfD mit legalen Mitteln wie mit anderen politischen Konkurrenten auch! Die AfD ist kein Feind in einem Bürgerkrieg. Verzicht auf die an faschistisches Vorgehen erinnernden Boykott-Aktionen und gewalttätigen Demonstrationen, deren einziges Ziel es ist, der AfD ihr Versammlungsrecht zu nehmen! Ächtet jeden Angriff auf Leib und Leben politischer Gegner, ächtet auch die Zerstörung des Eigentums der Anderen, die Drohungen und Erpressungen!“ J.H.

## Von Aufbauwillen und Heimischwerden

Das »Projekt Königsberger Straße« zeigt im Freilichtmuseum das Leben im ländlichen Raum der Nachkriegszeit

Wohl in fast jeder deutschen Gemeinde gibt es eine Königsberger Straße. Etwas Besonderes indes ist die Königsberger Straße im niedersächsischen Rosengarten, direkt am südlichen Stadtrand von Hamburg. Sie liegt nämlich auf dem Gelände eines Freilichtmuseums.

Das Projekt „Königsberger Straße. Heimat in der jungen Bundesrepublik“ holt mit insgesamt sechs Gebäuden die Nachkriegszeit von 1945 bis 1979 ins Freilichtmuseum am Kiekeberg. Das Projekt besitzt bundesweite Bedeutung, denn erstmals wird die Kulturgeschichte der Nachkriegszeit in der ländlichen Region erforscht und durch den Aufbau von Häusern und einer umfassenden Ausstellung dargestellt. Viele Menschen aus der Erlebnisgeneration gaben dafür ihr Wissen an die Wissenschaftler weiter und übergaben dem Museum Dokumente und Gegenstände aus der Zeit, von Bauunterlagen, der provisorischen Ersteinrichtung bis zum Fotoalbum.

Das Freilichtmuseum am Kiekeberg erforscht diese Epoche schon seit Jahren. Themen sind unter anderem Siedlungsbau, Flüchtlingsintegration, Anlage von Notgärten, Ausbau der Infrastruktur und das Alltagsleben. Besonders Wert legen die Museumsleute dabei auf Zeitzeugen und Erklärungen zu hinterlassenen Objekten, Dokumenten und Fotos, um neben dem zeittypi-



Grafiken (2): Frenzel und Frenzel

Beispielhaft für das Erscheinungsbild von Dörfern in der Nachkriegszeit: Visualisierung der Königsberger Straße im Freilichtmuseum

stellungen von modernem Leben zeigt. Das Ensemble wird durch Gärten, Straßenlaternen, eine Litfaßsäule und eine Telefonzelle vervollständigt.

Das Freilichtmuseum am Kiekeberg baut, wenn möglich, Ori-

ginalpläne der Region an ihren Standorten ab und bringt sie ins Museum. Beim Siedlungsdoppelhaus und dem Geschäftshaus allerdings stand trotz intensiver Bemühungen kein geeignetes Gebäude für die Verbringung ins Museum zur Verfügung. Für die Königsberger Straße rekonstruiert das Freilichtmuseum deshalb die ursprünglichen Bauten anhand alter Bauzeichnungen.

So entsteht ein typisches Siedlungsdoppelhaus, wie es von Bau- und Siedlervereinigungen in den frühen 1950er Jahren zu Tausenden gebaut wurde, um die Wohnungsnot zu lindern. Die Originalpläne für das Doppelhaus am Kiekeberg stammen von einem Gebäude, das die damalige Wohnungsbaugenossenschaft des Landkreises Harburg im Jahre 1958 im nahen Maschen errichten ließ. Die Wohnverhältnisse sind mit „beengt“ noch äußerst zurückhaltend beschrieben. Es wurden insgesamt vier Familien mit sieben bis acht Personen in je-

weils drei Zimmern im Doppelhaus wohnen. Den Keller und den Stall hatten sie in Eigenarbeit zu errichten.

In dem Gebäude wird auf rund 100 Quadratmetern eine Dauerausstellung die Geschichte der

Richtfest des Siedlungsdoppelhauses wurde im März begangen, nach der umfangreichen Einrichtung der Ausstellung wird es voraussichtlich im Mai 2020 eröffnet. Das in das Freilichtmuseum versetzte Flüchtlingsiedlungshaus ist ein typischer Vertreter des anderthalbgeschossigen Gebäudetyps mit kleinem Viehstall und Selbstversorgergarten, der die nach 1948 am Rande vieler Dörfer entstandenen unzähligen Neubausiedlungen für Flüchtlinge und Ausgebombte prägte. In der Königsberger Straße am Kiekeberg steht es für die Linderung der Wohnungsnot sowie ein erstes „Heimischwerden“ durch den Aufbau einer neuen Existenz. In den Räumen wird eine authentische Wohnsituation der aus Ostpreußen stammenden Bewohnerfamilie dargestellt werden. Neben dem Wohngebäude wird ein Stallgebäude mit einer Sommerküche und Räucherherd rekonstruiert.

Warum gerade der Landkreis Harburg besonders geeignet ist, exemplarisch für das Thema zu stehen, erläutert Landrat Rainer Rempe: „Seine Bevölkerungszahl hat sich bis heute mehrfach verdoppelt, allein von 1945 bis 1955 wuchs die Zahl von 62.602 auf 124.397 Menschen an.“ Die Neubürger brachten neues Fachwissen und einen starken Aufbauwillen mit, sie bereicherten mit anderen Traditionen und Gewohnheiten das Dorfleben. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

darstellen“, so Rempe weiter. „In den Dörfern zeigen sich die großen Veränderungen in der Nachkriegszeit im Kleinen. Es gibt beim Bauen und Wohnen, aber auch im gesellschaftlichen Leben große Umbrüche, die teilweise bis heute den Alltag und das Erscheinungsbild von Dörfern in ganz Deutschland und die Beziehungen zu nahen Großstädten prägen“, ergänzt Museumsdirektor Stefan Zimmermann. Es sei den Initiatoren ein großes Anliegen, den Besuchern diese „dynamische und auch widersprüchliche

## Ein Haus zeigt die Wohnsituation einer ostpreussischen Familie

Zeit“ nahezubringen und ihnen zu zeigen, wie sehr die damaligen Aufbauleistungen auch ihr Leben beeinflussen.

Dass das Projekt eine herausragende museale Bedeutung weit über die Grenzen der Region und des Landes Niedersachsen hinaus besitzt, hat man auch in Berlin erkannt. Deshalb beteiligte sich die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit 3,84 Millionen Euro an den Kosten. Weitere Förderer sind das Land Niedersachsen, der Landkreis Harburg, der Förderfonds Hamburg/Niedersachsen der Metropolregion Hamburg, die Stiftung Niedersachsen, die Stiftung Hof Schlüter, die Niedersächsische Sparkassenstiftung, die Stiftung der Sparkasse Harburg-Buxtehude, der Lüneburgische Landschaftsverband, die Klosterkammer Hannover, die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung und der Förderverein des Freilichtmuseums am Kiekeberg. Das Gesamtprojekt ist auf 6,14 Millionen Euro angelegt.

Nach deren Fertigstellung präsentiert das Freilichtmuseum am Kiekeberg mit der Königsberger Straße ein Ensemble, das typisch für das Leben in der Nachkriegszeit ist und bis heute das Erscheinungsbild von Dörfern in ganz (West-)Deutschland prägt. Neben den Gebäuden und der Ausstellung im Siedlungshaus werden Führungen, Mitmach-Aktionen und andere Begleitprogramme den Alltag auf dem Dorf zu der Zeit und dessen Wandel erfahrbar machen.

Jan Heitmann



Typisch für das Leben in der Nachkriegszeit: Straßenszene im Ensemble der Königsberger Straße

schen auch den individuellen Wert der Gegenstände zu erfassen. Vor allem die Großexponate ermöglichen dem Besucher eine eindrucksvolle Begegnung mit der Vergangenheit. So zeigt seit 2007 eine originale Nissenhütte als typische Notunterkunft der damaligen Zeit das ärmliche Leben von Flüchtlingen und Ausgebombten in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für die Königsberger Straße wählte das Museum typische Gebäude mit aussagekräftigen Geschichten aus, die in gleicher Weise für die gesamte deutsche Entwicklung stehen: eine Tankstelle mit angeschlossener Werkstatt, eine Ladenzeile mit sechs Geschäften, ein Siedlungsdoppelhaus, ein Flüchtlingsiedlungshaus, einen Aussiedlerhof, also einen landwirtschaftlichen Betrieb mit hohem Technisierungsgrad außerhalb des Dorfes, und ein von einem Versandhaus vertriebenes Fertighaus, das die damaligen Vor-

stellungen von modernem Leben zeigt. Das Ensemble wird durch Gärten, Straßenlaternen, eine Litfaßsäule und eine Telefonzelle vervollständigt.

Flüchtlinge brachten neue Impulse in die westdeutschen Dörfer

Metropolregion Hamburg und damit beispielhaft die Entwicklungen in der Nachkriegszeit in ganz Westdeutschland zeigen – von der Flüchtlingsituation bis zum wirtschaftlichen Aufschwung und den Wechselbezügen mit der Groß-



Foto: FLWIK

Zufriedene Gesichter: Förderer vor dem Siedlungsdoppelhaus

stadt. Die Themen sind Integration von Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten, Entwicklung zu einem florierenden Wirtschaftsraum, Kommunalpolitik und Mobilität und Heimat. Das

war somit für den ländlichen Raum ein gravierender Einschnitt. „Heute können wir anhand der Geschichte unseres Landkreises die Leistungen der Aufbau-Generierung würdigen und Besuchern

# Das »kleine Superwahljahr« beginnt

Noch wichtiger als die Europa- ist für die Große Koalition im Bund wohl die Bremenwahl

**Am kommenden Sonntag beginnt mit der Europawahl und der Bremer Bürgerschaftswahl das „kleine Superwahljahr“ 2019. Vor allem für die SPD steht viel auf dem Spiel.**

Bremen ist das flächenmäßig kleinste Bundesland – doch es gibt nicht wenige Politiker, die vom Ausgang der Bürgerschaftswahl gravierendere Folgen für die Große Koalition im Bund erwarten als vom Europawahl-Ergebnis am selben Tag. Denn erstmals seit 73 Jahren schiebt sich die CDU an, stärkste Partei im Stadtstaat zu werden. Verantwortlich dafür ist neben dem Bundestrend auch der 58-jährige Spitzenkandidat Carsten Meyer-Heder, den vor gut einem Jahr noch nicht mal die CDU-Mitglieder kannten. Der nur zwei Jahre ältere Bürgermeister Carsten Sieling wirkt gegen den selbstständigen Softwareunternehmer wie ein Relikt aus der Vergangenheit.

In den jüngsten Umfragen vor der Wahl lag die CDU mit 26 Prozent knapp vor den Sozialdemokraten. Die in Bremen traditionell starken Grünen kämen auf 18 Prozent, die Linke auf zwölf und die FDP kämpfte mit sechs Prozent um den Wiedereinzug ins Parlament, dem aller Voraussicht nach auch die AfD mit derzeit acht Prozent wieder angehören wird. Aufgrund der Besonderheit des bremischen Wahlrechts könnte auch die rechtskonservative Wählervereinigung „Bürger in Wut“ mit ihrem Spitzenkandidaten Jan Timke wieder in der Bürgerschaft vertreten sein. Dies wäre dann der Fall, wenn es ihr gelingen würde, in ihrer Hochburg Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.

Unabhängig davon zeichnet sich ab, dass das kleinste Bundesland in der kommenden Legislaturperiode von einem Dreier-Bündnis angeführt wird, da CDU und SPD ein gemeinsames Regieren als nicht wünschenswert bezeichnet haben. Die SPD hofft, dass sie den Zu-

Rennen und man sollte sich nicht voreilig festlegen. Die ganz große Mehrheit in der Partei wird für Rot-Rot-Grün sein. In einem Bündnis mit der CDU der Juniorpartner zu sein, ist nur schwer durchsetzbar. Andersherum kann ich mir eine rot-schwarze Koalition vorstel-

gleichzeitig stattfindenden Europawahl zeichnet sich ein Debakel ab. Kamen die Sozialdemokraten 2014 noch auf gute 27 Prozent, so landeten sie zuletzt zwischen 16 und 18 Prozent. Ein derartiger Absturz könnte auch die Zukunft der Großen Koalition in Berlin in Frage

dings fielen die Umfrageergebnisse teilweise in den einstelligen Bereich. „Die quälenden Debatten um den Brexit und die Angst vor einem Auseinanderbrechen der EU haben uns sicherlich nicht geholfen“, sagte Spitzenkandidat und Parteichef Jörg



**Vor allem für die SPD steht viel auf dem Spiel: Bürgermeister Carsten Sieling spricht bei einer Veranstaltung im Bremer BLG-Forum auf der Auftaktveranstaltung seiner Partei für die heiße Wahlkampfphase**

Bild: pa

schlag für ein rot-rot-grünes Bündnis erhält, während die CDU auf eine Jamaika-Koalition mit Grünen und FDP setzt. Der frühere Bürgermeister Henning Scherf möchte jedoch auch eine Große Koalition unter Führung seiner Partei nicht ausschließen: „Es ist ein enges

len, bei der die SPD wieder den Bürgermeister stellt. Man sollte erst einmal nichts ausschließen.“

Nicht auszuschließen, sondern gar wahrscheinlich sind erhebliche Turbulenzen innerhalb der SPD für den Fall, dass Bremen verlorengehen sollte. Denn auch bei der

stellen. Doch auch für die Union sieht es derzeit nicht rosiger aus. Kam sie vor fünf Jahren noch auf über 35 Prozent, so kämpft sie in den Tagen vor der Wahl um ein Überspringen der 30-Prozent-Hürde. Die Grünen, beflügelt vom medial befeuerten Klima-Hype, stehen mit knapp 20 Prozent erstmals davor, bundesweit zweitstärkste Kraft zu werden, während FDP und Linkspartei mit jeweils nur sechs Prozent ein schlechtes Abschneiden droht. Die große Unbekannte bei dieser Wahl ist das Abschneiden der AfD. Ursprünglich hatte die Rechtspartei ein Ergebnis von 15 bis 20 Prozent avisiert, aller-

Meuthen. Zuletzt lag die Partei, die vor sieben Jahren unter Führung des längst ausgeschiedenen Parteigründers Bernd Lucke auf 7,1 Prozent kam, aber wieder zwischen zwölf und 13 Prozent. „Wir werden ein gutes, zweistelliges Ergebnis erzielen. Wir haben auch bei der Bundestagswahl auf den letzten Metern zugelegt“, sagte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel. Dem neuen EU-Parlament nicht mehr angehören wird dagegen wohl Lucke. Für seine „Liberal-Konservativen Reformer“ ist derzeit keine demoskopisch messbare Zustimmung feststellbar. *Peter Entinger*

Anzeige

**FÜR EIN EUROPA DER FREIHEIT**

Am 26.5. **JÖRG MEUTHEN** wählen!

**AfD**

AUS LIEBE ZU DEUTSCHLAND  
FREIHEIT STATT BRÜSSEL

## Zu jüden- oder israelkritisch

Streit um den Aachener und den Göttinger Friedenspreis

Ursprünglich sollte der ukrainische Journalist und Blogger Ruslan Kotsaba den diesjährigen Aachener Friedenspreis erhalten. Dann jedoch fiel auf, dass er im Jahre 2011 bei einer Gedenkveranstaltung in seiner westukrainischen Heimatstadt Iwano-Frankiwsk den Juden eine Mitschuld am Holocaust vorgeworfen hat.

Vorgeschlagen hatte Kotsaba unter anderem der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Andrej Hunko. Selbst nachdem die jüdenkritischen Äußerungen von Kotsaba bekannt geworden waren, versuchte Hunko, die Entscheidung der Friedenspreisjury für diesen noch zu retten. Kotsaba habe, so Hunko, nach seiner Politisierung im Kontext des Krieges in der Ostukraine viele seiner Einstellungen überdacht und geändert. Der 52-jährige Journalist war wegen seiner Berichterstattung über den Krieg in der Ostukraine in die Kritik von ukrainischen Nationalisten geraten und als ukrainienfeindlich bezeichnet worden. Kotsaba behauptete, es gebe „so gut wie keine regulären russischen Truppen im Donbass, sondern nur Separatisten, die in Freiheit leben wollten“. Wegen Behinderung

der ukrainischen Streitkräfte wurde Kotsaba zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, aber nach einem Jahr hinter Gittern vorzeitig freigelassen.

Seit Februar gibt es eine kontroverse Debatte um die Verleihung des Göttinger Friedenspreises der Stiftung Dr. Roland Röhl, den es seit 1999 gibt und der ein Preisgeld von 3000 Euro auslobt. Dieses Jahr erhielt ihn der Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Dieser Ver-

tätspräsidentin Ulrike Beisiegel und Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler distanzieren sich von der Preisvergabe.

Chef der Preisjury der Stiftung ist der Journalist Andreas Zumach, selbst Preisträger des Jahres 2009. Der bekannte Friedensaktivist aus der Friedensbewegung der 1980er Jahre und Mitarbeiter der „Aktion Sühnezeichen“ ist Mitglied des „Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzungspolitik“ (BIB). Das BIB schreibt auf seiner Website unter anderem, dass „die Angriffe palästinensischer Attentäter und die Raketen aus dem Gaza-Streifen lediglich Ausdruck von Verzweiflung und Ohnmacht“ seien, wirft Israel Kolonialisierung, Enteignung von Land vor und behauptet, dass der Judenstaat ein „Apartheidstaat“ sei.

Während Kotsaba behauptet, die Juden seien selbst schuld am Holocaust gewesen, sagt Zumach die vielen Unterstützer Israels seien die wahren Verursacher von Antisemitismus. Einem Angehörigen von Holocaust-Überlebenden, der ihn kritisierte, hat Zumach einmal sichtlich empört bei einem seiner Vorträge zugerufen, er habe „den Holocaust nicht verstanden“. *Bodo Bost*

## MELDUNGEN

### 21 Milliarden für Asylsucher

**Berlin** – Die „flüchtlingsbezogenen Gesamtbelastungen“ des Bundes im Jahr 2019 belaufen sich voraussichtlich auf eine Größenordnung von rund 21 Milliarden Euro, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, in der diese sich nach dem Umgang mit dem Überschuss des Haushalts 2018 und der sogenannten Flüchtlingsrücklage erkundigt hatte. In ihrer Antwort betont die Bundesregierung, es liege im Fall der Flüchtlingsrücklage weder ein Schattenhaushalt vor noch würden die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verletzt. Von 2020 bis 2023 sollen der Rücklage insgesamt 17,3 Milliarden Euro entnommen werden. *J.H.*

### Friseurbesuch mit Steuergeld

**Berlin** – Mitglieder der Bundesregierung nehmen auf Kosten des Steuerzahlers vor öffentlichen Terminen die Leistungen für Make up und Frisur beziehungsweise Leistungen von Visagisten in Anspruch. Das hat die AfD-Fraktion mit einer Kleinen Anfrage ans Licht gebracht. So nimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel für Make-up und Frisur regelmäßig die Leistungen einer freiberuflichen Assistentin in Anspruch. Finanzminister Olaf Scholz, Außenminister Heiko Maas, Bildungsministerin Anja Karliczek und Staatssekretär Thomas Rachel haben sich einmal von einem Visagisten aufhübschen lassen, während bei der Migrationsbeauftragten und Staatsministerin Annette Widmann-Mauz sowie der Staatssekretärin Maria Flachsbarth dafür gleich zwei und bei Umweltministerin Svenja Schulze vier Termine nötig waren. Was diese Verschönerungssitzungen gekostet haben, will die Bundesregierung nicht sagen, da „hierdurch das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Auftragnehmer beeinträchtigt würde“. *J.H.*

## Zeitzeugen



**Jeff Bezos** – Der Eigentümer von Amazon und der renommierten „Washington Post“ gründete 2000 das Raumfahrtunternehmen „Blue Origin“. Dessen „Blue Shepherd“-Rakete soll zunächst Weltraumtouristen für elf Minuten ins All schicken und war bei unbemannten Testflügen erfolgreich. Später will Bezos auch zu Mond und Mars fliegen. Finanziert werden die Projekte durch den Verkauf von Amazon-Aktien.

**Jan Wörner** – Der studierte Bauingenieur ist seit Juli 2015 ESA-Generaldirektor. Von ihm stammt das Konzept des „Moon Village“, einer internationalen Forschungsstation auf dem Mond. „Unser Konzept eines Mondorfes ist offen für private und staatliche Partner. Der Mond ist so spannend, da brauchen wir vielfältige Kooperationen. Deshalb unterstütze ich diese private Aktion“, sagte er der „Bild“-Zeitung.



**Elon Musk** – Der Gründer des Unternehmens SpaceX, das seit 2012 für die NASA Versorgungsflüge zur ISS durchführt, will auch in der Raumfahrt hoch hinaus. Seine „Big Falcon Rocket“ oder „Super Heavy“-Trägerrakete ist zurzeit die größte und leistungsfähigste ihrer Art. Zusammen mit der „Starship“-Oberstufe soll das System komplett wiederverwendbar sein. Beim Erstflug 2018 brachte die Rakete einen Tesla ins All.

**Robert Böhme** – Der Leiter von PTScientists gründete das Raumfahrtunternehmen zusammen mit einigen Mitstreitern 2010 in Berlin. Die GmbH hat eine Familie von Robot-Fahrzeugen entwickelt. Eines davon war im Film „Alien – Covenant“ zu sehen. Inzwischen wird die Arbeit auch von der ESA unterstützt. Böhmes Firma soll Rover und Landesonde für eine europäische Monderkundungs-Mission liefern.



**Yusaku Maezawa** – Der japanische Modeunternehmer und Multi-Milliardär ist der erste zahlende Passagier, den Elon Musk für seinen Mondflug präsentierte. Maezawa gehört Japans größter Online-Modeversand. Er soll in Musks großem Schiff „Big Falcon Starship“ mitfliegen. Jedoch will der Japaner nicht alleine reisen, sondern sechs bis acht Künstler verschiedener Sparten mitnehmen. Der Flug soll sie künstlerisch inspirieren.

## Der neue Wettlauf zum Mond

Diesmal sind nicht nur die beiden (ehemaligen) Supermächte beteiligt

Der letzte US-amerikanische Astronaut verließ im Dezember 1972 den Mond. Erst in den letzten Jahren ist der Mond wieder stärker in den Fokus der bemannten Raumfahrt gerückt.

Die beiden Supermächte des Kalten Krieges und traditionellen Raumfahrtationen USA und Russland haben bemannte und unbemannte Mondflüge für die nahe Zukunft angekündigt. China verfolgt eine ehrgeizige Raumfahrtstrategie, zu der auch bemannte Basen auf dem Mond gehören. Japan und Indien schicken eigene Sonden hinauf. Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) will zusammen mit der US-amerikanischen Nationalen Aeronautik- und Raumfahrtbehörde (NASA) bemannte Missionen auf den Weg bringen. Israels Raumfahrt machte jüngst Schlagzeilen, als die Landung einer israelischen Sonde auf dem Mond fehlgeschlug.

China gelang die erste Landung einer Sonde auf der Mondrückseite. Bislang hat der fehlende Funkkontakt zur Mondrückseite solche Unternehmen verhindert. China brachte für die Landung von „Chang'e-4“ eigens einen Re-

laissatelliten in Mondnähe, der für ständigen Kontakt zur Sonde sorgt. „Chang'e-4“ ging nahe dem Aitken-Krater in der lunaren Südpolregion nieder. Als nächstes will China eine Sonde ausschicken, die Gesteinsproben zurück zur Erde bringen soll. 2030 soll dann der erste „Laiikonaut“, wie China seine Raumfahrer nennt, auf dem Mond landen.

Neu sind Unternehmer als Akteure in der bemannten Raumfahrt. Jeff Bezos, dem unter anderem der Versandriesen Amazon gehört, und Elon Musk, Tesla-Inhaber, drängen ins Raumfahrtgeschäft und wollen durch bemannte Mondflüge zeigen, wie leistungsfähig ihre Firmen sind. Bezos plant eine ständig besetzte Mondbasis. Mit dem „New Glenn“-Raketensystem seiner Firma „Blue Origins“ will er nicht nur Astronauten und Weltraumtouristen zum Mond fliegen, sondern dort auch Industrie errichten. Musk setzt zunächst auf Weltraumtourismus. Die „Big Falcon Rocket“ seines Unternehmens „SpaceX“ ist bereits erfolg-

reich geflogen. Diese zurzeit größte Trägerrakete der Welt soll bei einem ihrer ersten Flüge zum Mond zahlende Passagiere mitnehmen. SpaceX führt bereits für die NASA Versorgungsflüge zur Internationalen Raumstation (ISS) durch.

Die NASA arbeitet schon seit Längerem an einem Raumtransportsystem für bemannte Flüge. Die „Orion“-Kapsel und ihre Trägerrakete sind mittlerweile in der

Testphase. US-Präsident Donald Trump hat die NASA nun angewiesen, so schnell wie möglich, also noch während seiner

möglichen zweiten Amtszeit, wieder zum Mond zu fliegen. Der erste dieser Flüge, allerdings unbemannt, ist für 2021 geplant. Die NASA will dabei auf kommerzielle Anbieter zurückgreifen. 2024 soll die bemannte Orbitalstation „Gateway“ folgen. Von ihr aus soll der Mond erkundet werden. Wahrscheinlich wird man sie gemeinsam mit Russland und der ESA betreiben.

Jedoch sind die US-amerikanischen Pläne keineswegs neu. Ob

## Neben Staaten mischen diesmal auch potente Private mit

die USA es schaffen, ein Raumfahrtprogramm von dieser Größenordnung über einen längeren Zeitraum zu verfolgen, hängt von den politischen Verhältnissen ab. Jedenfalls reicht der gegenwärtige NASA-Etat von 19 Milliarden US-Dollar für ein zweites Mondprogramm nicht aus. Das Apollo-Programm kostete nach heutigem Geldwert rund 120 Milliarden Dollar. Eine Neuaufgabe würde ein Budget von 133 Milliarden Dollar erfordern.

Russland erneuert seine Mondambitionen, strebt dabei aber internationale Zusammenarbeit an. Die ersten Kosmonauten sollen um 2030 auf dem Mond landen und 14 Tage dort bleiben. Das Land will mit China und Europa zusammenarbeiten, sieht sich aber nicht als Juniorpartner. Außerdem sagte der Chef der russischen Raumfahrtbehörde vor Pressevertretern, sein Land könne die Mondflüge auch eigenständig durchführen. Die ESA arbeitet mit Roskosmos und der NASA zusammen, etwa bei der ISS. Nun will sie nach Möglichkeit beide Partner unterstützen. So baut Europa das Antriebsmodul der „Orion“-Kapsel.

Friedrich List



Beim Verladen im Dezember 2013: Das „Orion“-Raumschiff der NASA.

Bild: NASA/David C. Bowman

## Der erste Wettlauf

Eine Prestigefrage für die Supermächte im Kalten Krieg

Zu Beginn des Weltraumzeitalters hatte die Sowjetunion die Nase vorn. Sie schickte mit dem „Sputnik“ 1957 den ersten Satelliten in eine Erdumlaufbahn. 1961 brachte sie mit Jurij Gagarin den ersten Menschen ins All. Die USA taten sich schwer, den Anschluss zu halten. So machte der US-Amerikaner Alan Shepard auf dem ersten amerikanischen Raumflug nur einen ballistischen Sprung in den erdnenen Weltraum.

Der Grund war die überlegene sowjetische Raketentechnik. Die Sowjetunion verfügte über leistungsstärkere Trägerraketen, da die sowjetischen Sprengkörper schwerer waren als die US-amerikanischen. Deren Umrüstung für den zivilen Zweck der Raumfahrt war vergleichsweise leicht. In den USA hatte man bis dato die Raketentechnik wenig

koordiniert betrieben und zugelassen, dass die Arbeit des deutschen Entwicklungsteams um Werner von Braun fast zum Erliegen kam.

Die Sowjetunion verfügte von Anfang an mit Sergej Koroljow über einen fähigen und charisma-

nen Mann zum Mond und sicher zurück bringen.

Die USA zentralisierten ihr Mondprogramm, dessen Leitung die NASA von Braun übertrug. Dagegen konkurrierten in der Sowjetunion mit Koroljow noch andere Konstrukteure um Geld und Aufmerksamkeit. Hinzu kamen schwere Rückschläge wie der Absturz von „Sojus 1“ oder die erfolglose Mondrakete N-1. Keiner der vier Starts gelang, und nach dem letzten Absturz am 23. November 1972 stellte die Sowjetunion ihr Mondprogramm ein. Auch die „Zond“-Mondschiffe waren keine Erfolge. Dagegen zeigten sich die US-Raketen vom Typ „Saturn“ als zuverlässig. Bereits „Apollo 8“ umkreiste 1968 den Mond. Die folgenden Flüge dienten zur Erprobung der Mondfähre. Am 16. Juli 1969 landete „Apollo 11“ sicher im Meer der Stille.

## Dem »Sputnik«-Schock folgte die Mondlandung

tischen Ingenieur. 1955 begann sein Team mit dem Entwurf des späteren „Wostok“-Raumschiffes. In den USA gründete man die Raumfahrtbehörde NASA. Kurz vor Alan Sheppards kurzem Flug 1961 gab John F. Kennedy das Ziel vor: Die NASA sollte noch vor dem Ende des Jahrzehnts ei-

## Mit deutscher Technik zum Mond

Das „Orion“-Raumschiff soll das Arbeitspferd der US-amerikanischen bemannten Raumfahrt werden. Mit ihm sollen NASA-Astronauten nicht nur zum Mond, sondern vielleicht auch zum Mars fliegen. Das Raumschiff besteht aus zwei Komponenten: Dem Kommando-Modul, in dem ähnlich wie in den „Apollo“-Raumschiffen die Besatzung untergebracht ist, und einem Antriebs- und Versorgungsmodul. Dieses ESM (European Service Module) wird von Airbus Defence and Space an seinem Bremer Standort produziert.

Das erste ESM wurde Anfang November 2018 an die NASA geliefert. Im ESM befinden sich die Triebwerke, Heizung und Klimaanlage sowie alle Versorgungsgüter, welche die Besatzung am Leben erhalten. Es verfügt über vier ausfahrbare Sonnenpaddel, die elektrischen Strom liefern. Airbus erhielt 2014 den Auftrag von der ESA, das ESM zu bauen. Es basiert auf dem europäischen unbemannten Automated Transfer Vehicle (ATV, Auto-

## Europäisches Servicemodul (ESM)

matisches Transferfahrzeug), mit dem die ESA Material und Versorgungsgüter zur ISS flog. Das Projekt ist Teil eines transatlantischen Tauschhandels, mit dem die ESA bei der NASA ihren Kostenanteil am Betrieb der ISS bezahlt.

Gleich das ganze Raumschiff und ein Robot-Fahrzeug gibt es in Berlin bei der PTScientists GmbH. Das Team „Part-Time Scientists“ wurde im Juni 2009 vom IT-Sicherheitsexperten Robert Böhme gegründet. Böhme wollte damals am Wettbewerb „Google Lunar X-Prize“ teilnehmen, den das US-Unternehmen für eine private Mondsonde ausgeschrieben hatte. Den Preis bekamen andere, aber Böhme und sein Team setzten ihr Projekt fort. 2020 will PTScientists einen Rover mit fünf Kilogramm Nutzlast von einer speziell zu entwickelnden Sonde nahe der Landstelle von „Apollo 17“ absetzen lassen. Das Unternehmen will die Kosten für Raumflüge drastisch senken und etwa die Erkundung des Mondes auch für nichtstaatliche Akteure interessant machen. F.L.

## Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:  
Dr. Jan Heitmann

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).  
**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.  
**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.  
**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**  
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

# »Hauptstadt des Judenhasses«

Zweifel an Berliner Polizeistatistik: Opfer von Antisemitismus widersprechen offiziellen Zahlen



Jüdisches Leben in der deutschen Hauptstadt: Gottesdienst in der Zentralen Orthodoxen Synagoge in der Joachimsthaler Straße

Bild: Imago Images / Uwe Steinert

Die Fallzahlen zur politisch motivierter Kriminalität (PMK), die Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) Mitte Mai vorgelegt hat, zeigen einen deutlichen Anstieg bei den antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr. Während die polizeiliche Statistik die Mehrzahl der Täter eindeutig dem deutschen Rechtsextremismus zuordnet, kommen andere Erhebungen zu ganz anderen Ergebnissen.

Laut den von Innenminister Seehofer vorgelegten Zahlen sind die politisch motivierten Straftaten im Jahr 2018 in Deutschland insgesamt zurückgegangen. Das Bundeskriminalamt (BKA) erfasste rund 36 000 Fälle. Dies stellt im Vergleich zum Jahr 2017 einen Rückgang von etwa neun Prozent dar. Mit jeweils 20 Prozent deutlich zugenommen haben laut der Statistik allerdings fremdenfeindliche und antisemitische Taten. Unter Verweis auf die Zahlen der aufgeklärten Fälle erklärten der Bundesinnenminister und auch BKA-Präsident Holger Münch, dass es sich dabei in der Mehrzahl um Vergehen mit rechtsextremem Hintergrund handele. Beide betonten, dass die Hintergründe der Fälle besonders geprüft worden seien.

Dieser Hinweis kann als Reaktion auf eine Diskussion verstanden werden, die seit einiger Zeit in Gang gekommen ist. Gerade beim Beispiel Berlins fällt ein deutliches Auseinanderklaffen der Zahlen auf, die von den Ermittlungsbehörden kommen, und den Zahlen, die eine nichtstaatliche Stelle erfasst hat. In Berlin ist seit Januar 2015 eine Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) tätig. Diese Fachstelle hat ein berlinweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Die RIAS zählte im Jahr 2018 in Berlin 1083 antisemitische Vorfälle. Erfasst wurden dabei tätliche Angriffe, Bedrohungen, aber auch Anfeindungen und antisemitische Propaganda. In ihrer Jahresstatistik 2018 nennt die RIAS für Berlin die Zahl von 46 antisemitischen Angriffen und 46 Bedrohungen sowie 831 Fälle von verletzendem Verhalten.

Die Berliner Polizeistatistik wies für das vergangene Jahr dagegen weit weniger antisemitische Vorfälle und Gewalttaten aus. Die Polizei zählte für das Jahr in Berlin 324 antisemitische Taten, darunter 27 gewalttätige Angriffe. Experten sehen mehrere Ursachen für die Abweichung in den Statistiken. RIAS-Leiter Benjamin Steinitz wies darauf hin, dass antisemitische Straftaten nicht angezeigt werden, weil viele Juden resigniert hätten. Carl Chung, politischer Koordinator beim Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) in Berlin, nennt als weitere Gründe, warum Opfer keine Anzeige erstatten, Schamgefühl und auch schlechte Erfahrungen mit der Polizei.

Eine wichtige Rolle spielt zudem auch das unterschiedliche Vorgehen bei der Erhebung der Daten: Bei Stellen wie der RIAS Berlin genügt die Information durch Opfer, zudem werden auch Vorkommnisse erfasst, die keinen Straftatbestand erfüllen. Im Kontrast dazu fließen in die polizeiliche Kriminalstatistik wiederum nur Fälle ein, bei denen eine Anzeige erstattet und an die Staatsanwaltschaft weitergegeben wurde. Bei einem Vergleich der Statistiken fällt noch ein anderer Unterschied auf. Als größte Tätergruppe, die sich politisch zuordnen lässt, führt die Jahresstatistik 2018 der RIAS Berlin rechtsextreme Täter an. Diesem Bereich wurden 18 Prozent zugeordnet. Fast die Hälfte der Fälle wurde allerdings in der Kategorie „Unbekannt“ eingestuft, weil eine eindeutige politische Zuordnung offenbar nicht möglich schien.

Eine Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) macht deutlich, dass die Zuordnung der Polizei in der Kriminalstatistik nach anderen Kriterien abläuft. Von den 324 antisemitischen

Strafstaten von 2018 ordnete die Berliner Polizei 253 dem Bereich Rechtsextremismus zu. In die Kategorie Linksextremismus wurden sieben Fälle eingruppiert, 49 Fälle fielen in den Bereich „ausländische Ideologie“, zwölf Fälle wurden in die Kategorie religiöse Ideologie eingeordnet. Lediglich in drei Fällen wurde keine Zuordnung vorgenommen.

Wie die Anfrage an den Senat ergab, ist aber offenbar in 120 Fällen eine Zuordnung zum Bereich Rechtsextremismus erfolgt, ohne dass dies auch von einer bundesweiten Definition abgedeckt war. Auf der Grundlage der Senatsantwort mahnte Luthe objektive Zahlen an, die nicht „ideologisch vortriert“ sein dürften. Laut dem FDP-Innenpolitiker zeigen die Zahlen zu festgestellten Tatverdächtigen, dass der größere Teil antisemitischer Straftaten dem Bereich „ausländischer Ideologie“ zugeordnet werden muss.

Bereits im Jahr 2017 hatte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld eine Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“ veröffentlicht. In der Studie wurde angeführt, dass 81 Prozent derjenigen, die zum Opfer antisemitischer Gewalt wurden, den oder die mutmaßlichen Täter einer „muslimischen Gruppe“ zuordneten und nicht etwa deutschen Rechtsextremisten.

Norman Hanert

## Radikaler Islam statt Rechtsextremismus als Haupttatmotiv

noch ein anderer Unterschied auf. Als größte Tätergruppe, die sich politisch zuordnen lässt, führt die Jahresstatistik 2018 der RIAS Berlin rechtsextreme Täter an. Diesem Bereich wurden 18 Prozent zugeordnet. Fast die Hälfte der Fälle wurde allerdings in der Kategorie „Unbekannt“ eingestuft, weil eine eindeutige politische Zuordnung offenbar nicht möglich schien.

Eine Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) macht deutlich, dass die Zuordnung der Polizei in der Kriminalstatistik nach anderen Kriterien abläuft. Von den 324 antisemitischen

Strafstaten von 2018 ordnete die Berliner Polizei 253 dem Bereich Rechtsextremismus zu. In die Kategorie Linksextremismus wurden sieben Fälle eingruppiert, 49 Fälle fielen in den Bereich „ausländische Ideologie“, zwölf Fälle wurden in die Kategorie religiöse Ideologie eingeordnet. Lediglich in drei Fällen wurde keine Zuordnung vorgenommen.

Wie die Anfrage an den Senat ergab, ist aber offenbar in 120 Fällen eine Zuordnung zum Bereich Rechtsextremismus erfolgt, ohne dass dies auch von einer bundesweiten Definition abgedeckt war. Auf der Grundlage der Senatsantwort mahnte Luthe objektive Zahlen an, die nicht „ideologisch vortriert“ sein dürften. Laut dem FDP-Innenpolitiker zeigen die Zahlen zu festgestellten Tatverdächtigen, dass der größere Teil antisemitischer Straftaten dem Bereich „ausländischer Ideologie“ zugeordnet werden muss.

Bereits im Jahr 2017 hatte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld eine Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“ veröffentlicht. In der Studie wurde angeführt, dass 81 Prozent derjenigen, die zum Opfer antisemitischer Gewalt wurden, den oder die mutmaßlichen Täter einer „muslimischen Gruppe“ zuordneten und nicht etwa deutschen Rechtsextremisten.

Norman Hanert

## Jubiläum ohne Rosinenbomber

Von THEO MAASS

Am 12. Mai wurde in Berlin und an drei westdeutschen Standorten des 70. Jahrestags des Endes der Berlin-Blockade gedacht. US-Amerikaner und Briten reagierten im Juni 1948 entschlossen auf den Versuch der Sowjetrussen, durch eine Blockade der Landwege nach Berlin die Westalliierten zum Abzug aus der Stadt zu nötigen. US-General Lucius D. Clay, Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, stellte damals klar: „Fällt Berlin, dann kommt als Nächstes Deutschland, und dann können wir uns aus Europa zurückziehen.“

So erfreulich die Entscheidung der Alliierten war, die den West-Berlinern die Sowjetknute ersparte, so abern ist die Wertung der Ereignisse durch die heutigen politischen Akteure. Der Regierende Bürgermeister Berlins Michael Müller: „Die Luftbrücke zeigte den Menschen, dass sie nicht allein gelassen wurden“, und sie habe deutlich gemacht, „dass es gemeinsam gelingen kann, die größten Herausforderungen zu überwinden.“ Die Berliner würden das nie vergessen.

So, so ... aber Müller und seine SPD scheinen das sehr wohl vergessen zu haben. Mit welcher Partei regiert Herr Müller Berlin? Die Linkspartei ist in organisatorischer Kontinuität die gewesene Staatspartei der DDR, die SED, und die war nichts anderes als der verlängerte Arm des damaligen Sowjetunion. Jener Macht also, die versuchte, mit der Sperrung der Zufahrtswege nach West-Berlin die Stadt auszuhungern und für die Übergabe bereitzumachen. Das ist es, was die Zeitzeugen erlebten, und das sollte tatsächlich „nicht vergessen“ werden.

Bundesjustizministerin Katarina Barley von der SPD nutzte die Feier, um sich für die EU-Wahlen ins rechte Licht zu setzen: „Mit dieser Luftbrücke ist Unmögliches möglich geworden.“ Nur Solidarität habe dieses „Wunder“ möglich gemacht, so die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten bei den Wahlen zum Parlament in Brüssel und Straßburg.

So ein Quatsch. Die Hilfe der Amis war reine Machtpolitik und führte zu einem ungeheuren Anstieg der Popularität der USA in West-Berlin. Der persönliche Einsatz der alliierten Piloten und Helfer bleibt davon unberührt und ist ewiger Bewunderung und Dankbarkeit wert.

An den Feierlichkeiten war seltsam, dass auf den damaligen Luftbrückenflugplätzen Wiesbaden-Erbenheim, in Faßberg (Celle) und Jagel (Schleswig) die historischen Rosinenbomber einfliegen, aber nicht nach Tempelhof kommen durften. Aus dem Büro des Regierenden Bürgermeisters hieß es dazu, der Förderverein „Luftbrücke 70“ habe die entsprechenden Anträge nicht vollständig eingereicht. Will man kritisch urteilen, könnte man meinen, Müller „wollte“ nicht.

## Polen investieren mehr

Brandenburg ist Magnet für Firmen aus dem Nachbarland

Polnische Unternehmen zeigen zunehmend Interesse an Standorten in Brandenburg. Laut Angaben des Wirtschaftsministeriums in Potsdam haben inzwischen 24 größere polnische Firmen in der Mark investiert. In Brandenburg aktiv ist beispielsweise der größte polnische Chemiekonzern, die Grupa Azoty.

Das Unternehmen produziert in Guben Kunststoff für deutsche Autobauer. Vergangenes Jahr investierte das Chemieunternehmen zudem 7,5 Millionen Euro für ein neues Logistikzentrum in der Neißestadt. Der polnische Automobilzulieferer Boryszew hat wiederum in Prenzlau ein Tochterunternehmen aufgemacht und produziert dort für Abnehmer wie Volkswagen. Das Unternehmen mit rund 350 Angestellten ist im uckermärkischen Prenzlau einer der größten Gewerbesteuerzahler. Brandenburg ist für polnische Firmen nicht nur wegen der

dynamischen Entwicklung der deutschen Hauptstadtregion interessant.

Produkte mit der Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“ haben auch auf den internationalen Märkten noch immer einen guten Namen. Brandenburg pro-

## Warschau jedoch schürt Ressentiments gegen Deutschland

tiert wiederum davon, dass sich die polnischen Firmen häufig im eher strukturschwachen Ostteil des Bundeslandes ansiedeln.

Laut Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hat sich das Nachbarland zum Handelspartner Nr. 1 entwickelt. Laut der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) unterhalten rund 330 Brandenburger Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit polni-

schon Firmen, mehr als 280 märkische Unternehmen sollen an Kontakten interessiert sein. Die Landesregierung bemüht sich seit einigen Jahren sehr offensiv um weitere Investitionen von polnischen Unternehmen. Erst im März war Steinbach mit WFBB-Geschäftsführer Steffen Kammradt in Warschau, um für Brandenburg zu werben. Allerdings gibt es noch immer einige Hürden. Polnische Unternehmen berichten, dass in ihrem Heimatland durch die Politik antideutsche Feindbilder geschürt würden. Die Medien scheinen Vorbehalte bei vielen Polen noch zu verstärken.

Nachholbedarf scheint es in Brandenburg bei der Betreuung von Investoren zu geben, die sich vor allem in der Startphase im Kampf mit der deutschen Bürokratie alleingelassen fühlen. Immer öfter ist auch das Fehlen von Internet-Breitbandverbindungen in Teilen Brandenburgs ein kritisches Thema. N.H.

## Doppelte Stimme

Durcheinander bei EU-Wahl in Berlin

In Berlin sind im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament Pannen beim Versand von Wahlunterlagen bekannt geworden. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg erhielten 170 Personen Wahlscheine doppelt zugesandt, nachdem sie Unterlagen für die Briefwahl angefordert hatten. Laut Bezirks-

Stimme entweder in ihrem Heimatland oder in Berlin abgeben. Dabei kann bei Personen mit zwei EU-Staatsbürgerschaften nicht ausgeschlossen werden, dass sie mehrfach wählen. Obwohl doppelte Stimmabgabe verboten ist, kann sie in der Praxis offenbar nicht unterbunden werden. Grund: Nach Angaben des Bundeswahlleiters findet bei Doppelstaatlern zwischen den EU-Staaten kein Informationsaustausch zu den Wählerverzeichnissen statt. 2014 hatte Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit“, in einer TV-Diskussion selbst eingeräumt, dass er bei der damaligen EU-Wahl doppelte abgestimmt hatte. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Verfahren wegen Wahlfälschung ein, dass am Ende gegen eine finanzielle Auflage eingestellt wurde. N.H.

## Bürger zweimal oder gar nicht erfasst

Stimmen entweder in ihrem Heimatland oder in Berlin abgeben. Dabei kann bei Personen mit zwei EU-Staatsbürgerschaften nicht ausgeschlossen werden, dass sie mehrfach wählen. Obwohl doppelte Stimmabgabe verboten ist, kann sie in der Praxis offenbar nicht unterbunden werden. Grund: Nach Angaben des Bundeswahlleiters findet bei Doppelstaatlern zwischen den EU-Staaten kein Informationsaustausch zu den Wählerverzeichnissen statt. 2014 hatte Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit“, in einer TV-Diskussion selbst eingeräumt, dass er bei der damaligen EU-Wahl doppelte abgestimmt hatte. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Verfahren wegen Wahlfälschung ein, dass am Ende gegen eine finanzielle Auflage eingestellt wurde. N.H.

## Kirche verbannt Nationaldichter

Die evangelische Ernst-Moritz-Arndt-Gemeinde in Berlin-Zehlendorf hat beschlossen, ihren Namen zu ändern. Dass viele ihrer 4000 Gemeindeglieder dagegen sind, stört Ute Hagmayer, die Pfarrerin, nicht: „Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt sehr schwer.“ Arndt (1769–1860) hatte sich tatsächlich gegen die Aufnahme fremder Juden in Preußen gewandt. Er bereitete literarisch die Befreiungskriege vor, deren militärische Last hauptsächlich Preußen und Russland trugen. Der Gemeindegemeinderat hat nun mit einer Mehrheit von sechs zu vier Stimmen für die Namensänderung votiert. Zahlreiche Gemeindeglieder hatten für den Fall einer Umbenennung ihren Austritt aus der Kirche angekündigt. Landesbischof Markus Dröge unterstützt die Entscheidung dennoch, die die Gemeinde nach einem intensiven und ernsthaften Prozess der Auseinandersetzung mit der Geschichte und Tradition ihrer Namensgebung nun getroffen habe. F.B.

## MELDUNGEN

## Kopftuchverbot in Österreich

Wien – Der österreichische Nationalrat hat ein Kopftuchverbot für Volksschulkinder beschlossen. Für die Neuregelung stimmten die beiden Regierungsfractionen von ÖVP und FPÖ sowie zwei Abgeordnete der Liste JETZT. Mit dem Verbot wird „das Tragen weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist“, untersagt. Dass die jüdische Kippa und die Patka der Sikhs nicht von dem Verbot betroffen sind, soll dadurch klar gestellt werden, dass es um Kleidungsstücke geht, „welche das gesamte Haupthaar oder große Teile dessen verhüllen“. J.H.

## Russen für Krim-Anschluss

Moskau – Umfragen des vom russischen Staat unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum zufolge befürworten 86 Prozent der Russen die Angliederung der Krim an Russland, davon gute zwei Drittel mit Nachdruck – ein Wert wie unmittelbar nach der ersten Vereinigungseuphorie. Diese Haltung verdankt sich in hohem Maße einer patriotischen Anschauung: Nur knapp 65 Prozent sieht faktische Vorteile für Russland, im Vergleich zu knapp 70 Prozent in den Vorjahren. Laut einer Erhebung des FOM-Institutes sind es sogar nur knapp 40 Prozent bei ebenfalls knapp 70 Prozent im Jahr 2014. Nach Angaben des Lewada-Zentrums halten weiterhin gut 70 Prozent der Russen den Anschluss für keinen oder keinen größeren völkerrechtlichen Vertragsbruch – eine Haltung, die vor fünf Jahren auch nur um die zehn Prozent mehr einnahmen. 54 Prozent der Russen sind laut Lewada der Meinung, dass sich das Verhältnis zum Westen wieder normalisieren wird – rund zehn Prozent mehr als bei den Befragungen der letzten Jahre. T.W.W.

## USA suchen den Krieg mit dem Iran

Israel liefert dabei seinem wichtigsten Verbündeten in bewährter Manier Argumentationshilfe

In diesen unsicheren Zeiten ist eines sicher: Der Iran kann keinen Krieg wollen. Doch genauso steht fest, dass Teheran einen Angriff nicht einfach hinnähme. Hier käme auch Israel ins Spiel, das daran allein schon durch den ständigen Druck teilnimmt, den es im Sinne eines Krieges auf die USA ausübt. Die USA hoffen, um die Weltherrschaft, Israel glaubt, ums Überleben zu kämpfen.

Mit großem propagandistischen Aufwand entsandten die USA ihren Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ (CVN-72) in den Persischen Golf. Begleitet wird er von einem Atom-U-Boot, einem Kreuzer und einer Gruppe von Zerstörern. Sie alle sind mit Raketen für Angriffe aufs Festland bewaffnet. Gleichzeitig landeten im Emirat Katar auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Al Udeid vier Langstreckenbomber der US-Luftwaffe vom Typ Boeing B-52 „Stratofortress“, die trotz ihres hohen Alters noch eine zeitgemäße Verwendung gefunden haben. Sie dienen als fliegende Abschussrampen für Lenkraketen und vor allem für Cruise Missiles.

Dieser Aufmarsch ist als Speerspitze der ohnehin rund um den Iran ausgerichteten US-Streitkräfte zu verstehen. Auf Stützpunkten in Saudi-Arabien, im Oman, in der Türkei, in Jordanien und in Pakistan stehen Einheiten der US-Luftstreitkräfte und Raketenbasen bereit, um den Iran im Bedarfsfall in Grund und Boden zu bomben.

Die „Abraham Lincoln“ gibt also das Signal einer erhöhten Alarmbereitschaft, und nicht nur die Iraner fragen sich, warum dies zum jetzigen Zeitpunkt geschieht. Mit ein wenig Sarkasmus könnte man sagen, die USA hätten sich aus dem Nuklearvertrag mit Teheran zurückgezogen und die Iraner müssten dafür bestraft werden. Diese erklärten daraufhin tatsächlich einige Teile des Vertrags als nichtig, verhandeln darüber aber weiterhin mit Russland, China und Deutschland.

Einen anderen Grund für das Säbelrasseln lieferte der bewährteste Verbündete der USA und erbitterteste Feind des Iran, Israel. Der Iran plane, so raunte der allgegenwärtige israelische Ge-

2001 wie auch zwei Jahre später, hatte der Mossad den US-Amerikanern den Vorwand geliefert, das Land militärisch anzugreifen. Beide Beispiele zeigen, dass man sehr wohl, wenn

men. Darauf starteten zwei US-Jagdbomber mit Atombomben an Bord Richtung Kairo. Im letzten Moment erkannte man, dass nicht die Ägypter, sondern die Israeli den Angriff durchgeführt hatten. Die Bomber drehten ab.

Zu den US-Politikern, die sich den „unabwendbaren Krieg“ ganz innig wünschen, gehören in erster Linie Außenminister Mike Pompeo und der Sicherheitsberater John R. Bolton. Pompeo ließ dafür seinen geplanten Besuch in Berlin fahren – was er dort zu erreichen hoffte, nämlich den deutschen Politikern ihre Nachrangigkeit vorzuführen, konnte er ja durch den Affront der Absage besser noch erreichen als durch einen Aufent-

gen die US-Besitzer, und sie halten enge Verbindung zu den iranischen Revolutionären Gardien. Sollten die USA den Iran angreifen, so hätten sie gegen diese Milizen sofort eine zweite Front, und zwar in ihrem Rücken.

Trotzdem legen die USA die Schwelle tief. Sie betrachten auch einen möglichen Angriff durch schiitische Milizen im Irak oder sonst irgendwo in der Region auf US-Truppen als Kriegsgrund. Die US-Logik lautet: Wenn US-Truppen oder diplomatische Einrichtungen oder überhaupt offizielle US-Vertreter im Mittleren Osten Schaden erleiden, beruht das in jedem Fall auf einem Angriff durch den Iran. Wer dieser Logik folgt, sucht einen Kriegsgrund.

So sehr die Falken im Weißen Haus und im Pentagon einen Krieg gegen den Iran wollen, so schwer sind die Risiken einzuschätzen, welche die USA damit eingehen. Denn die militärische Stärke des Iran ist schwer einzuschätzen, und der Haupttrumpf der USA, ihre Flugzeugträger, könnte sich schnell als die Achillesferse ihrer Strategie erweisen. Wer in den Persischen Golf fahren oder ihn verlassen will, muss die Straße von Hormuz passieren. Hier liegen der Iran und der Oman einander auf Sichtweite gegenüber. Beide Anrainer sind im Stande, den Seeweg zu blockieren.

Nun verfügt Russland über Antischiffsraketen, von denen eine einzige einen ganzen Flugzeugträger versenken kann, mit 5000 Mann Besatzung und allem Gerät. China und auch Indien haben vergleichbare Waffen. Inwieweit dem Iran derartige Raketen zur Verfügung stehen, weiß man im Westen nicht. Es wäre also für die USA ein Hasardspiel, sich auf einen Krieg gegen den Iran einzulassen. Den Flugzeugträgern könnte es ergehen, wie den übergroßen Schlachtschiffen im Ersten Weltkrieg – sie starben den Tod der Dinosaurier.

Florian Stumfall

## Die Vereinigten Staaten hoffen, um die Weltherrschaft zu kämpfen. Israel glaubt, es geht um sein Überleben

heimdienst Mossad, einige Einrichtungen der USA im Nahen Osten anzugreifen. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt, immerhin habe der Mossad von einer „glaubwürdigen Be-

nicht gar bevorzugt, einen Krieg aufgrund einer Lüge vom Zaun brechen kann, und nichts scheint dagegen zu sprechen, dass das auch ein weiteres Mal der Fall sein könnte.



Auf dem Weg in den Persischen Golf: Der Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ im Suezkanal Bild: pa

drohung“ gesprochen. Mit seiner Schützenhilfe steht Israel in der Folgerichtigkeit seiner These vom „unabwendbaren Krieg“ gegen den Iran, mit der Tel Aviv und Washington im Jahre 1992 erstmals an die Öffentlichkeit getreten waren. Bereits bei zwei Kriegen gegen den Irak, anno

Gerne bedient sich vor allem Israel der Taktik der falschen Flagge (false flag). Das bekannteste Beispiel ist der israelische Angriff auf das US-amerikanische Spionageschiff „Liberty“ (AGTR-5). Am 8. Juni 1967 erfolgte im östlichen Mittelmeer ein Angriff, bei dem 37 Seeleute ums Leben ka-

halt. In Bagdad aber wollte der Außenminister die militärische Drohkulisse diplomatisch ergänzen. Außerdem geht es Washington darum, sich die schiitischen Milizen des Irak vom Leibe zu halten. Diese Einheiten sind kampferprobt, sowohl gegen den Islamischen Staat (IS) als auch ge-

## Vox-Wahlerfolge in Exklaven

Warum die Partei vor allem in Ceuta und Melilla Zuspruch findet

Unter den vielen Teilen Spaniens, die sich von Madrid vernachlässigt fühlen, bilden die beiden nordafrikanischen autonomen Städte Ceuta und Melilla die Speerspitze. Auch in Deutschlands Medien tauchen die beiden spanischen Exklaven häufiger auf, wenn es einmal wieder Massenanstürme von afrikanischen Asylsuchern auf die Grenzbefestigungen gibt. Immigration, Kriminalität und Dschihadismus sind dort in Sichtweite jedes Einwohners.

In beiden Städten, die einst eine Domäne der konservativen Volkspartei (PP) waren, erzielte die neue rechte Partei „Vox“ (Stimme), ihre landesweit besten Ergebnisse. Vox erreichte in Ceuta 24 Prozent, in Melilla erzielte ihr Kandidat 16 Prozent, landesweit lag die Partei bei zehn Prozent. Vox hat auf Anhieb derart viele Stimmen gewonnen, weil sie als einzige Partei in den beiden Enklaven den Bau einer Mauer als Ersatz für den immer durchlässiger werdenden Dreifachzaun zur Grenze nach Marokko fordert. Im Wahlkampf war oft von einer von Marokko begünstigten „islamistischen und migratorischen Invasion“ die Rede. Durch die jahrzehntelange Immigration, die vor allem nach dem Beitritt Spaniens zur EU eingesetzt hat, hat sich innerhalb von 40 Jahren der Anteil der Muslime in beiden Exklaven

auf etwa die Hälfte der Bevölkerung erhöht, in Ceuta bilden die Muslime 46, in Melilla gar 52 Prozent der Bevölkerung. Melilla ist damit die erste mehrheitlich muslimische Stadt Spaniens und der EU.

Die Botschaft von Vox ist vor allem bei den Militärangehörigen in Ceuta auf fruchtbaren Boden gefallen. Neben Immigranten bilden die Militärangehörigen – laut offiziellen Stellen gibt es allein in Ceuta 3600 Soldaten – die größten Bevölkerungsgruppen. Die Militärs, die

## Spaniens erste Stadt mit einer Moslem-Mehrheit

zur Grenzsicherung aus ganz Spanien dorthin beordert wurden, erleben die Probleme der Immigration am bewusstesten. Sie erleben, dass immer mehr Minderjährige von Marokko über die Grenze geschickt werden, um das Chaos in den beiden Küstenstädten zu verstärken.

Das Viertel La Cañada de Hidum, dicht am Grenzzaun in Melilla gelegen, ist ein Zentrum des Dschihadismus geworden. Die dortige Salam-Moschee wurde in den vergangenen Jahren zu einem der wichtig-

sten dschihadistischen Treffpunkte. Mohamed Houli Chemlal, der mutmaßliche Bombenbauer der katalanischen Terrorzelle von Barcelona, wurde in Melilla radikalisiert. Laut einer Studie ist der Stadtteil mit seinen gut 12000 Einwohnern der zweitgefährlichste in der ganzen EU. An erster Stelle steht das Viertel El Principe in der anderen spanischen Exklave Ceuta.

In beiden Orten lassen sich wie durch ein Brennglas die Herausforderungen durch die islamische Immigration nach Spanien und Europa betrachten. In La Cañada de Hidum und El Principe riskieren Fremde, die sich zufällig dorthin verirren, ihr Leben, die Polizisten trauen sich nur noch mit drei Fahrzeugen im Konvoi hinein. Auch Feuerwehr und Rettungswagen fahren nur noch mit einer Eskorte zur Rettung in die engen Straßen. Es wurden schon Streifen per Notruf gezielt in eine Falle gelockt. Dann hagelte es am Einsatzort Steine und ein Sonderkommando musste die Retter retten. Dem spanischen Staat ist die Kontrolle über die muslimischen Viertel am Rande der EU weitgehend entglitten. Man könnte auch sagen, dass Marokko in die EU langsam, aber sicher reinwächst. So sprechen die meisten Einwohner der Randgebiete der Enklaven statt Spanisch Berberisch oder Arabisch. Bodo Bost

## Schwieriger Besuch

Griechenlands Premier Alexis Tsipras zu Gast in der Türkei

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan besucht. Gesprächsthemen waren unter anderem die strittige Grenze in der Ägäis, unter der erhebliche Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet werden, das griechische Asyl für Militärangehörige aus der Türkei, die Immigration aus der Dritten Welt nach Europa und allgemein die Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Wie beim Besuch Erdogans in Athen 2017 verlief der Start holprig. Am Morgen des Gesprächstags hat das türkische Innenministerium die acht während des gescheiterten Putschversuches gegen Erdogan im Jahr 2016 nach Griechenland geflohenen Soldaten auf die Liste seiner meistgesuchten Terroristen gesetzt und für jeden von ihnen ein Kopfgeld von umgerechnet knapp 700000 Euro ausgesetzt. Auch bei der gemeinsamen Pressekonferenz suchte Erdogan den Affront und beklagte die griechische „Unterstützung dieser Terroristen“, worauf Tsipras auf die Unabhängigkeit der griechischen Justiz verwies. Ein Teil dieser angeblichen Terroristen hat bereits Asyl in Griechenland erhalten, dem anderen wurde dies in Aussicht gestellt.

Trotzdem wollen die beiden Politiker im Bereich Tourismus verstärkt zusammenarbeiten. Angeht es den Aufbau einer Fährverbindung zwischen Thessaloniki und Izmir sowie ein Ausbau der Eisenbahnlinie zwischen Thessaloniki und Istanbul.

Für die Lösung der Zypernfrage planen beide Seiten die Aufstellung eines Aktionsplanes, gemäß dem weitere Gespräche folgen sollen. In den Gewässern um die politisch geteilte Insel werden erhebliche Gasvorkommen vermu-

## Gemeinsame Interessen trotz allem Trennenden

tet, deren Ausbeutung Griechen und Türken an einen Tisch zwingt. Gemeinsam will man „die zypriotischen“ gegen die Ansprüche Israels, des Libanon und Ägyptens verteidigen. Ein Ende der Teilung Zyperns ist jedoch nicht zu erwarten. Es fehlt der Leidensdruck. Zu gut haben sich die Parteien vor Ort mit dem Status quo arrangiert.

Nur verklausuliert gingen Erdogan und Tsipras auf ein anderes, sie beide interessierendes Thema ein, die Beteiligung ihrer Länder

an Chinas Neuer Seidenstraße. Es hat den Anschein, als seien sie sich hier nicht wirklich nähergekommen.

Eine Premiere war, dass am Abendessen beider Politiker der griechisch-orthodoxe Ökumenische Patriarch von Konstantinopel mit Sitz in Phanar in Istanbul, Bartholomäus I., teilnahm, der sich als Oberhaupt der in der Türkei verbliebenen Griechen und Mittler beider Völker sieht. Tsipras besuchte als erster griechischer Regierungschef seit über 85 Jahren das Gebäude des berühmten Theologischen Seminars von Chalki, das die Republik Türkei 1971 ungeachtet internationaler Proteste schloss. Die USA als faktische Schutzmacht des Patriarchats hatten in letzter Zeit den Druck auf Ankara erhöht, diese Einrichtung wiederzueröffnen. Bereits im Mai vergangenen Jahres hatte Bartholomäus I. einen solchen Paradigmenwechsel der türkischen Politik für „die nahe Zukunft“ angekündigt. Sollte den während des Treffens demonstrativ gesendeten Zeichen angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme der beiden Staaten eine entsprechende Politik folgen, könnte ein Prozess der Verständigung und Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei beginnen. Thomas W. Wyrwoll

# Ubers verpatzter Börsengang

Beobachter sehen Parallelen zum Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000

**Der Börsengang des US-amerikanischen Fahrdienstvermittlers Uber war im Vorfeld als einer der größten Börsengänge der Finanzgeschichte bezeichnet worden. Bei Investoren stießen die Aktien allerdings nur auf eine schwache Nachfrage. Statt eines Kursprungs erlebten Anleger nach dem Börsendebut einen Einbruch des Aktienwerts.**

Die Aktie von Uber rutschte schon am ersten Tag nach dem Börsengang um acht Prozent unter ihren Ausgabepreis. Anleger verloren gleich am ersten Tag insgesamt 650 Millionen US-Dollar.

Die Entwicklung steht im Kontrast zu den hohen Erwartungen an den Börsengang. Im Vorfeld war von einem, der größten Börsengänge der Finanzgeschichte die Rede gewesen. Noch Ende letzten Jahres hatten die beiden Investmentbanken Morgan Stanley und Goldman Sachs den Börsenwert von Uber auf 120 Milliarden Dollar taxiert. Tatsächlich betrug der Marktwert am Ende des ersten Handelstages an der New York Stock Exchange nur 76 Milliarden Dollar. Die Aktie von Uber ist für Anleger vor allem eine Wette auf die ferne Zukunft.

Uber vermittelt nicht nur als Konkurrent zu herkömmlichen Taxis Fahrten, sondern ist auch im Geschäft mit Essenslieferungen, der Frachtvermittlung für Lastwagenfahrer. Für die Zukunft strebt Uber eine Führungsrolle bei der Entwicklung selbstfahrender Autos an. Noch sind die Robotertaxis allerdings nicht marktreif.

Im vergangenen Jahr trug der Verkauf unprofitabler Aktivitäten in Russland und Südostasien etwas dazu bei, die Verluste von Uber zu reduzieren. Ein Gewinn ist aber für die nächsten Jahre erst einmal nicht in Reichweite.

Schon im März war Ubers kleiner Rivale Lyft an die Börse gegangen. Zunächst wurde der Börsengang als Erfolg gewertet. Allerdings ging der Aktienkurs von Lyft in den folgenden Wochen auf

Talfahrt. Auch der Börsengang des Fotodienstes Snapchat vor zwei Jahren hat sich für Anleger zu einer Enttäuschung entwickelt. Zu Beginn kostete die Aktie fast 30 Dollar, inzwischen beträgt der Wert nur noch ein Drittel.

Einige Beobachter sehen inzwischen sogar schon Parallelen zum Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000, als viele unprofitable Technologie-Unternehmen in die Plei-

Für zusätzliche Verunsicherung an der US-Börse sorgte die Eskalation im Handelskonflikt zwischen den USA und China. Die USA haben die Zölle auf chinesische Waren im Wert von 200 Milliarden US-Dollar von zehn auf 25 Prozent erhöht. Im Gegenzug will China ab 1. Juni auf etwa 2500 US-Produkte den Importzoll auf ebenfalls 25 Prozent hochschrauben.

scheidende Unterschiede. Vor 20 Jahren wurde die Börseneuphorie auch stark von vielen Kleinanlegern getragen. Diese sind nun weit weniger engagiert. Im Fall des geflopten Börsengangs von Uber werden vor allem einige Großinvestoren deutliche Papierverluste verbuchen müssen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ nennt unter anderem den saudische Investitionsfonds als einen Investor bei Uber.

zu einer Flucht in Sachwerte geführt und damit auch die Aktienkurse angeheizt. Zudem hat es die Steuerreform von Präsident Donald Trump großen US-Unternehmen schmackhaft gemacht, bislang im Ausland geparkte Gewinne in die USA zu überführen. Eine Reihe von Konzernen hat mit dem Geld eigene Aktien zurückgekauft, um die Notierungen auf hohem Niveau zu halten und so eine Kurspflege



Bevor der Handel mit der Uber-Aktie beginnt: Die New York Stock Exchange (NYSE) am 10. Mai 2019

Bild: Imago/UPI Photo

te gingen. Die aktuelle Ernüchterung speist sich aus mehreren Quellen: Wie vor 20 Jahren gehen auch jetzt viele Technologie-Firmen an die Börse, die keine Gewinne einfahren. Kurz vor dem Platzen der Dotcom-Blase betrug der Anteil von Unternehmen, die in den USA an die Börse gegangen sind, ohne dass sie profitabel waren, 81 Prozent. Für das vergangene Jahr wird ein Anteil von 80 Prozent genannt.

Inzwischen taucht der nächste Unsicherheitsfaktor auf. Im Lager der US-Demokraten wächst die Kritik an großen Internetkonzernen. Mit der Senatorin Kamala Harris hat sich vor Kurzem eine weitere Politikerin für eine Aufspaltung des Online-Netzwerks Facebook ausgesprochen.

Trotz einiger Parallelen zur Dotcom-Blase und aktueller politischer Risiken sehen einige Investoren allerdings auch ganz ent-

Auch haben sich die Gesamterlöse der Börsengänge in den Jahren der Dotcom-Blase 1999/2000 auf einem völlig anderen Niveau bewegt, als dies in den letzten Jahren bei Börsendebutts der Fall war. Gleiches gilt für das Bewertungsniveau bei den Börsengängen von Technologie-Unternehmen.

Auf den laufenden Börsenzyklus wirken sich zudem zwei sehr mächtige Faktoren aus. Die Geldschwemme der Zentralbanken hat

zu betreiben. Im vergangenen Jahr haben die 500 größten US-Firmen eigene Aktien im Wert von 800 Milliarden Dollar erworben. Für dieses Jahr werden sogar Aktienrückkäufe im Umfang von einer Billion Dollar erwartet. Die Politik des ultrabiligen Geldes hat allerdings auch dazu geführt, dass solche Rückkäufe zum Teil auch fremdfinanziert wurden und somit die Verschuldung von Unternehmen erhöht hat. *Norman Hanert*

## MELDUNGEN

### Handwerk legt zu

**Wiesbaden** – Im Jahr 2018 stiegen die Umsätze nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im zulassungspflichtigen Handwerk gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent. Die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent. Die größte Umsatzsteigerung gab es im Bauhauptgewerbe, am geringsten stieg der Umsatz in den Handwerken für den privaten Bedarf, zu denen Friseure und Steinmetzen gehören. Im Lebensmittelgewerbe, das durch Bäcker und Fleischer geprägt ist, stagnierten die Umsätze. *J.H.*

### Zahlen zur Inflation

**Luxemburg** – In Deutschland lag die jährliche Inflationsrate im April 2019 bei 2,1 gegenüber 1,4 Prozent im Vormonat. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,3 Prozent betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im April bei 1,9 gegenüber 1,6 Prozent im Vormonat. Im Euroraum wiederum lag sie im April bei 1,7 gegenüber 1,4 Prozent im März. Ein Jahr zuvor hatte sie hier 1,2 Prozent betragen. Gegenüber März 2019 ging die jährliche Inflationsrate in sechs Mitgliedstaaten zurück, blieb in zweien unverändert und stieg in neunzehn an. *J.H.*

### Die Schulden-Uhr:

**Gesamtverschuldung:**

**1.912.721.475.754 €**

Vorwoche: 1.912.778.021.300 €

**Verschuldung pro Kopf:**

**23.102 €**

Vorwoche: 23.103 €

(Dienstag, 21. Mai 2019,  
Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

## Absage mit ernststen Folgen

Thyssenkrupp nach dem Verzicht auf die geplante »Stahlfusion«

Nachdem es im Vorjahr noch einen Gewinn von 240 Millionen Euro gegeben hatte, hat der deutsche Stahlkonzern Thyssenkrupp in nur einem Quartal fast 100 Millionen Euro Verlust gemacht. Und Besserung scheint nicht in Sicht. Auch für das Ende September endende Gesamtjahr 2018/2019 sagt Thyssenkrupp schon jetzt Verluste voraus.

Als äußerst problematisch scheint sich das Platzen der geplanten „Stahlfusion“ darzustellen. Wegen eines erwarteten Einspruchs der EU-Kommission war das Zusammengehen der Stahlsparte mit dem Wettbewerber Tata Steel Europe abgesagt worden. Auch die geplante Aufspaltung in zwei eigenständige, börsennotierte Unternehmen für Werkstoffe und für Industriegüter wurde abgeblasen. Dies hat Folgen. Zwar sollen nur 6000 der immerhin noch 160.000 Arbeitsplätze wegfallen, davon aber alleine 4000 in Deutschland. 2000 der 4000 möglichen Arbeitsplatzstreichungen dürfte die Stahlsparte treffen. Die Branche leidet unter den Folgen einer massiven Überproduktion.

Zumindest bis zum Jahresende sind betriebsbedingte Kündigungen immerhin ausgeschlossen. Auch Standortschließungen soll es nach Angaben der Gewerkschaft

IG Metall bis dahin nicht geben. Das habe die Gewerkschaft mit dem Konzernvorstand von Thyssenkrupp in einem Tarifvertrag vereinbart, sagte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Thyssenkrupp Steel Europe, Tekin Nasikkol.

Trotzdem bewerten Branchenkenner die geplante „Stahlfusion“ als Katastrophe. „Man kann am neuen Ausmaß des Stellenabbaus ersehen, wie wichtig der indische Konkurrent Tata als Fusionspartner gewesen ist“, sagte der Geschäfts-

### Branchenkenner sprechen von einer Katastrophe

führer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Thomas Hechtfisher, der Deutschen Presse-Agentur und: „Man hat drei Jahre rumgebastelt an der Stahlfusion. Das sind jetzt verlorene Jahre.“

Konzernchef Guido Kerkhoff hat Anfang Mai überraschend eine strategische Kehrtwendung verkündet, nachdem ihm aus EU-Kreisen signalisiert worden war, dass die „Stahl-Ehe“ ohne Modifizierungen scheitern werde. Daraufhin änderte Kerkhoff die Strategie und sagte die

monatelang geplante Aufteilung des Konzerns ab, was vor allem bilanzielle Folgen haben wird. Stattdessen soll nun die Aufzugssparte über einen Börsengang teilweise zu Geld gemacht werden. Aber auch dieses Geschäftsfeld stand zuletzt unter Preisdruck und musste an den Aktienmärkten Federn lassen.

Jahrelang hatte die Konzernspitze versucht, unabhängiger vom schwankenden Stahlgeschäft zu werden, das vor allem unter billigen Importen aus Asien leidet. Stattdessen wollten die Essener zu einem modernen Technologiekonzern aufsteigen, mit mehreren Sparten von U-Booten bis hin zu Aufzügen. Branchenkenner sehen in dem übereilten Börsengang der Aufzugssparte ein Einknicken vor den Finanzinvestoren. „Thyssenkrupp ist immer noch ein Koloss auf tönernen Füßen“, erklärte der bekannte Fondsmanager Ingo Speich schon vor drei Jahren, als Thyssenkrupp mehrere Auslandsgeschäfte an die Wand gefahren hatte. Seine Empfehlung damals: Der Konzern müsse seinen Umbau forcieren und Schulden abbauen, um auch langfristig zu überleben. „Ein Abstoßen der Stahlsparte wäre ein Befreiungsschlag. Die Zukunft liegt im Technologiegeschäft und nicht im Stahl.“ *P.E.*

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche  
Orientierung in der Medienflut  
Klartext für Deutschland

Probabo anfordern:  
[vertrieb@preussische-allgemeine.de](mailto:vertrieb@preussische-allgemeine.de)  
Telefon 040-41 40 08 42  
Fax 040-41 40 08 51

## Heuchelei

Von Thomas W. Wyrwoll

Seit Jahr und Tag versuchen die USA, Europa vom Bezug russischer Energieträger abzubringen. Offiziell wird damit argumentiert, dass sich Europa mit deren Bezug in eine „Abhängigkeit von Russland“ begeben und man es davor schützen wolle.

Wer allerdings die in Washington erstellten Rechtstexte liest, mit denen ausländischen Unternehmen dreist Sanktionen für eine Teilnahme an Pipeline-Geschäften mit Russland angedroht werden, entdeckt rasch eindeutige Hinweise darauf, dass es hier tatsächlich um den Ab-

kommt noch ein massiver Ankauf russischen Erdöls hinzu. Betrug dessen Anteil am US-Import bereits im Jahre 2017 beachtliche vier Prozent, scheint sich dieser nach der gegen Venezuela verhängten Handelssperre vervielfacht zu haben. Die US-Ölraffinerien benötigen schweres, schwefelhaltiges Öl, das sie bisher vor allem aus jenem alt-neuen Ziel US-amerikanischer Begierden bezogen hatten, in dem gerade jetzt wieder die „Förderung der Demokratie“ auf der Agenda steht.

Russland fördert solches Öl vor allem im Ural- und Wolga-

### Die USA wollen nicht, dass die Europäer russisches Öl kaufen, tun es aber selbst in großem Stil

satz US-amerikanischen Erdgases geht. Dieses ist allein schon wegen seiner Förderung durch nicht nur umweltzerstörerisches, sondern auch teures Fracking, aber auch durch den weiten Seetransport über den Atlantik, der bei Russland oder anderen eurasischen Gasanbietern entfällt, nach Marktgesetzen nicht konkurrenzfähig.

Den Gipfel dieser Heuchelei bildet allerdings das Einkaufsverhalten des Weltkolonialherren selbst: Das ganze letzte Jahr über haben die USA Flüssiggas, das heißt verflüssigtes Erdgas, von der Jamal-Halbinsel im Norden Sibiriens über gigantische Tankschiffe erhalten – und dabei von den günstigen Preisen dieses russischen Rohstoffs profitiert, die man der europäischen Konkurrenz nicht gönnte. Jetzt

gebiet, wobei dessen Charakteristika die in den USA begehrte Außenhandelsmarke „Urals“ prägen. Da das alternativ als Lieferant in Betracht kommende Saudi-Arabien seine Ölproduktion angesichts der endlich wieder anerkannten Abhängigkeit von einem substantiellen Ölpreis nicht hochfahren will und Washington einen Bezug von ähnlichem Öl aus dem Iran weiterhin torpediert, richtet man sich in den USA schon jetzt ohne Wehklagen auf einen langfristigen Bezug günstigen Öls aus Russland ein.

Dass man hierdurch bis zur Eroberung und Ausbeutung der Ölfelder Venezuelas und / oder des Iran selbst „von Moskau abhängig“ wäre, ficht die offensichtlich nur um Europa „besorgte“ US-Politik interessanterweise nicht an.

# Junckers letzter Streich

Von Eberhard Hamer

Jean-Claude Juncker hat von Anfang an betont, dass er als Kommissionspräsident die EU zum Zentralstaat entwickeln, also die souveränen Mitgliedsstaaten zu Provinzen des Zentralstaates EU machen wolle. Inzwischen ist die Zentralisierung in der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik und im Rechtswesen vollendet. Die Zentralisierung der Verteidigungspolitik, der Finanzpolitik und die Bildung einer Schulden- sowie Finanzunion sind in Arbeit.

Zu gern würde die EU auch die Kompetenz für den Sozialsektor an sich reißen können. Das heißt, die Pleiteländer des Südens würden nach den Sozialkassen der EU-Nordländer greifen, konnten aber die Sozialkompetenz der Nordländer bisher nicht brechen, weil sie dazu keine Mehrheiten in der EU erreichen konnten. Für Be-

schlüsse zur Sozial- und Steuerpolitik gilt nämlich der Einstimmigkeitsvorbehalt. Juncker will nun die Schwäche oder Abwesenheit Englands ausnutzen, um den Einstimmigkeitsvorbehalt für die Steuer- und Sozialpolitik zu kippen und dafür nur noch „qualifizierte Mehrheitsentscheidungen“ zu benötigen. Die qualifizierte Mehrheitsentscheidung soll eine Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten und mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen. Solche Mehrheitsentscheidungen würden Frankreich und die EU-Südstaaten für alle Regelungen leicht erreichen. Würden sich also die Nordländer darauf einlassen, die Einstimmigkeit gegen solche europäischen Südmehrheiten zu ersetzen, würden sie sich praktisch unbegrenzter Umverteilungsplünderung nach

Südeuropa sowohl steuerlich als auch sozialpolitisch unterwerfen.

Juncker weist mit Recht darauf hin, dass die Mehrheit der EU-Parlamentskandidaten auch in Deutschland für mehr EU-Zentralisierung sei und er versteckt die Sprengbombe einer EU-Zentralisierung der Sozialsysteme geschickt mit der von den meisten Ländern gewünschten Steuerzentralisierung der Digitalfirmen, welche durch Irland und Luxemburg als Steueroasenländer bisher durch die Einstimmigkeitsnotwendigkeit verhindert werden.

Im Europaratsch des Wahlkampfes für ein im Grunde machtloses EU-Parlament ist der Beutezug Junckers im Finanz- und Sozialbereich publizistisch bisher untergegangen.

Würde Juncker die Einstimmigkeits- durch eine Mehrheitsrege-

lung ersetzen können, würde damit ein Diktat Brüssels auch in der „Migrations“-Frage begründet, würden alle Schulden der Südländer unsere und unsere Steuern dafür deren werden und würde eine Einheitsrente und Einheitsarbeitslosenunterstützung im Wesentlichen auf deutsche Kosten geschaffen werden.

Eigentlich müsste jetzt ein Sturm der Entrüstung und Proteste bei den deutschen Zahlern ausbrechen, um Junckers Beutezug zu verhindern. Die Tatsache, dass die Bundesregierung nicht laut widerspricht und unsere Presse das Thema nicht behandelt, zeigt höchste Gefahr für die Verwirklichung der Pläne von Juncker. Das Thema muss also publizistisch und diskutiert werden, damit wir nicht wieder von der Eurokratie überrascht werden.



Muss nicht in Deckung gehen, da es keinen Protest gegen seinen Beutezug gibt: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

Bild: Imago\_Le Pictorium

Du möchtest, dass unsere Welt besser wird. Da sind viele Probleme, Verwerfungen, Unwahrheiten, und Du spürst den Niedergang, fühlst genau, wie sich alles zusammenzieht. Nicht selten geht es Dir elend, Du fragst, warum es auf dieser Erde so ungerecht zugeht. Du zeigst auf andere, weißt genau, wo ihre Fehler liegen. Fragst, wie sie so herzlos sein können, korrupt und schlecht.

Du fragst zu Recht, mein Freund. Doch halt für einen Augenblick inne, denn nun richte ich einige Fragen an Dich. Wie steht es denn mit Dir, mit Deinen Taten, in der Familie, im Freundeskreis, bei den Bekannten, Nachbarn, im Beruf, in und mit der Natur, den Tieren? Bist Du immer gerecht? Behandelst Du alle Lebewesen so, wie Du gerne behandelt werden möchtest?

Was tust Du, damit es Deinem Partner besser geht? Hast Du darüber nachgedacht, wie Du ihm oder ihr eine Freude machen kannst? Jeden Tag nur eine kleine Freude? Weißt Du denn überhaupt, worüber er oder sie sich wirklich freuen würde? Nein, es müssen keine Geschenke sein, die Du in einem Geschäft kaufst. Es kann eine Blume aus dem Garten sein. Es kann ein Lächeln an der richtigen Stelle sein, wo Du sonst gewöhnlicherweise über sein Wort einfach hinweggehst, weil Du gerade alle Hände voll zu tun hast. Halt inne, dreh Dich um und schenk Deinem Partner jetzt Dein Lächeln. Sieh ihn dabei an, schau tief in seine Augen, damit er spürt, dass Du es ernst meinst. Vielleicht hast Du das schon viele Jahre nicht mehr getan, weil Ihr Euch aneinander gewöhnt habt, weil der Alltag so anstrengend ist. Versuch es nur einmal wieder. Und noch einmal. Und abermals. Versetz Dich zurück in Eure Anfangszeit, hol das Gefühl der Lie-

## Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

be wieder herauf, such es, bis Du es wiederfindest. Und bewahre, erhalte es wie einen wertvollen Schatz, pflege Dein Glück jeden Tag aufs Neue ...

Wann hast Du zum letzten Mal Deine Hand auf den Arm Deines Partners gelegt, während er Dir etwas erzählt? Probiere es nur einmal aus, wiederhole es öfter. Lass nicht nach, fall nicht in die alten Gewohnheiten zurück. Viele Menschen

haben vergessen, Leben und Liebe zu geben, dem Menschen gegenüber Respekt und Interesse zu zeigen, ihn ernst zu nehmen, ihm wirklich zuzuhören. Wann hast Du Deinen Partner zum letzten Mal in den Arm genommen? Nicht flüchtig, sondern inniglich? Nicht alltäglich, sondern auf eine ganz besondere Weise. Du wartest schon lange, dass er es tun möge? Du möchtest, dass unsere Welt besser wird, doch wann fängst Du damit an?

Was ist mit Deinen Kindern? Haben sie allen Grund, Dich zu lieben? Gabst Du ihnen selbst genügend Zuneigung in all den Jahren? Haben sie Grund, stolz auf Dich zu sein, vor allem als Mensch? Warst Du ihnen gegenüber immer ein gutes Vorbild? Was sagst Du, jeder Mensch macht mal Fehler? Gewiss, das stimmt durchaus, mein Freund. Und Du erwartest hier so manches Mal Nachsicht. Doch wie ist es mit Dir und Deiner eige-

# Du möchtest, dass unsere Welt besser wird

Von EVA HERMAN

nen Nachsicht? Hast Du immer Verständnis für den anderen gehabt? Versuchst Du, Dich in Dein Kind hineinzuversetzen, wenn es einen Fehler macht? Erinnerst Du Dich dabei an Deine eigene Jugend? Daran, wie Du warst und was Du gefehlt hast? Gibt es da nicht sogar häufig Parallelen? Gewährst Du Deinen Kindern die Freiheit, zu einer eigenen bestimmten Persönlichkeit zu werden, ohne ihnen die Überstülpung Deiner persönlichen Vorstellungen zuzumuten? Du möchtest, dass unsere Welt besser wird, doch trägst Du selbst Deinen Teil wirklich dazu bei?

Deine Freunde, Bekannten, Kollegen, was würden sie wohl über Dich sagen, wenn Du eines Tages die Erde verlassen müsstest? Ein fairer, liebevoller Mensch? Großherzig, einfühlsam, gerecht? Haben sie allen Grund, so über Dich zu sprechen? Oder nicht? Gibt es Dinge, die Du bereust? Hast Du jemanden verletzt? Falls das so sein sollte, hast Du Dich dafür entschuldigt? Sagen wir mal, Du hättest tatsächlich nicht mehr viel Zeit. Bei wem müsstest Du Dich noch entschuldigen? Wem müsstest Du noch vergeben, der schon lange auf ein gutes Wort wartet? Weißt Du, wie wichtig die Versöhnung ist? Warum tust Du es nicht einfach – gleich heute? Muss man erst auf dem Sterbelager liegen, um zu erkennen, um was es wirklich geht im Leben?

Gewiss, unser Dasein ist anstrengend, heute mehr denn je. Man eilt und hastet, man schuffet und werkelt, um alles zu

schaffen, was anliegt. Aber soll das wirklich alles gewesen sein? Hast Du Dich schon einmal gefragt, was der Sinn Deines Lebens ist? Wofür bist Du hier eigentlich auf der Erde? Um gestresst und ruhelos durch Dein Sein zu fegen? Wie oft bist Du eigentlich draußen in der Natur? Nimmst Du Dir genügend Zeit für Deine Genesung, für eine Erholung für Seele und Körper? Spürst Du da draußen in der herrlichen Natur die Liebe, mit der ein jeder Baum und eine jede Blume, jeder einzelne Grashalm, geschaffen wurde? Atme einmal tief durch, während Du unter einem alten, starken Baum stehst? Du musst sie doch fühlen, diese Überlegenheit, dieses geerdete Dasein, das Gesunde und Heilende.

Probiere es doch endlich aus, geh raus, atme tief ein und wieder aus, und wiederhole es, so oft es nur geht. Hör doch, die Vögel singen silberhell im Kanon, sie zwitschern und tirilieren ohne Sorgen. Verbinde Dich mit ihnen, danke ihnen für ihren wunderbaren, unermüdeten Gesang. Sieh die Tiere, wie sie schwingen in den Gesetzen der Natur, solange nicht der Mensch seine Hand anlegt. Ergeben tun sie Deinen Willen, ob dieser gut oder böse ist, ob er gerecht ist oder von Macht- und Geldgier besessen. Hast Du mal über das richtige Maß an Verantwortung nachgedacht, das

jeder Einzelne von uns trägt? Du möchtest, dass unsere Welt besser wird, aber wo stehst Du eigentlich?

Mein lieber Freund, komm zur Ruhe. Schau nach oben in den Himmel, öffne demütig Deine Arme und danke dem Schöpfer für Dein Sein. Was ist der Sinn des Lebens? Gewiss, Du musst mit beiden Beinen auf der Erde stehen, sollst besonnen Deiner Arbeit nachgehen. Doch in welcher Stimmung verrichtest Du sie? Auch wenn Du derzeit nicht Deinen Traumberuf ausübst, so ist doch Deine Arbeit eventuell eine wertvolle Brücke, um wieder eine Stufe höher zu gelangen. Ist es nicht sogar wichtig, alle Entwicklungen in Stufen vorzunehmen, anstatt zu einem riesigen Hechtsprung anzusetzen und dabei eventuell abzustürzen? Gelingt Dir nicht jede Tätigkeit viel leichter in freudigem Sein? Warum grübelst Du? Wieso zermarterst Du Dir ständig Dein Gehirn über Dinge, die Du doch nicht ändern kannst? Ist es nicht viel besser, zuversichtlich nach vorne zu schauen, in vertrauensvollem Blick nach oben, in heiterer Seelenstimmung? Probiere es einfach aus, und Du wirst schnell merken, dass Du selbst es bist, der über Glück oder Unglück entscheidet. Hast Du schon einmal darüber nachgedacht, dass es eventuell mehr Hilfe und Helfer für Dich geben könnte, als Du bisher

dachtest? Bitte doch einmal darum, dass Dir geholfen werde. Und glaub fest daran. Du wirst bald die ersten Wunder erleben, solange Du nur daran festhältst.

Du möchtest, dass unsere Welt besser wird? Zeig nicht mehr auf andere, warte nicht darauf, dass sie anfangen, besser zu werden. Gehe in Dich Freund, schüttel das Alte ab. Und werde endlich neu. Du wirst sehen, wie sich dann unsere Welt plötzlich zum Besseren wendet.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

# Auf die vornehme Art

Küss die Hand, Gnädigste – Im Mai 1864 weihte Franz Joseph das Haus am Ring der Wiener Staatsoper ein

Unter Kaiser Franz Joseph I. errichtet, im Zweiten Weltkrieg zerstört, bis 1955 weitgehend originalgetreu wieder aufgebaut, feiert die Wiener Staatsoper am Ring im Mai ihr 150. Jubiläum. Die Geschichte der Wiener Oper an sich begann schon sehr viel früher.

Der Opernbesuch in Wien ist immer ein festlicher Anlass. Dem wird unübersehbar Rechnung getragen. Bei einem der elegantesten, bekanntesten und bedeutendsten Opernhäuser der Welt verlangt es, sich sowohl angemessen zu kleiden als auch seinen Knigge studiert zu haben, sprich: gute Manieren zu zeigen. Bei allzu legerer Kleidung kann es durchaus passieren, dass trotz gültiger Eintrittskarte der Zugang verwehrt wird.

Für den Herren bedeutet das: Ohne Anzug geht es nicht. Beim Smoking sind die klassischen Farben Schwarz und Blau, hier allerdings nur ein sehr dunkles Blau, passend. Die Dame sollte ein bodenlanges Abendkleid wählen. Aber auch Hosenröcke oder knielange Cocktailkleider gelten als angemessen. In jedem Fall aber sind bei Schnitt und Farbe angemessene Eleganz und Zurückhaltung empfohlen.

Kurz: In Wien passt sich das Publikum dem opulenten Dekor des Opernhauses an. Ganz besonders, wenn es vor und nach der Aufführung die Feststiege feierlich hinauf- und hinabsteigt. Dabei hat das Treppenhaus wie ein Ausrufezeichen alle Zerstörung unversehrt überstanden. In Wien feiert man nicht nur den Opernball. Hier huldigt das Publikum an 300 Abenden im Jahr auch aus vollem Herzen seiner Oper, dem Haus genauso wie den Interpreten.

Mit Mozarts „Don Giovanni“ wurde das Haus am Ring am 25. Mai 1869 feierlich eröffnet. Kaiser Franz Joseph I. hatte den ersten Bau am Ring aus seiner

Privatschatulle finanziert. Seither steht das Opernhaus im Blickpunkt nicht nur des nationalen, sondern auch des internationalen Interesses. Für eine Großmacht konzipiert, mag das Haus in Post-Habsburger Zeiten für das inzwischen arg geschrumpfte Österreich überdimensioniert wirken.

Als Symbol und Aushängeschild für die Weltstadt der Musik – wie sich Wien selber nennt – allerdings ist seine Größe durch-

gramm. Im Haus am Ring wurden nicht allzu viele bedeutende Meisterwerke zur Uraufführung gebracht. „Die Frau ohne Schatten“, Strauss' und Hugo von Hofmannsthal's vierte gemeinsame Oper, bildet eine der wenigen Ausnahmen: Am 10. Oktober 1919, also vor bald 100 Jahren, erblickte das Werk, das Strauss 'als die letzte romantische Oper' ansah, an der Wiener Staatsoper das Licht der Welt. Seither gehört es zum fixen

Öffentlich, von allen Bekleidungsanschriften befreit und kostenfrei sind die Opern- und Ballettabende unter freiem Himmel, die im Mai, Juni und September live auf einer 50 Quadratmeter großen Videowand am Karajanplatz vor der Oper gezeigt werden. Die Initiative finanziert sich mit Werbung, die vor der Vorstellung und in den Pausen geschaltet wird. Rechtzeitiges Kommen sichert sogar einen Sitz-

Restkarte. Mit Pech bezahlt man teuer für eine Hörskarte ohne Bühnensicht.

Der Spagat zwischen Tradition und Moderne ist immer ein Thema. Mögen Architektur und Ausstattung in Wien den Historismus feiern, auf der Bühne scheut man sich nicht, auch neue Wege zu gehen. Ein Beispiel ist die „Elektra“-Inszenierung von Uwe Eric Laufenberg, die 2015 Premiere hatte, seitdem zum Repertoire gehört und im Februar 2020 am 6., 9., 12. und 15. wieder auf dem Programm steht.

Mit „Elektra“ hatte die Zusammenarbeit zwischen Richard Strauss und Hugo von Hofmannsthal begonnen. Der Einakter – uraufgeführt 1909 – thematisiert eine aus der Mythologie stammende Familiengeschichte zwischen Schuld und Rache, Schicksal, Erlösung und Untergang. In Wien wird die antike Tragödie in einen Kohlenkeller verlegt, mit nackten Mägden unter der Dusche und einem Fahrstuhl, der Leichen und Körperteile nach den beiden Morden abtransportiert. Das ist nicht jedermanns Sache. Musik und Gesang allerdings bleiben unangetastet.

Wer in Wien die Leitung hat, tritt in große Fußstapfen, die von Gustav Mahler, Karl Böhm oder Herbert von Karajan. Seit September 2010 ist der Franzose Dominique Meyer Intendant. Im September 2020 soll ihn Bogdan Rošćić ablösen. 1964 in Belgrad geboren, 1974 mit der Familie nach Österreich emigriert, wird von dem 55-jährigen Präsidenten von Sony Classical erwartet, dass er dank seiner exzellenten Kontakte in der Klassikszene Wiens Oper sicher in die Zukunft führt. Erreichen soll er dies mit dem gleichzeitig neu berufenen Musikdirektor Philippe Jordan, der 1974 in Zürich geboren wurde, seit 2009 Musikdirektor der Opéra national de Paris und seit 2014 Chefdirigent der Wiener Symphoniker ist. Helga Schnehagen



Glänzender Staatsopernsitz seit 150 Jahren: Das Haus am Ring

Bild: Imago

aus angemessen. Auch im Hinblick auf das Weltorchester, das in seinem Graben spielt. Denn aus dem Wiener Staatsopernorchester rekrutieren sich die Wiener Philharmoniker. Den Anspruch, eines der führenden Opernhäuser der Welt zu sein, beweist es Abend für Abend mit einer Auslastung von quasi 100 Prozent.

Am 25. Mai 2019, 150 Jahre später, stehen eine Geburtstagsmatinee und die Premiere von Richard Strauss' Oper „Die Frau ohne Schatten“ auf dem Pro-

Bestandteil der internationalen Spielpläne.

Am 26. Mai gibt es von 20.30 Uhr bis 22.15 Uhr ein Fest für alle. Dann werden Ensemblesänger, Gäste, das Wiener Staatsballett, das Staatsopernorchester, das Bühnenorchester und der Staatsopernchor den öffentlichen Raum rund um das Staatsopergebäude auf unkonventionelle Weise bespielen – Überraschungen inklusive! Wiens Oper war immer schon mehr als anderswo eine öffentliche Angelegenheit.

platz. Auch im Internet finden inzwischen regelmäßig Live-Übertragungen aus der Wiener Staatsoper statt, hier allerdings gegen Bezahlung (www.staatsoperlive.com).

Keine Übertragung kann den echten Opernbesuch ersetzen. Vorausgesetzt, man hat rechtzeitig Karten besorgt. Auf alle anderen lauern vor der Oper fliegende Händler. Mit Glück und Verhandlungsgeschick ergattert man noch in letzter Minute kurz vor dem zweiten Klingeln eine günstige

## Marienfrend aus Wittenberg

Die Lutherstadt stellt das Verhältnis des Reformators zur katholischen Marienfigur klar

So überraschend es auf den ersten Blick erscheinen mag: Die „Lutherstadt“ Wittenberg ist genau der richtige Platz für eine hochkarätige Ausstellung über „Verehrt. Geliebt. Vergessen. Maria zwischen den Konfessionen“. Zudem ist damit eine Premiere gelungen.

Sonderlich originell ist die Thematisierung der Mutter Jesu an sich nicht, aber erstaunlicherweise wurde noch nie – wie jetzt erstmals – das Verhältnis von Maria und Luther in den Fokus gerückt. Wittenberg galt zu dessen Zeit als „Marienstadt“. Durch Feste, Altäre oder die Stadtkirche „St. Marien“ war sie stets präsent.

Luthers Förderer, der sächsische Kurfürst Friedrich der Weise, besaß eine Reihe von Marienreliquien. Als Quelle für deren Leben wurde damals auch auf außerbiblische Überlieferungen zurückgegriffen, etwa die „Legenda aurea“, die goldene Legende. Der Reformator selbst hatte ein Marienbild in seinem Arbeitszimmer und ist durchaus als „Marienfrend“ zu bezeichnen.

Er wandte sich aber in seiner Lehre gegen die Form der Verehrung, die ihr entgegengebracht wurde. Alleiniger Erlöser sei Christus, „Mitterlöserin“ sei nicht. Die ihn umgebende Marienfrömmigkeit, etwa Marienwallfahrten, die zehntausende

Menschen anzogen, kritisierte er wortreich. Jedoch ist die regelrechte Verdrängung Marias aus dem reformatorischen Bereich und die eindeutige Zuordnung zum Katholizismus erst eine Entwicklung der Zeit nach Luther.

Die Stiftung Luthergedenkstätten präsentiert diesen Bogen

ist die im Spätmittelalter beliebte „Schutzmantelmadonna“. Maria bietet den – figürlich kleiner dargestellten – Gläubigen sprichwörtlich Schutz unter ihrem Mantel. Illustriert wird die Marienverehrung auch anhand von Objekten wie dem um 1520 entstandenen Holzschnitt „Die Wallfahrt

zur Schönen Maria“ von Michael Ostendorfer. Solche Darstellungen waren unter anderem zum Verkauf an Pilger bestimmt. Die Wende mit dem Umgang Marias im protestantischen Raum zeigt sich nicht nur in Motivverschiebungen zugunsten von Christus, sondern der auch gegenständlichen „Verbannung“ von

Kunstwerken in „Götzenkammern“. Dort konnten sie, nicht mehr öffentlich sichtbar, immerhin überleben. Drastischere Formen des neuen „Leitbildes“ werden anhand der um 1450 entstandenen „Pietà aus Orlamünde“ deutlich. Hier blieb der Jesus darstellende Teil erhalten, Maria wurde einfach zerschlagen. Die Ausstellung konzentriert sich konsequent auf knapp 300 Jahre. Das um 1570 entstandene Bildnis „Marienkrönung“ eines Meisters der Donauschule ist das jüngste Werk. Sollte der Wissens-, Kunst- und Marienhunger damit noch nicht gestillt sein, empfiehlt sich der Besuch der Korrespondenzausstellung über die „moderne“ Maria „von Chagall bis Kollwitz“.

Erik Lommatzsch

Augusteum, Collegienstraße 54, Lutherstadt Wittenberg, bis 18. August, geöffnet täglich von 9 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 6 Euro. Der Katalog kostet im Museumsshop 25 Euro. Korrespondenzausstellungen: „Bei deinem Namen genannt: Maria. Wanderausstellung des Kulturbüros der EKD“, bis 2. Juni in der Stadtkirche Wittenberg, sowie „Zwischen Liebe und Verzweiflung. Maria in der Moderne – von Chagall bis Kollwitz“, bis 1. September im Schloss Wittenberg. www.martinluther.de



Die eine stillt das Jesuskind, der andere seinen Kunst hunger

anhand von über 100 Exponaten. Unter den zahlreichen Leihgaben besonders hervorzuheben sind die elf geschnitzten Madonnenfiguren aus der Sammlung Bührlé, welche in dieser Form erstmals außerhalb ihres Züricher Standortes gezeigt werden.

Ein hier sowie in der Präsentation mehrfach vertretenes Sujet

zur Schönen Maria“ von Michael Ostendorfer. Solche Darstellungen waren unter anderem zum Verkauf an Pilger bestimmt.

Die Wende mit dem Umgang Marias im protestantischen Raum zeigt sich nicht nur in Motivverschiebungen zugunsten von Christus, sondern der auch gegenständlichen „Verbannung“ von

## Bunte Journalisten

Der gezeichnete Reporter – Comics in Berlin

Der abenteuerliche rasende Reporter ist durch „Tim und Struppi“ zur klassischen Comicfigur geworden. Aber auch „Superman“ hat als Clark Kent in dessen Alltagsberuf als unscheinbarer Journalist seine Brötchen verdient. Wie es aber aussieht, wenn Kunst und Information zum Zeitgeschehen aufeinandertreffen, zeigt jetzt die Ausstellung „Zeich(n)en der Zeit. Comic-Journalismus weltweit“, die bis zum 25. August im Berliner Museum für Kommunikation (Leipziger Straße 16) Werke internationaler Zeichner versammelt.

Der Journalismus kennt viele Sparten und noch mehr Gattungen. Dass sich neben Print, Radio, TV und Online auch der Comic zur Vermittlung journalistischer Inhalte eignet, begann sich aber – trotz der langen Geschichte von Presseillustrationen und Karikaturen – erst ab den 1990er-Jahren herumzusprechen. Mit Joe Sacco kamen die ersten Comicreporta-

gen aus den USA. Bald verlegten sich auch Zeichner und Journalisten aus anderen Weltregionen auf dieses Format.

Mittlerweile bordet die Szene nur so über vor gelungenen Beispielen gezeichneter Reportagen, Berichte oder Kolumnen. Thematisch ist von Menschenrechtsthemen über Außen- und Wirtschaftspolitik bis Kultur und Gesellschaft alles dabei.

Während Comicjournalismus zu Anfangszeiten häufig in Buchform erschien, findet er heutzutage den Weg in experimentierfreudige Redaktionen konventioneller Medien. Auch wenn selten Einigkeit darüber besteht, wie genau Comicjournalismus zu definieren ist, so ist diese inhaltliche und gestalterische Freiheit der Disziplin eher zuträglich. Die Freude an der neuen Form ist allen comicjournalistischen Beiträgen in dieser Ausstellung gemeinsam. tws

Internet: www.mfk-berlin.de



Die Arbeit der Journalisten im Comic: „Im Schatten des Krieges“ von Sarah Glidden

Bild: Sarah Glidden

# Ein Mann mit Instinkt für Macht und Intrige

Vor 25 Jahren starb der langjährige Generalsekretär des ZK der SED und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker in Chile

**So schwach das Charisma sowie die intellektuellen und rhetorischen Fähigkeiten des Erich Honecker ausgeprägt waren, so sicher war lange Zeit sein Instinkt für Macht und Intrige.**

Im Gegensatz zum Sachsen Walter Ulbricht war Honecker ein gebürtiger Preuße. Am 25. August 1912 kam er im saarländischen Neunkirchen als Sohn eines Bergarbeiters zur Welt. Wenig später bezog die Familie ein ererbtes Haus in Wiebelskirchen. Man verfügte zusätzlich über eine kleine Landwirtschaft und zählte zur „Arbeiteraristokratie“. Schon als Kind wurde Honecker, dessen Vater politisch entsprechend engagiert war, Mitglied kommunistischer Organisationen, etwa des „Jung-Spartakus“. 1926 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. Die Zeit als Landarbeiter in Pommern von 1926 bis 1928 sollte Episode bleiben. Eine im Anschluss daran in Neunkirchen begonnene Dachdeckerlehre brach er ab.

Von nun an widmete er sich ausschließlich der politischen Arbeit. Er wurde Mitglied von KPD, Rotfrontkämpferbund und Roter Hilfe. Beim KJVD wurde er hauptamtlich tätig. Er übernahm führende Aufgaben und wurde für seinen weiteren Weg nicht zuletzt 1930/31 an der internationalen Lenin-Schule in Moskau vorbereitet. 1933/34 wirkte er beim Wiederaufbau zerschlagener kommunistischer Jugendorganisationen im Ruhrgebiet mit. Nach einer kurzzeitigen Verhaftung ging er in die Niederlande, später war er wieder in Deutschland. Unter anderem engagierte er sich im Saarland, welches als „Saargebiet“ seit 1920 vom Völkerbund verwaltet wurde, gegen den Anschluss an das Deutsche Reich. Nach der Abstimmung von 1935 wurde dieser jedoch vollzogen. Honecker floh für einige Monate nach Paris und setzte seine illegale KJVD-Tätigkeit anschließend in Berlin fort. Im Dezember 1935 wurde er verhaftet und anderthalb Jahre später vom Volksgerichtshof „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unter-

nehmens unter erschwerenden Umständen“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

In das Ende seiner Haftzeit fiel die seltsame Episode seiner Flucht aus der Gefangenschaft im März und seiner – konsequenzfreien – Rückkehr dorthin im April 1945. Er selbst gab an, er

Funktionären der östlichen Besatzungszone und der frühen DDR hatte er die Zeit des Dritten Reiches nicht im sowjetischen Exil verbracht. Er wirkte an führender Stelle beim Aufbau von Jugendorganisationen. Bis 1955 war er Vorsitzender der FDJ. Schon 1946, im Gründungsjahr, war er

stand tatsächlich kurzzeitig in Frage.

In den ersten beiden Dekaden ihres Bestehens wurde die Politik der DDR maßgeblich von Ulbricht bestimmt. Honecker brachte sich nach und nach hinter diesem als „zweiter Mann“ in Position. In den 1950er Jahren ging er konse-

wechsel von 1971 zunächst positiv wahrgenommen. Eine anfängliche kulturpolitische Liberalisierung war aber spätestens 1976 mit der symbolträchtigen Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann beendet. Zudem erfolgte unter Honecker „der Ausbau einer aufwendigen, die Ressourcen

rantiert, worauf sich die Opposition in der DDR immer wieder – vor der eigenen Justiz in der Regel erfolglos – beziehen sollte. Für Honecker war der offizielle Empfang in der Bundesrepublik 1987 Ausdruck dafür, dass die DDR nun auch dort als zweiter deutscher Staat anerkannt wurde. In Bonn sah man die Gegebenheiten offiziell anders, dennoch hatte man sich in Westdeutschland zu dieser Zeit weitgehend mit der Teilung des Landes abgefunden.

Gestürzt wurde Honecker von den eigenen Genossen im Oktober 1989 – als eine Vielzahl von Menschen das Land verlassen hatte, als der Druck durch die Massendemonstrationen immer größer geworden und der greise Staatsratsvorsitzende gesundheitlich geschwächt war. Zudem wusste die Führung um die desaströse wirtschaftliche Lage des Landes. Der Rückhalt aus der Sowjetunion war nicht mehr gegeben, dort verfolgte der seit 1985 amtierende Michail Gorbatschow einen Reformkurs. Mit Honecker ging eine seinen Vorstellungen entsprechende DDR innerhalb weniger Wochen unter. Die friedliche Revolution beendete die Herrschaft der SED, die auch die Absetzung Honeckers und anderer führender Politiker nicht mehr retten konnte. Noch im August 1989, angesichts der sich schon deutlich abzeichnenden Krise, hatte Honecker verkündet: „Den Sozialismus in seinem Lauf ... halten weder Ochs noch Esel auf.“

Später musste er sich vor Gericht für die Toten an der innerdeutschen Grenze verantworten. Auch hier zeigte sich sein Realitätsverlust. Er rechtfertigte den Mauerbau mit der Behauptung, damit sei seinerzeit eine „Eskalation ... womöglich ein Atomkrieg“ verhindert worden. Das Verfahren gegen den Schwerkranken wurde 1993 eingestellt. Honecker, der lange Jahre im Zuchthaus verbracht und dann selbst eine Diktatur maßgeblich mitverantwortet hatte, die nach Zweckdienlichkeit und Ideologie über Freiheit und Leben der eigenen Bevölkerung entschied, ist am 29. Mai 1994 in Chile gestorben.

Erik Lommatzsch



Vermeintlicher Höhepunkt in Erich Honeckers (l.) politischer Karriere: Offizieller Besuch der Bundesrepublik 1987

Bild: action press

haben sich und andere damit vor der Gestapo schützen wollen, was schwer nachvollziehbar ist. Das Ganze erfolgte mit Hilfe einer Gefängnisaufseherin, zu der Honecker eine Beziehung unterhielt. Die Bekanntschaft rührte aus seiner Tätigkeit in einer Baukolonne, die in einem Frauengefängnis eingesetzt war.

Bereits im Mai 1945 war Honecker wieder politisch tätig. Im Unterschied zu vielen anderen

Mitglied des Parteivorstandes der SED, ab 1949 des Zentralkomitees und ab 1958 des Politbüros. Der Volkskammer gehörte er von 1949 bis 1989 an. Honeckers Scheidung und die vorher begonnene Beziehung zu Margot Feist, der späteren DDR-Bildungsministerin, die er 1953 heiratete, war bei der in diesen Fragen äußerst restriktiven Parteilinie ein Karriererisiko. Sein sich dann wieder nahtlos fortsetzender Aufstieg

quent gegen innerparteiliche Kritiker Ulbrichts vor, so Walter Janka oder Wolfgang Harich. Er wurde zuständig für Sicherheit und „Kaderfragen“. Damit fiel auch der Mauerbau vom August 1961 in Honeckers Verantwortungsbereich.

Ab Mitte der 1960er Jahre betrieb er die Ablösung Ulbrichts, für die er sich der Unterstützung aus Moskau versicherte. Von der Bevölkerung wurde der Macht-

der DDR letztlich völlig überspannenden Sozialpolitik“, wie es der Historiker Christoph Kleßmann formuliert hat. Durch den Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik 1972, den Beitritt zu den UN 1973 sowie die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 konnte die DDR ihre Position im zwischenstaatlichen Bereich festigen. In der Schlussakte waren unter anderem Menschenrechte und Grundfreiheiten ga-

## Ein Gesetzbuch für fast alle Rechtsbereiche

Vor 225 Jahren setzte König Friedrich Wilhelm II. das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten in Kraft

Das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten (PrALR) gilt als der einzige neuzeitliche Versuch einer umfassenden und zusammenhängenden Kodifikation des Zivilrechts, des Strafrechts und weiterer Teile des öffentlichen Rechts in einem einzigen Gesetzbuch. Schon der 1713 gestorbene erste preussische König, Friedrich I., wollte für sein Reich einen derartigen einheitlichen Gesetzeskörper. Preußens zweiter König, Friedrich Wilhelm I., erteilte 1734 der Juristischen Fakultät der Friedrichs-Universität Halle den offiziellen Auftrag zu dessen Erstellung. Dabei kam aber letztlich ebenso wenig heraus wie bei dem Versuch der Erarbeitung eines „Corporis Juris Fridericiani“ unter Preußens drittem König. Dieses Projekt der umfassenden Kodifizierung des Rechts in Preußen, das Friedrich der Große dem Großkanzler und Justizreformer Samuel Freiherr von Cocceji übertragen hatte, scheiterte 1751. In der Folgezeit wurde der Alte Fritz unter anderem durch den Siebenjährigen Krieg derart beansprucht, dass das Vorhaben zunächst auf Eis lag.

Dafür, dass der preussische König einen erneuten Versuch startete, das Recht in Preußen zu vereinheitlichen, sorgte schließlich der Müller-Arnold-Fall. In diesem Rechtsstreit um die Krebsmühle bei Pommern in der Neumark zwischen dem Müller und dessen Erbzinsherrn hatten alle drei nacheinander mit der Angelegenheit befassten Gerichte nicht im Sinne des Königs entschieden, was diesen zu den wütenden Worten veranlasste: „Ein Justiz-Collegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer, wie eine Diebesbande, vor die kann man sich schützen, aber vor Schelme, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passiones auszuführen, vor die kann sich kein Mensch hüten. Die sind ärger, wie die größten Spitzbuben, die in der Welt sind, und meritiren eine doppelte Bestrafung.“

Deshalb wollte Friedrich der Große der angeblichen Willkür der Juristen nun durch präzise wie nie formulierte Gesetze Einhalt gebieten. Hieraus resultierte seine Kabinettsorder vom 14. April 1780, ein Gesetzbuch zu

schaffen, welches das gesamte Privat- und Strafrecht sowie auch das öffentliche Recht neu regelt, und das in einer für jedermann verständlichen Form. Der entsprechende Auftrag hierzu ging diesmal an den neu ernannten Großkanzler Johann Heinrich von Carmer, der seinerseits renommierte juristische Experten wie den Strafrechtler Ernst Ferdinand Klein und den Zivilrechtler Carl Gottlieb Svarez einbezog.

Aufgrund des immensen Arbeitsaufwandes zog sich die Arbeit an dem Gesetzeswerk bis 1792 hin, dann lag der Entwurf für das sechsbändige „Allgemeine Gesetzbuch für die Preussischen Staaten“ (AGB) endlich vor. Zu dieser Zeit war Friedrich der Große freilich schon sechs Jahre tot und sein Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. nicht bereit, das AGB in der vorliegenden Form in Kraft zu setzen. Unter dem Eindruck der Ereignisse der Französischen Revolution hatten konservative Kreise Bedenken gegen diverse freiheitliche und vernunftrechtliche Bestimmungen in dem Buch geäußert, manche in dem Buch geäußerte, manche Vertreter des Adels nannten es gar

verachtungsvoll einen „Gleichheitskodex“, der nur Unruhe unter der Bevölkerung stifte. Und der König wollte seine absolute Macht ebenfalls nicht durch geschriebene Gesetze eingeschränkt sehen. Deshalb suspendierte er das AGB per Kabinettsordre vom 18. April 1792. Dem folgte eine Überarbeitung, an deren Ende die Inkraftsetzung zum 1. Juni 1794 unter dem Titel „Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten“ stand.

Das PrALR bestand aus zwei Hauptteilen mit insgesamt 19.000 Paragraphen und enthielt detaillierte Regelungen zu Themen wie Rechte und Pflichten der Untertanen, Verträge, Besitz und Eigentum, Erbschaft, Tausch, Kauf, Darlehen, Schenkung, Testament, Bürgschaft, Pfändung, Zahlungsverkehr, Ehe, Scheidung, Kindschaftsrecht, Vormundschaft, Kirchen, Schulen, Zoll, Post, Jagd sowie Bergbau. Dazu kamen 17 Abschnitte zum Strafrecht in Preußen.

Damit handelte es sich beim PrALR faktisch um die größte Kodifikation in der Geschichte der deutschen Gesetzgebung und zu-

gleich auch um einen Meilenstein der Aufklärung in Preußen. Das Königreich mutierte nun de facto vom Polizei- zum Rechtsstaat, denn viele Prinzipien der modernen Rechtsprechung wurden hier zum ersten Male formuliert wie das Rückwirkungsverbot von Gesetzen, die Festschreibung der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz sowie auch der Rechte der Ungeborenen, die Schaffung einheitlicher Rechtsinstanzen im ganzen Lande, die Unabhängigkeit der Justiz oder genau geregelte gesetzliche Rahmen für die staatlichen Eingriffsrechte gegenüber den Bürgern. Ebenso garantierte das Allgemeine Landrecht wichtige Menschenrechte, allerdings – aber das ist ja heute auch nicht anders – in gewissen Grenzen. Zudem wurde festgelegt, dass der Hauptzweck des Staates darin bestehe, das Gemeinwohl sowie die äußere und innere Sicherheit zu garantieren. Und zu guter Letzt enthielt das Gesetzeswerk noch ein unmissverständliches Verbot, es anders als im direkten Wortsinne auszulegen. Damit sollten die Missbrauchsmöglichkeiten seitens der Juristen ein-

geschränkt werden. Hier zeigte sich besonders deutlich die Handschrift Friedrichs des Großen.

Das PrALR blieb bis zum Inkrafttreten des Strafgesetzbuches für die Preussischen Staaten vom 14. April 1851 in Kraft. Eine Ausnahme bildeten die linksrheinischen Gebiete, die erst im Zuge der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress von 1814/15 zu Preußen kamen. In diesen nach der Französischen Revolution zeitweise zu Frankreich gehörenden Gebieten galt teilweise noch bis 1900 einge-deutschtes französisches Recht.

Einzelne Paragraphen des PrALR werden noch heute als bundesweit geltendes Wohnheitsrecht herangezogen, wenn es beispielsweise um Ersatzaussprüche der Bürger gegenüber dem Staat geht. Ebenso entschied das Landgericht Neubrandenburg im Jahre 2011, dass die nachbarschaftsrechtlichen Regelungen des Allgemeinen Landrechts für die Preussischen Staaten in bestimmten Teilen Pommerns weiterhin anzuwenden seien.

Wolfgang Kaufmann

# D-Day, der Anfang vom Ende

Streitmacht ohne Beispiel: Die alliierte Invasion in der Normandie

**D-Day wurde zum Kürzel eines folgenschweren Datums des Zweiten Weltkrieges. In der englischen Sprache bezeichnet D-Day allgemein den Tag einer militärischen Operation, entsprechend dem Tag X. Die Landung der Westalliierten am 6. Juni 1944 an der Küste der Normandie lief tatsächlich unter dem Codenamen „Operation Overlord“.**

Nach langen Überprüfungen war die französische Küste des Ärmelkanals östlich von Cherbourg als Landeplatz für die Invasion ausgewählt worden. Vom D-Day bis zum 12. Juni landeten 6400 Schiffe, sie brachten 326 000 Soldaten, 104 000 Tonnen Material und 54 000 Fahrzeuge. Bis zum 30. Juni war die Zahl der angelandeten Soldaten auf 850 000 Mann gesteigert. Damit wurde jene zweite Front eröffnet, auf welche die Sowjets seit 1941 immer wieder gedrungen hatten.

Nach dem Angriff auf Pearl Harbor und dem Kriegseintritt der USA wurden britische und US-amerikanische Streitkräfte unter ein gemeinsames Kommando gestellt. Seit März 1942 wurde an den Plänen für eine Operation Sledgehammer gearbeitet und noch im selben Jahr verworfen. Als erkennbar wurde, dass eine große Invasion nicht mehr vor 1943 möglich sein würde, plante man eine Generalprobe für den D-Day. An dieser Operation Jubilee waren 237 Schiffe beteiligt. Für kurze Zeit sollte die französische Stadt Dieppe besetzt werden. Die Operation startete am 18. August 1942. Ein Verband wurde am nächsten Morgen von einem deutschen Konvoi entdeckt und gemeldet, die Invasoren wurden erwartet. Nach sehr schweren Verlusten zogen sich die Alliierten zurück.

Der britische Premier Winston Churchill und der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt setzten nunmehr den Mai 1944 als Termin für die Invasion fest. Noch im März 1943 plante man eine Landung an den Stränden bei Caen. Über einen Brückenkopf sollten französische Häfen genommen werden. Die Pläne erwiesen sich aber als zu ehrgeizig und die Briten zogen sich aus dem Planungsstab zurück. Allerdings wurden einige der Überlegungen in die Planung der späteren Operation Overlord übernommen.

Der Transport von Menschen und Material stellte die Planer vor erhebliche Probleme. Vor allem fehlte es an Landungsschiffen, britische und US-amerikanische Werften waren voll ausgelastet. Gleichzeitig wurden neue Waffen für eine nasse Landung entwickelt. Dazu gehörten schwimmfähige Panzer, Dreschflegel-Panzer zur Minenräumung und Panzer mit Flammenwerfern. Auch im Detail wurde die Landung akribisch vorbereitet. Über die British Broadcasting Corporation (BBC) forderte die Admiralität die Briten auf, persönliche Urlaubsfotos und Postkar-

ten, Hindernisse und Verteidigungsanlagen zu melden. So entstand nach und nach ein detailliertes Bild von der für die Landung vorgesehenen Küste.

Mit erheblicher Energie tarnten und täuschten die Westalliierten. Fingierte Funksprüche, fiktive Einheiten und vorgebliche private Nachrichten von Soldaten sollten die Deutschen glauben lassen, die Invasion finde an einem vollkommen anderen Küstenabschnitt in Frankreich oder gar in Norwegen statt. Diese Vermutungen bestärkte die enttarnte deutsche Spione, die als Doppelagenten fungierten.

ge waren im Einsatz. 170 000 Soldaten kämpften für die Eroberung der Küste der Normandie. Der Streifen, auf dem der Angriff erfolgte, war nur 98 Kilometer breit. Er erstreckte sich auf das Gebiet zwischen Sainte-Mère-Église und Ouistreham. Die US-Amerikaner landeten in den Abschnitten mit den Codenamen Utah und Omaha Beach, in den Abschnitten Gold, Juno und Sword Beach gingen Briten und Kanadier an Land.

Luftlandedivisionen hatten den Auftrag, an den Flanken Brücken und Batterien zu zerstören. Damit sollte die Verteidigung durch Pan-

störungen und ungewöhnlich starken Schiffsverkehr, dennoch glaubte man nicht an eine Invasion. Nur in Rommels Hauptquartier wurde Alarmbereitschaft ausgelöst, begrenzt auf einen kleinen Abschnitt. Und der betraf nicht die Küste, der sich die Armada näherte. Erst als die Landungsboote vor der Küste waren, wurden sie entdeckt. Nicht durch das Radar, sondern durch den von ihnen verursachten Lärm.

Verwirrung, Chaos, laufende Fehleinschätzungen kennzeichneten die Reaktion der deutschen Befehlshaber. Noch am Morgen



**Ein bombastischer Aufwand an Material- und Personal: Die Landung der Westalliierten an der Küste der Normandie vor 75 Jahren.**

Bild: Imago

ten der französischen Küste einzusenden. Neun Millionen Fotos gingen ein. Daraus und aus gesammelten Sand- und Gesteinsproben erstellte man ein Profil der Küste. Da die vorhandenen Landkarten der Normandie absolut veraltet waren, überflog man die Landungsabschnitte. So entstand eine „D-Day Invasion Map“, die in 18 Millionen Exemplaren gedruckt wurde. Im Juli 1943 landeten zehn Mitglieder einer Spezialeinheit, deutschsprechende Soldaten in deutschen Uniformen. Sie hatten, wie auch andere Aufklärer, den Auftrag, die deutschen Verbände auszukundschaft-

Wegen widrigen Wetters musste der D-Day mehrfach verschoben werden. Das Wetter hatte sich nicht wesentlich gebessert, als der alliierte Oberkommandierende, General Dwight D. Eisenhower, den Termin auf den 6. Juni festsetzte. Damit wurde die massivste Invasion in der bis dahin bekanntesten Geschichte ausgelöst. Über 6000 Schiffe steuerten auf die Küste zu. Aus der Luft sicherten sie 4190 Jagdflugzeuge sowie 3440 schwere und 930 leichtere Bomber. Sie wurden begleitet von 1360 Truppentransportern und Frachtmaschinen. 11 590 Flugzeu-

zerverbände verhindert werden. Alle Ziele konnten erreicht werden, wenn auch teilweise mit schweren Verlusten.

Die Deutschen traf die Invasion unvorbereitet. Auch wegen des schlechten Wetters hatten sie nicht mit ihr gerechnet. Viele Generale waren abwesend, Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B und mit der Überwachung der Verteidigungsmaßnahmen am Atlantikwall beauftragt, feierte mit seiner Frau deren 50. Geburtstag. Zwar meldeten am 5. Juni ab 22 Uhr Radarstationen

nach den Landungen wurde an Rommel gemeldet: „Es ist möglich, dass es sich um Ablenkungsangriffe handelt.“ Bis zum Mittag gab es keine geordnete Koordination. Den Alliierten war die Landung, unter teilweise sehr schweren Verlusten, gelungen. Und die Fehleinschätzungen hielten an. Als Adolf Hitler über die Invasion informiert wurde, meinte er: „Die Nachrichten können gar nicht besser sein. Solange sie in England waren, konnten wir sie nicht fassen. Jetzt haben wir sie endlich dort, wo wir sie schlagen können.“ Klaus J. Groth

## Streiter für den deutsch-dänischen Ausgleich

Nach der Teilung Schlesiens 1920 führte Pastor Johannes Schmidt-Wodder die deutsche Minderheit im Nordteil

Vor 150 Jahren, am 9. Juni 1869, wurde in dem damals zu Preußen gehörenden schleswigschen Städtchen Tondern Johannes Schmidt geboren. Sein Vater war evangelischer Theologe und zuletzt Probst von Alsen. So lag es nahe, dass Johannes und sein Bruder gleichfalls Geistliche wurden. Nach der Ablegung der Reifeprüfung am Johanneum in Hadersleben (Haderslev) studierte er Theologie in Leipzig, in Greifswald, wo er Mitglied des Kyffhäuserbundes wurde, und in Kiel, wo er das Examen ablegte. Nach dem Abschluss seiner theologischen Ausbildung wurde Schmidt das Amt eines Gemeindepfarrers in Wodder übertragen, einem Dorf an der Königsau, die damals die Staatsgrenze zwischen dem Königreich Preußen und dem Deutschen Reich auf der einen Seite sowie dem Königreich Dänemark auf der anderen bildete.

Preußen war in der Pentarchie, dem Konzert der fünf europäischen Großmächte, die kleinste gewesen, das 1871 gegründete

Deutsche Reich war hingegen die größte. Trotzdem trat Pfarrer Schmidt, der sich nun Schmidt-Wodder nannte, dafür ein, die Belange der dänischen Minderheit angemessen zu berücksichtigen. Immerhin lag die deutsch-dänische Volkstumsgränze südlich der Staatsgränze und Nordschleswig hatte einen entsprechend starken dänischen Bevölkerungsanteil. In einer Kirchenzeitung schrieb Schmidt-Wodder 1907, dass Zwang im nationalen Kampf unwirksam sei. Zwei Jahre später war er an der Gründung eines „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ beteiligt.

Nach dem von Deutschland verlorenen Ersten Weltkrieg forderte das am Krieg nicht beteiligte Dänemark eine Revision der Grenze zum südlichen Nachbarn. Als zumindest indirekte Folge des Versailler Diktates wurde 1920 eine neue, bis heute gültige Staatsgränze gezogen, die eher südlich denn nördlich der Volkstumsgränze liegt.

Das Ergebnis war eine nicht unbedeutende deutsche Minderheit im dänischen Königreich mit bis zu 30 000 Angehörigen. Schmidt-



**Johannes Schmidt-Wodder**

Wodder war als Landpfarrer viel unterwegs gewesen und hatte zahlreiche Verbindungen geknüpft. Er hielt sich daher für geeignet, die Interessenvertretung

der Deutschen in Dänemark zu übernehmen.

Schon ein gutes Vierteljahr, nachdem Dänemark am 15. Juni 1920 Nordschleswig annektiert hatte, sollte am 21. September ein neues dänisches Parlament gewählt werden. Wollte die deutsche Minderheit dort vertreten sein, war Eile geboten. Am 18. August 1920 formierte sich unter dem Vorsitz von Schmidt-Wodder der Schleswigsche Wahlverein, der seinen Vorsitzenden als Spitzenkandidaten nominierte. Dass die deutsche Minderheit bei der Parlamentswahl vom 21. September ein Mandat erreichen konnte, wurde als Erfolg gefeiert. Als Folketing-Abgeordneter mischte sich Schmidt-Wodder nicht in die dänische Innenpolitik ein, sein Anliegen war ausschließlich die Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit.

Schmidt-Wodder wurde kein Nationalsozialist, und es gelang ihm, dessen Bedeutung in Nordschleswig zunächst gering zu hal-

ten. Als glaubwürdiger Sachwalter schaffte er es, die Geschlossenheit der deutschen Volksgruppe zu erhalten. Trotz der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler 1933 gelang es Schmidt-Wodder 1935, von der deutschen Minderheit erneut als Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen aufgestellt zu werden. Am 22. Oktober 1935 zog er zum sechsten Mal in das dänische Parlament ein.

Schließlich wurde Schmidt-Wodder von den Nationalsozialisten als zu klerikal und altmodisch angesehen. 1939 wurde der Tierarzt Jens Möller, ein überzeugter Nationalsozialist, für die deutsche Minderheit in das dänische Parlament gewählt. Trotzdem wurde Schmidt-Wodder nach dem Zweiten Weltkrieg verhaftet, allerdings zu keiner Strafe verurteilt. Der hochbetagte Senior beteiligte sich am Wiederaufbau der deutschen organisatorischen Strukturen in Nordschleswig und starb am 13. November 1959.

Klaus Gröbig

## Quasselstrippe der Nation

Eine Deutschstunde in der Bundesrepublik Mitte der 70er Jahre: Der Klassenclown nervt den Lehrer mit ständigem Gequassel. Die Klasse antizipiert sich und einer meint: „wie Gisela Schlüter“. Darauf widerspricht der Deutschlehrer entschieden, geradezu empört: „Nein, Gisela Schlüter ist eine Künstlerin.“

Es war schon Kunst, was Gisela Schlüter in ihren besten Jahren abließ. Über 480 Silben in der Minute, und das sowohl akustisch als auch inhaltlich klar verständlich, das soll ihr erst einmal einer nachmachen. Mitte der 70er Jahre, als die geschilderte Deutschstunde stattfand, gehörte die Schlüter zur Allgemeinbildung, war sie auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Karriere. 1976 erhielt sie die Goldene Kamera für ihr Paradepony, ihre Show „Zwischenmahlzeit“.

Den Kern dieser Sendungen stellten Sketche dar, in denen sie getreu ihrem Motto „Derjenige, der bei mir zu Wort kommt, muss erst noch geboren werden“ und der Weisheit „Ein Mann, ein Wort – eine Frau, ein Wörterbuch“ bemitleidenswerte Männer in Grund und Boden sabbelte. Das war ihr Markenzeichen. Ihr Opfer, sprich ihr männlicher Partner, war in der Regel Mircea Krishan. Aufgelockert wurde alles durch Tanz- und Gesangseinlagen, an denen die ausgebildete Tänzerin führend mitwirkte – eine leichte Zwischenmahlzeit eben. Insgesamt 35 Folgen erschienen zwischen 1967 und 1982. Bis zu 44 Prozent Einschaltquote wurden erreicht.

Geboren wurde die Künstlerin an einem 6. Juni, das ist unumstritten. Umstritten ist hingegen das Geburtsjahr. 1914 wie 1919 sind im Gespräch. Da es ungehörig erscheint, beim Alter einer Dame nachzuboahren, und wohl jede lieber für jünger denn älter gehalten wird, sei hier einmal gentlemanlike von 1919 ausgegangen, was Anlass zu einer entsprechenden Würdigung gibt.

Zu ihrer Profession kam die in Berlin geborene Berufsoffiziers-tochter über Umwege. Nach der mittleren Reife ließ sie sich zur Tänzerin ausbilden, war für diesen Beruf jedoch mit 1,76 Metern zu lang. Nun nahm sie Schauspielunterricht. Als sie sich mit „Iphigenie“ vorstellte, soll Erich Ponto geschluchzt haben – vor Lachen. Er hatte ihre Stärke entdeckt. Es folgte eine Karriere im komischen Fach, die mit den ein- einhalb Jahrzehnten „Zwischen-



**Gisela Schlüter**

Bild: Imago

mahlzeit“ ihren Höhepunkt erreichte.

Der Versuch, mit „Giselas Schnatterbox“ an diesen Erfolg anzuknüpfen, schlug fehl. 1988 starb der Drehbuchautor Hans Hubberten, mit dem Schlüter eine intensive nicht nur private, sondern auch berufliche Partnerschaft verband. Danach zog sie sich aus Beruf und Öffentlichkeit weitgehend zurück. Am 28. Oktober 1995 erlag sie in Mittenwald im Haus einer Freundin, die sie zuletzt gepflegt hatte, den Folgen eines Schlaganfalls.

Manuel Ruoff

## Moment der Woche



Der Vorstoß der Länder Bremen und Niedersachsen für ein verschärftes Messerverbot stößt bei Experten auf wenig Resonanz. Die vorgeschlagene Begrenzung der Klingelänge auf sechs Zentimeter sei genauso willkürlich wie die bisherige Grenze von zwölf Zentimetern, heißt es in einem internen Gutachten der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Obendrein sei die Begrenzung sinnlos. Um den Herzbeutel eines Menschen zu erreichen,

seien nicht einmal sechs Zentimeter nötig. Um die Halsschlagader zu öffnen, reiche ein Teppichmesser mit weniger als zwei Zentimetern Klingelänge.

### Schnellschuss statt Lösung

DPoIG-Chef Rainer Wendt bezeichnete den Vorschlag der beiden Bundesländer daher als „Schnellschuss“, der nicht mehr Sicherheit bringe. Besser wäre es, strafrechtlich auffälligen Personen in einem künftig vereinfachten Verfahren das Waffentragen gezielt zu verbieten, so Wendt. *H.H.*

# Zahlen sollen die anderen

Politik baut ein »NesT« für Asylsucher und öffnet mehr legale Wege nach Deutschland

Am Ende war es für die „Flüchtlingsbürgen“ doch noch gut ausgegangen. Diese hatten sich angesichts der immer größer werdenden „Flüchtlingswelle“ – und zwar bereits seit 2013 – verpflichtet, für ihre Schützlinge aufzukommen, handfest materiell. So konnten diese zunächst problemlos dablei-

### »Bürgen« durften die Verantwortung auf Steuerzahler abwälzen

ben. Irgendwas scheint dann schief gelaufen zu sein, denn es kamen nämlich tatsächlich dicke Rechnungen von Jobcentern.

In Niedersachsen wollte man von den Edelmütigen beispielsweise etwa 7,2 Millionen Euro erstatten haben. Da das Helfersyndrom offenbar doch nicht so ausgeprägt war, geriet das Geschrei groß. Man sei davon ausgegangen, dass die Bürgschaft sich mit der „Anerkennung“ der Flüchtlinge erledigt habe und der „Bürge“ da-

nach die finanziellen Folgen der guten Tat der Gemeinschaft überlassen könne.

Genauso ist es schließlich passiert. Im Januar 2019 verkündete der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, dass die „Bürgen“ einem großen Teil ihrer Verpflichtung nicht nachzukommen brauchen. Die „Tat“ der Helfer lastet nun auf dem Steuerzahler.

Und weil es so schön war, geht es gleich in die nächste Runde, mit einer Initiative, die von der Bundesregierung ausgeht. Nur die – eben kurz umrissene – Geschichte solle man im Pressebericht nicht erwähnen. So zumindest zitiert die „Welt“ eine Mitarbeiterin des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF). Das sei „unglücklich“ gelaufen. Für wen? Für die Angekommenen und Dagebliebenen jedenfalls nicht.

„NesT“ heißt die neue Idee. Die neckische Abkürzung steht für „Neustart im Team“. Worum handelt es sich? Bekanntlich werden „legale Zuwanderungswege“ ausgebaut und „besonders schutzbe-

dürftige Flüchtlinge ohne Asylprüfung“ geholt. Deutschland hat für 2018/19 die Aufnahme von 10 200 Menschen zugesagt. Die Auswahl trifft das UN-Flüchtlingshilfswerk im Rahmen des „Resettlement“-Programms.

Davon sollen in diesem Jahr zunächst 500 in den Genuss von „NesT“ kommen. Hier erhalten die Angekommenen Unterstützung, laut Bundesinnenministerium etwa bei Behördengängen, der Suche nach Arbeitsplätzen oder Schulen und bei Begegnungen, beispielsweise in Sportvereinen und bei Festen.

Zu diesem Zweck sollen sich fünf freiwillige „Mentoren“ zusammenschließen, und neben der „ideellen Unterstützung“ für zumindest einen Ankömmling eine Wohnung finden sowie für zwei Jahre die Kaltmiete finanzieren. Für die Asylsucher ist die Teilnahme freiwillig, aber sie müssen dann auch in der Wohnung bleiben, die ihnen die „Mentoren“ ausgesucht haben.

Harte Anforderungen also. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Wid-

mann-Mauz (CDU), meinte, das nutze den „Schutzbedürftigen“, aber auch der „ganzen Gesellschaft“. Die „Welt“ zitiert den CSU-Staatssekretär Stephan Mayer, dass Deutschland damit eine „ausgesprochen humane und humanitäre Visitenkarte“ zeige. Der evangelische Oberkirchenrat Ulrich Möller sagte, das

### CSU-Staatssekretär lobt

»humane Visitenkarte«

Programm „NesT“ werde tragfähig, so wie auch Vögel im Frühling ausdauernd an einem Nest bauen.

Bei so viel Zuspruch von den Mächtigen des Landes und der Gewissheit, dass „Verpflichtungen“ notfalls problemlos der Allgemeinheit aufgebürdet werden können, dürften sich bald zahlreiche Fünfergruppen zusammenfinden, um vielen Ankömmlingen ein hübsches „NesT“ zu bereiten. *Erik Lommatzsch*

# Unter der Fuchtel einer Minderheit

Sprachverbote und »Gendersprache« legen die Axt an das Recht und die freie Meinung – Wie demokratisch ist Deutschland noch?

**Recht, Freiheit und Demokratie können noch so fest in Gesetzestexte gemeißelt sein, wenn sie nicht täglich gelebt und durchgesetzt werden, verkommen die Grundpfeiler der freiheitlichen Ordnung zu leeren Hülsen. Wie weit diese Entleerung in Deutschland schon fortgeschritten ist, zeigt PAZ-Autor Gerd Seidel an einigen Beispielen.**

Unter Demokratie versteht man heute gemeinhin eine Herrschaftsform, in der die Mehrheit des Staatsvolkes durch freie Wahlen eine Regierung bestimmt, welche die Geschicke des Landes für einen begrenzten Zeitraum politisch gestalten kann und zugleich die Rechte der Minderheiten, insbesondere deren Schutz vor Diskriminierung, zu achten hat.

Misst man daran die politische Landschaft in Deutschland, so kann man schnell zu der Auffassung gelangen, dass sich die Verhältnisse hier im Verlaufe der Jahre umgekehrt haben, weil Minderheiten inzwischen auf verschiedenen Gebieten den Takt vorgeben. Nicht selten geraten deren Gruppeninteressen derart in den Vordergrund, dass die Charakterisierung als Diktatur der Minderheiten nicht aus der Luft gegriffen ist.

Dieser Zustand wird dadurch begünstigt, dass einerseits die politische Führung oft konzeptionslos Forderungen der sich am lautesten artikulierenden Minderheitengruppe übernimmt und andererseits die Mehrheit dem teilweise eingeschüchert gegenübersteht, sich dann aber oft dem ohnmächtig grummelnd fügt. Beispiele hierfür gibt es reichlich. Hier soll es an der Partei der Grünen festgemacht werden.

Obwohl die Grünen lediglich von 1999 bis 2005 gemeinsam mit der SPD in Regierungsverantwortung standen, könnte man meinen, diese Partei regiere bis zum heutigen Tage mit. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass die seitdem amtierende Kanzlerin Angela Merkel zwar formell der CDU angehört, ihr Herz aber eher linksgrün schlägt und sie daher gern bereit ist, linksgrüne Themen zu übernehmen. Das wird nicht nur in den Bereichen der

Energie-, Immigrations- und Klimapolitik deutlich, sondern ebenso in ihrer Haltung zur Frage der politischen Korrektheit.

Hier geben die Grünen den Ton an. Die Erziehung der Deutschen zur politischen Korrektheit ist ein wichtiges Instrument der Grünen zur Durchsetzung ihres Zieles, Deutschland als Nation zu liquidieren. Nicht nur der derzeitige Grünenchef Robert Habeck hat erklärt, er wisse „mit Deutschland nichts anzufangen“. Parteivorsitzende vor ihm haben aus ihrer Gegnerschaft zur deutschen Nation ebenfalls keinen Hehl gemacht. So wird Joschka Fischer mit dem Satz zitiert: „Deutschland muss von außen eingeeht und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“ Und die amtierende Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die hinter einem Plakat herlief mit der Aufschrift „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“, meinte: „Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!“

Die Sprache ist ein unverwechselbares Merkmal einer Nation. Deshalb bildet die Genderisierung einen wesentlichen Bestandteil des grünen Umerziehungsprogramms, denn sie führt im Ergebnis zur Verunstaltung der deutschen Sprache. Wer Wörter verbietet, will auch Denken verbieten und Meinungen verbiegen, (siehe Ingo von Münch in der PAZ 12/2018). Die starke Resonanz auf die derzeitige Unterschriftenaktion des Vereins Deutsche Sprache „Schluss mit dem Gender-Unfug“ zeigt, dass eine Vielzahl von Menschen eine Abneigung gegen diese Form der Misshandlung unserer Sprache hegt.

Im Laufe der Zeit wurden die Tabumauern immer höher, die Verbotszonen für das Unsagbare immer weiter gezogen und der Druck verstärkt, sich den Vorschriften der sogenannten politisch korrekten Sprache zu unterwerfen. Unterstützung finden die Grünen dabei durch die SPD, die Linkspartei sowie durch breite Teile der CDU, ebenso wie durch Justiz und Verwaltungsbehörden, wo die Grünen oder deren Sympathisanten im Ergebnis ihres jahrzehntelangen „Marsches

durch die Institutionen“ nunmehr wichtige Posten in den Schaltstellen besetzt halten.

Die entscheidende Rolle bei der Durchsetzung des vorgeblich politisch korrekten Sprachgebrauchs spielen jedoch die größtenteils linksgrün besetzten Print- und Funkmedien. Sie betätigen sich als Erzieher und Sprachpolizisten. Ohne einen gesetzlichen Auftrag dafür zu haben, hämmern sie – oft in schulmeisterlicher Art – ihren Konsumenten die angeblich politisch korrekte Sprech- und Schreibweise ein. Das führt zu einer Verunsicherung vieler Menschen, zumal ihnen für den Fall der Nichtbeachtung des vorgeschriebenen Vokabulars die Brandmarkung als Rassist, (Neo-)Nazi, Rechter, Fremdenfeind oder Ähnliches droht.

Tatsächlich aber gibt es keine gesetzlich fixierte Aufzählung über den Gebrauch politischer Vokabeln. Das Anliegen der politischen Korrektheit entstammt im Wesentlichen vielmehr linksgrünen Moralvorstellungen, also der Moral einer Minderheit. Die daraus abgeleiteten „Vorgaben“ sind somit für die Allgemeinheit grundsätzlich nicht rechtlich verbindlich.

So kann es niemandem verwehrt werden, im Geschäft einen Negerkuss zu verlangen. Wer das verbieten will, müsste konsequenterweise auch die Umbenennung zweier großer afrikanischer Staaten fordern, nämlich von Nigeria und Niger, deren Landesnamen ebenso wie Neger auf die schwarze Farbe abstellt (lateinisch niger). Eine Diskriminierung liegt erst

dann vor, wenn das Wort in Verbindung mit einer abfälligen Bewertung gebraucht wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Zigeunerschnitzel und Vielem mehr. Es kann auch niemand gezwungen werden, im eigenen Schriftverkehr die unsinnige Genderschreibweise mit Sternchen oder „Binnen-I“ zu übernehmen.

Für die Denunziation derjenigen, die sich den Sprachvorgaben nicht beugen, werden diverse negativ besetzte Begriffe benutzt, die inflationiert oder unklar sind. Allzu häufig wird ein Kritiker als Rassist diffamiert. Dabei lohnt es sich, einen Blick auf die UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1966 zu werfen.

Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten, jede auf der Rasse,

Hautfarbe und Abstammung beruhende Schlechterstellung von Menschen, welche die Ausübung ihrer Rechte beeinträchtigt, zu verbieten und Zuwiderhandlungen unter Strafe zu stellen. Verboten wird auch die Verbreitung von Propaganda, die auf der Überlegenheit einer Rasse beruht. Daraus folgt, dass die Konvention sehr wohl von der Existenz unterschiedlicher Rassen ausgeht, zugleich aber die Gleichbehandlung der Menschen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse, ihrer Hautfarbe etc., gebietet. Ein Rassist ist demnach derjenige, der eine andere Rasse oder deren Vertreter absichtlich diskriminiert

### UN erkennen die Existenz von Rassen ausdrücklich an

oder verächtlich macht. Kritik an der deutschen Ausländerpolitik oder am Verhalten einzelner Ausländer hat als solche nichts mit Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit zu tun.

Gern wird auch die Nazikeule gegen Widersacher der angeblichen politischen Korrektheit geschwungen. Dass dies einer Banalisierung der Zeit des Nationalsozialismus gleichkommt, bedarf eigentlich keiner Wiederholung. Dass die von linksgrünen Kreisen unter dem Vorwand des Kampfes gegen Rechts und mit der Verwendung von Steuermitteln gedungenen Antifagruppen tatsächlich diejenigen sind, die durch ihr Verhalten am ehesten an das Vorgehen der Braunen erinnern, sei nur am Rande erwähnt. Im Übrigen umfasst der von linker Seite benutzte Begriff der Rechten alle Personen, die anders denken als sie, also die Mehrheit, einschließlich der politischen Mitte.

Es gibt also keine Veranlassung, sich dem Diktat der politischen Korrektheit zu unterwerfen. Dieses Umerziehungsprojekt wird scheitern, sobald sich die Erziehungsobjekte, die Menschen, entschließen, einfach nicht mitzumachen. Dazu gehört nur ein wenig Zivilcourage, mitunter auch Mut. *Gerd Seidel*



Tabumauern immer höher: Die Meinungsfreiheit ist unter Beschuss

Bild: Imago/Steinach



## MELDUNGEN

### Sicher zur Wolfsschanze

**Görlitz** – Vor dem Beginn der touristischen Saison wurden die Zufahrten zu Adolf Hitlers Hauptquartier „Wolfsschanze“ in Görlitz ausgebaut. Ab Anfang Mai werden für gewöhnlich Besucher-Rekorde notiert. Das Forstamt Drengfurth, welches die „Wolfsschanze“ in Görlitz bewirtschaftet, hat schon vor einigen Monaten damit begonnen, die Zufahrt sicherer zu gestalten. Gebaut wurde unter anderem ein getrennter Zufahrtsweg. „Wir bauen noch einen Kassen-Pavillon, der aber nicht zur Behinderung von Touristen führen wird. Wir laden Sie zu uns ein, weil es uns gelungen ist, einige neue Exponate aufzustellen und eine neue Informationstafel zu installieren. Jeder, der uns früher schon einmal besucht hat, wird etwas Neues vorfinden“, sagte Oberförster Zenon Piotrowicz. Er ergänzte, dass in Görlitz 40 Fremdenführer auf Touristen warten. Noch in diesem Jahr will das Forstamt Drengfurth auf dem Gelände der „Wolfsschanze“ die Gehwege so verbessern, dass Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen sich gut darauf bewegen können. Die Förster wollen auch einige Bunker beleuchten und eine Ladestation für Elektroautos bereitstellen. Diese Arbeiten werden aber erst nach dem Ende der Saison durchgeführt, damit die Besucher bei der Besichtigung des Objektes nicht behindert werden. Das ehemalige Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ besuchen jährlich 300 000 Menschen. PAZ

### Königsberger Kant-Tage

**Königsberg** – In der ostpreußischen Hauptstadt fielen die diesjährigen Kant-Tage mit dem 295. Geburtstag des auch in Russland verehrten deutschen Philosophen zusammen. Ihr Herzstück bildete eine wissenschaftliche Konferenz unter dem Titel „Kant und die Ethik der Aufklärung“, an der sich 130 Forscher aus 20 Staaten beteiligten. Den russischen Hauptbeitrag lieferte der aus Dagestan stammende lesginische Philosoph Abdusalom Husejnow, Ethik-Spezialist der Russischen Akademie der Wissenschaften. Eine begleitende Ausstellung zeigte „Immanuel Kant in den Werken zeitgenössischer Künstler“, während die Kunst der Gegenwart unter anderem mit den Uraufführungen einer Suite „Immanuel Kant“ von Wassilisa Gorotschnaja, deren Untertitel Kantsche Werkenamen in deutscher Sprache wiedergeben, und des Schauspiels „Geheime Regeln Kants“ von Dmitrij Mintschenok glänzte. Die herausragende Kulturveranstaltung gibt einen Vorgeschmack auf die Feiern anlässlich von Kants 300. Geburtstag in fünf Jahren, zu denen die russische Führung große Pläne für die Wiederbelebung des ostpreußischen Kulturerbes hegt. T.W.W.

## Von den Lasten der Geschichte

Laudatio zur Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft an Christopher Spatz



Anerkennung für Forschungsleistung: LO-Sprecher Stephan Grigat (re.) überreicht Christopher Spatz den Ostpreußischen Kulturpreis

Bild: Boris Baschin

Es gibt Ereignisse, die uns die Last der Geschichte auf besonders schmerzliche Weise vor Augen führen. Hierzu gehört das Schicksal der ostpreußischen Wolfskinder. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung, zu einer humanitären Katastrophe. Mehr als 100 000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Überlebenden waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz allein auf sich gestellt. Manche kamen in sowjetische Heime, andere flohen nach Litauen, um sich vor dem Hungertod zu retten. Dort bettelten sie bei Bauern um Lebensmittel. Um von den sowjetischen Behörden nicht als Deutsche erkannt zu werden, mussten sie neue Namen annehmen und schnell in eine neue Sprache und Identität hineinwachsen.

Mit den sogenannten Wolfskindern hat sich unser Preisträger, der 1982 in Bremen geborene Historiker Christopher Spatz, bereits im Rahmen seiner Masterarbeit an der Universität Oldenburg beschäftigt. Der Überlebenswille der Kinder beeindruckte ihn so, dass er nach dem Studienabschluss Kontakt zu seiner späteren Doktorin Ruth Leisero-witz, der Pionierin auf dem Gebiet der Wolfskinderforschung, aufnahm und mit ihr einen Plan für ein Dissertationsprojekt über die Wolfskinder entwickelte.

Auf der Grundlage von 50 Lebensbiografischen Einzelinterviews ist Christopher Spatz in seiner Doktorarbeit der Frage nachgegangen, welche Selbstbilder die Zeitzeugen in ihren von multiplen Verlust- und Einsamkeitserfah-

rungen geprägten Dasein entwickelt haben. Spatz rekonstruiert das Leben der Betroffenen und lässt die Wolfskinder selbst zu Wort kommen. Die Interviews bilden die Grundlage für die 2015 von Spatz an der Berliner Humboldt-Universität vorgelegte Dissertation „Identität und Identitätswandel ostpreußischer Wolfskinder“, die 2016 unter dem Titel „Ostpreußische Wolfskinder“ im Verlag Fibre als Einzelveröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Band 35, erschienen ist. Eine populärwissenschaftliche Fassung der Dissertation hat Spatz 2016

### Wegweisende Forschungen zu den Wolfskindern

unter dem Titel „Nur der Himmel ist derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ in dem renommierten Hamburger Verlag Ellert & Richter vorgelegt. Ende 2018 ist dort auch sein zweites grundlegendes Werk „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ erschienen. Für seine Wolfskinderforschung hat Spatz unter anderem Archive von Ministerien der Bundesrepublik und der DDR, so des Auswärtigen Amtes beziehungsweise des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Ministerien des Innern, die Suchkartei des Deutschen Roten Kreuzes und Einzelfallakten des Grenzdurchgangslagers Friedland ausgewertet.

Die große Fähigkeit unseres Preisträgers liegt neben der intensiven Recherchearbeit zu geschichtlichen Fakten in seiner tief-

greifenden und emphatischen Art, Zeitzeugeninterviews zu führen, um authentische, nachempfindbare Schilderungen zu erhalten. Diese versetzen den Leser seiner Werke in die Lage, die bewegenden Lebensumstände und menschliche Schicksale zu begreifen.

Gefördert durch ein Graduiertenstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist Spatz über zwei Jahre quer durch Deutschland gereist, um Interviewpartner zu finden, die bereit waren, ihm ihre Lebensgeschichten anzuvertrauen. Häufig handelte es sich um Menschen, die sich bisher keinem Menschen anvertraut hatten und deren Geschichten zuvor bloß selten oder gar nicht erzählt worden waren. Unterstützung bei der Kontaktherstellung hat Spatz zum Beispiel durch Ruth Geede und ihre Kolumne „Ostpreußische Familie“ in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und die im nördlichen Ostpreußen aktiven Kreisgemeinschaften erfahren. Bei der Interviewarbeit kam Spatz zugute, dass er bereits als Kind durch viele Gespräche mit seinem Großvater gelernt hatte, dass gerade auch ältere Menschen interessante Geschichten erzählen. Das war eine ideale Voraussetzung für ein Projekt, in dem ganz viel von der Fähigkeit des Zuhörens und den psychologischen Fähigkeiten des Fragenden abhing.

Seine Interviews zeigen die Verlust- und Einsamkeitserfahrungen der Wolfskinder. Der allgegenwärtige Hunger, Seuchen, sexuelle Gewalt und Tod führten zu einem Enthemmungsprozess und zum gänzlichen Fehlen unbeschwerter Momente und der Erfahrung von Geborgenheit. Das benachbarte Litauen wurde zu einem Ort der Lebensmittelsuche und des Überle-

bens, obwohl es selbst unter Sowjetisierung und Deportationen nach Sibirien litt. Viele Litauer nahmen deutsche Kinder aus Barmherzigkeit auf, andere nutzten die Bettelkinder als günstige Arbeitskraft. Spatz unterscheidet fünf Typen von Wolfskindern: Pendler, die ihre in Ostpreußen verbliebenen Angehörigen versorgten; Scheinwaisen, die getrennt von ihrer Restfamilie zeitweilig in litauischen Familien lebten, Adoptivkandidaten in litauischen Pflegefamilien; Arbeitskräfte am unteren Rand der sowjetischen Gesellschaft und schließlich Jugendliche,

### Grundlegendes Werk zum Lager Friedland

die zäh an ihrer deutschen Identität festhielten.

Ein entscheidender Wendepunkt für viele Wolfskinder waren die Rückkehrmöglichkeiten in die deutsche Gesellschaft, seit 1947 zunächst über die Sowjetische Besatzungszone und im Rahmen der Familienzusammenführung dann auch nach Westdeutschland. Daneben gab es die Gruppe der Wolfskinder, die nach den letzten Sammeltransporten in Litauen verblieben und als Grenzgänger im Kalten Krieg häufig erst nach Jahren oder Jahrzehnten des Kampfes mit der sowjetischen Bürokratie in den Westen ausreisen durften.

Nach Abschluss seiner Doktorarbeit hat Spatz bundesweit zu dem Thema Wolfskinder in Schulen, Volkshochschulen und öffentlichen Veranstaltungen gesprochen. Ihm ist es zu verdanken, dass

eines der traurigsten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte und eine der größten humanitären Katastrophen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine vermehrte Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit erfahren hat. Seine Vorträge sind ein Ereignis. Mit einfühlsamen Worten und sprachlicher Präzession schildert er das Schicksal der Wolfskinder, berichtet von seinen menschlichen Begegnungen mit ihnen und analysiert die häufige Sprachlosigkeit in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, mit der sich die ostpreußischen Hungerkinder konfrontiert sahen, wenn sie von ihrem Schicksal berichteten. Dabei betont Spatz, dass die Wolfskinder trotz unheilbarer seelischer Wunden sich ihr Ausdauervermögen und ihre Zuversicht bewahrt haben. Am Ende hat den Hunger niemand überlebt, der nicht auch mutig, tapfer und anpassungsfähig war.

Die Landsmannschaft Ostpreußen würdigt mit der Auszeichnung auch den großen Einsatz unseres Preisträgers für eine staatliche Anerkennung des Schicksals der Wolfskinder. Eine Entschädigung hat man ihnen lange verwehrt. Erst im Sommer 2017 hat die Bundesregierung im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung den Betroffenen eine einmalige Zahlung von 2500 Euro in Aussicht gestellt. Vorangegangen war eine Wolfskinder-Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker, die Spatz wissenschaftlich und publizistisch intensiv begleitet hat.

Abschließen möchte ich mit einem Wort des Dankes an den Freistaat Bayern für die Finanzierung der Kulturpreisverleihung aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. Hans-Jörg Froese

## Wir gratulieren ...

## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Ortmann**, Ulrich, geb. **Freese**, aus Lyck, am 26. Mai

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Geisendorf**, Christel, geb. **Kallweit**, KG Ebenrode, am 29. Mai

**Schunk**, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Gross**, Irma, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Mai

**Kundt**, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 26. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Dienhardt**, Erika, geb. **Kopiszanski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai

**Lange**, Frida, geb. **Jakubzik**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 27. Mai

**Lucks**, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

**Marks**, Helmut, aus Treuburg, am 30. Mai

**Moser**, Heinz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. Mai

**Nützel**, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai

**Ossa**, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai

**Patzer**, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 30. Mai

**Siedler**, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 26. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Daul**, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

**Maertens**, Elisabeth, geb. **Gräfin von Schwerin**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai

**Schettkat**, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Braun**, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai

**Filipzik**, Herta, geb. **Weitschat**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 30. Mai

**Hoff**, Inge, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Laskowski**, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. Mai

**Scheffler**, Liselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, am 26. Mai

**Wirschun**, Käthe, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Borowski**, Edith, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai

**Gesk**, Ewald, aus Jakuben, Kreis Johannsburg, am 17. Mai

**Hartmann**, Edeltraud, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Stimmel**, Renate, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Eggert**, Ursula, geb. **Karschau**, aus Heiligenkreutz, Kreis Fischhausen, am 24. Mai

**Fesenbeckh**, Lieselotte, geb. **Kosziak**, aus Großgarten, Kreis Lötzen, am 30. Mai

**Händel**, Gertrud, geb. **Ruschinczyk**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 26. Mai

**Köring**, Elisabeth, geb. **Romoth**, aus Treuburg, am 27. Mai

**Makoschey**, Helmut, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 26. Mai

**Pagio**, Helene, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Mai

**Schröder**, Fritz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 27. Mai

**Schubert**, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai

**Stabbert**, Erna, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai

**Tanbach**, Willi, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Mai

**Till**, Eva, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 29. Mai

**Wegner**, Helena, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Hebel**, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai

**Irrittje**, Fritz, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai

**Kolpazik**, Marga, geb. **Wohlgeant**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Mai

**Losch**, Erika, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

**Neugart**, Charlotte, geb. **Ziggert**, aus Willkau, Kreis Fischhausen, am 26. Mai

**Sczesny**, Hildegard, geb. **Kiyek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

**Sehnwitz**, Dora, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

**Stolz**, Renate, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai

**Zimpel**, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bluhm**, Siegfried, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai

**Bruse**, Erika, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Flath**, Frieda, geb. **Szillat**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

**Gentek**, Anneliese, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai

**Kremp**, Helmut, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai

**Pommer**, Irmgard, geb. **Pfau**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 28. Mai

**Priebe**, Gerda, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai

**Riedel**, Gerda, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai

**Schäfer**, Maria, aus Lyck, am 25. Mai

**Strunz**, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

**Trinker**, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

**Boenke**, Dieter, aus Ebenrode, am 29. Mai

**Gamradt**, Edith, geb. **Pallasch**, aus Ortelsburg, am 30. Mai

**Hanschke**, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

**Hölker**, Irmgard, geb. **Baginski**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. Mai

**Iding**, Gerhard, aus Ortelsburg, am 26. Mai

**Kemstedt**, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, am 26. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Köpernik**, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Munier**, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

**Penczek**, Karl-Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Mai

**Pender**, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai

**Sonntag**, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 28. Mai

**Toffel**, Gerhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

**Wilkop**, Reinhold, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bernutz**, Frieda, geb. **Schlicht**, aus Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai

**Dombrowski**, Irma, geb. **Szczec**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. Mai

**Geitmann**, Hildegard, geb. **Kohse**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

**Höland**, Hilde, geb. **Köhn**, aus Rauschnik, Kreis Heiligenbeil, am 29. Mai

**Josuweit**, Herbert, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai

**Klauss**, Eva-Maria, geb. **Torkler**, aus Kobillinnen, Kreis Lyck, am 27. Mai

**Knoll**, Edith, geb. **Krause**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai

**Königsmann**, Paul, aus Scheufeldsdorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai

**Körber**, Liselotte, geb. **Hamann**, aus Lopsienen, Kreis Fischhausen, am 28. Mai

**Kompa**, Erich, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

**Kosberg**, Heinz, aus Ortelsburg, am 26. Mai

**Lange**, Erwin, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

**Langner**, Traute, geb. **Stöpke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai

**Lemke**, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai

**Missonnier**, Irmgard, geb. **Bromberg**, aus Neidenburg, am 27. Mai

**Pfau**, Vera, geb. **Schliewe**, aus Stapornen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai

**Pillath**, Ruth, geb. **Rattay**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

**Stange**, Gerhard, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai

**Steinke**, Gerda Margot, geb. **Bayer**, aus Königsberg, am 25. Mai

**Tobe**, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai

**Winczencz**, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Wirkus**, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai

**Witt**, Marlene, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Zschämisch**, Hilde, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

**Tobe**, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai

**Winczencz**, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Wirkus**, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai

**Witt**, Marlene, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Zschämisch**, Hilde, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

**Tobe**, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai

**Winczencz**, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Wirkus**, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai

**Witt**, Marlene, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Zschämisch**, Hilde, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Allenbacher**, Reinhold, aus Kobillinnen, Kreis Lyck, am 25. Mai

**Berg**, Alfred, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

**Besmehn**, Ernst, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

**Bischoff**, Erna, geb. **Tessarzik**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 29. Mai

**Dieckmann**, Elli, geb. **Neumann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Echle**, Inge, geb. **Armbrust**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 30. Mai

**Erdmann**, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

**Habermas**, Anni, aus Elbing, am 28. Mai

**Heisel**, Rudi, aus Treuburg, am 26. Mai

**Hessmer**, Edeltraud, geb. **Staschkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai

**Jenz**, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 27. Mai

**Köppen**, Edith, geb. **Kutzinski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 30. Mai

**Konopka**, Walter, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 27. Mai

**Kuczewski**, Siegfried, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Mai

**Langer**, Ingrid, geb. **Klinger**, aus Sudeiken, Kreis Ebenrode, am 27. Mai

**Lücke**, Ruth Liesbeth, geb. **Ciesinski**, aus Fylitz, Skottau, Kreis Neidenburg, am 26. Mai

**Masannek**, Gerhard, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 25. Mai

**Mischke**, Bruno, aus Scheufeldsdorf, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

**Pahl**, Edeltraud, geb. **Feyer**, aus Wehlau, am 24. Mai

**Rosocha**, Klaus-Jürgen, aus Lötzen, am 27. Mai

**Schaaf**, Hannelore, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 24. Mai

**Schellenberger**, Friedel, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 29. Mai

**Tobe**, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai

**Winczencz**, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Wirkus**, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai

**Witt**, Marlene, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai

**Zschämisch**, Hilde, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

**Tobe**, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai

**Winczencz**, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

**Specht**, Gertrud, geb. **Dutz**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai

**Steinborn**, Hellmuth, geb. **Waschulewski**, aus Funken und Rodental, Kreis Lötzen, am 26. Mai

**Volk**, Edith, geb. **Klatt**, aus Tapi- au, Kreis Wehlau, am 26. Mai

**Zywietz**, Gerhard, aus Sallischen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Andreas**, Günter, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 25. Mai

**Bahr**, Edith, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

**Biallas**, Reinhard, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 30. Mai

**Bohl-Korosec**, Brigitta, geb. **Thomaschewski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Mai

**Dormann**, Joachim, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 24. Mai

**Eckfeld**, Irma, geb. **Stöbke**, aus Lark, Kreis Heiligenbeil, am 25. Mai

**Felgenhauer**, Waltraut, geb. **Solka**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 26. Mai

**Greifeldt**, Isolde, geb. **Kaletka**, aus Ortelsburg, am 25. Mai

**Grollmuß**, Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai

**Hinrichsen**, Lütge, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

**Kischkat-Gaspar**, Margrit, geb. **Kischkat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 25. Mai

**Knöller**, Lothar, aus Lyck, am 29. Mai

**Mossakowski**, Werner, aus Theerwisch, Kreis Wehlau, am 24. Mai

**Okuniek**, Ursel, geb. **Semborski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 27. Mai

**Reschke**, Anneliese, geb. **Walter**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. Mai

**Scherwat**, Rose-Marie, geb. **Hal-ecker**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 25. Mai

**Tarrach**, Dieter, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

**Uttich**, Inge, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai

**Wenzl**, Lieselotte, geb. **Fröhlian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 2

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

### Trauer um Kurt W. Sadowski

Eine große Trauergemeinde hatte sich am Donnerstag, 2. Mai, in der Kapelle des Waldfriedhofes in Dörverden versammelt, um von Kurt Werner Sadowski Abschied zu nehmen. Der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg war am 21. April im Alter von 85 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit in Bremen im Krankenhaus verstorben.

Kurt Werner Sadowski wurde am 4. März 1934 in der Landesfrauenklinik in Insterburg/Ostpreußen geboren. Als Sohn des Fuhrunternehmers Fritz Sadowski und dessen Frau Helene geb. Motzkau durfte er seine Kindheit in dem kleinen Dorf Janellen an der Goldap bei Benkheim im Landkreis Angerburg in Ostpreußen erleben. Diese unbeschwertere Kindheit endete spätestens, als er mit seiner Mutter am 23. Oktober 1944 in den ostpreußischen Kreis Heilsberg vor der herannahenden Roten Armee flüchten musste. Sein Vater war zu dieser Zeit bereits zum Kriegsdienst verpflichtet und an der Front. Nachdem auch Heilsberg geräumt wurde,

fort, besuchte die Handelsschule und begann eine Ausbildung zum Industriekaufmann in einer Möbelfabrik.

In der Gemeinde Barne wurde er 1961 zum Bürgermeister und Gemeindedirektor gewählt. Dieses Amt übte er in schwieriger Zeit ehrenamtlich bis zum 30. Juni 1964 aus. In seiner Amtszeit wurden dort viele Wohnungen für Soldaten der in Barne liegenden Niedersachsen-Kaserne errichtet. Auch wurden Schmutzwasserkanal und Rathaus unter seiner Leitung gebaut. In Barne steht der Name Kurt Werner Sadowski darüber hinaus auch heute noch für den Sport. Jugendliche Barmer beabsichtigten im Februar 1964 einen Sportverein zu gründen. Sie brauchten hierfür aber eine erwachsene Person. Kurt Werner Sadowski stellte sich hierfür zur Verfügung und wurde am 15. Februar 1964 zum Vorsitzenden des neu gegründeten S.C. „Weser“ Barne e.V. gewählt, ein Amt, welches er bis zum 12. Juni 1987 innehatte. Daneben war er in weiteren Ehrenämtern im Sportbereich tätig, zum Beispiel als Kreisvorsitzender des Tischtennisverbandes und als Revisor des Landesverbandes. Bis zuletzt ging Kurt Werner Sadowski regelmäßig, meist zweimal wöchentlich, zum Sport und spielte Tischtennis. Auch nahm er im höheren Alter noch an Punktspielen teil.

Seine berufliche Tätigkeit setzte er am 1. Juli 1964 im bremischen Landesdienst fort. Die letzten zwölf Jahre seiner beruflichen Laufbahn war er als Abteilungsleiter für Personal und Haushalt bei dem Senator für das Bauwesen tätig. Am 30. Juli 1997 ging er in den Ruhestand. In Bremen



Bis zuletzt für Angerburg und Ostpreußen im Einsatz: Kurt Werner Sadowski

Bild: H.-W. Malessa

mussten Mutter und Sohn im Treck weiter flüchten und die angestammte Heimat Ostpreußen verlassen. Der von seiner Mutter geführte Treck überquerte das Eis des Frischen Haffs und gelangte bis in die Lüneburger Heide, wo er in Neuenkirchen bei Soltau am 4. März 1945 seinen elften Geburtstag erlebte. Nach weiteren Zwischenstationen wurde ihm und seiner Mutter 1946 Wohnraum in der Gemeinde Barne im Landkreis Verden zugewiesen. Auch sein Vater kehrte aus dem Krieg zurück. 1958 konnte Familie Sadowski in Barne ein Eigenheim errichten.

Am Domgymnasium Verden setzte er seine Schulausbildung

lernte er auch seine spätere Ehefrau Ruth geb. Gassmann kennen, die er am 2. Juli 1974 heiratete.

Seit 1958 engagierte sich Kurt Werner Sadowski in der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. Zunächst in der Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Generation und seit 1962 als Mitglied des Angerburger Kreistages. Am 20. Juni 1981 erfolgte die Wahl in den Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft. Am 11. September 1993 wurde er zum stellvertretenden Kreisvertreter und am 15. September 2001 zum Kreisvertreter gewählt.

In seiner Zeit im Vorstand der Kreisgemeinschaft hat er sich stets für die Aussöhnung und die

Verbesserung der Beziehungen zu den heutigen polnischen Bewohnern seiner ostpreußischen Heimat eingesetzt. Durch seine Unterstützung sind die Partnerschaftlichen Beziehungen zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und den polnischen Kreisbehörden in Angerburg zu Stande gekommen. Zu den politischen Vertretern seiner Heimat pflegte er gute und freundschaftliche Kontakte. „Weil ich die Menschen und die Landschaft meiner alten Heimat liebe“, sagte er einmal als er gefragt wurde, warum er noch im höheren Alter jährlich die anstrengende Fahrt nach Angerburg auf sich nahm.

Besonders setzte sich Herr Sadowski für die Wiederherstellung des deutschen Friedhofes in seinem Heimatort Janellen in der Gemeinde Benkheim ein, auf dem seine Großeltern und seine jüngere Schwester bestattet sind. Der Friedhof war nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung zunehmend verwildert. Erst nach der Wende und langen Verhandlungen mit den polnischen Behörden konnte die Sanierung begonnen werden. Herr Sadowski führte dieses Projekt mit viel Herzblut durch. Am 5. Juni 2012 konnte der Friedhof nach über zehnjähriger Planungszeit geweiht werden.

Auch für die deutsche Minderheit in Angerburg war er ein wichtiger Förderer. Er sorgte für Material- und Medikamentenspenden für die dortige Sozialstation und stand mit Rat und Tat den Menschen zur Seite.

Rotenburgern und Angerburgern werden die gemeinsamen erlebnisreichen Fahrten in den Landkreis Angerburg unter seiner kenntnisreichen Leitung sicherlich unvergessen bleiben.

Nahezu jede Woche arbeitete Herr Sadowski in der Geschäftsstelle der Angerburger. Zudem führte er eine umfassende Korrespondenz und nahm an allen wichtigen Veranstaltungen der Vertriebenenverbände sowie denen im Patenkreis teil.

Mit seinen persönlichen Eigenarten wie Fleiß, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Genauigkeit, Tatendrang, Durchsetzungsstärke und Hilfsbereitschaft war er vielen ein Vorbild.

Sein freundliches, den Menschen zugewandtes Wesen und sein engagiertes Eintreten für Angerburg und Ostpreußen verschafften ihm Anerkennung und Sympathie.

Sein Wirken wurde durch die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und der Bundesverdienstmedaille gewürdigt.

Am 2. Mai wurde Kurt Werner Sadowski im Familiengrab, in dem auch seine Eltern ruhen, auf dem Waldfriedhof der Gemeinde Dörverden beigesetzt. Dem Sarg folgten viele Freunde und Weggefährten sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung. Wir trauern zusammen mit seiner Witwe Ruth und seinen Angehörigen. Er hinterlässt eine große Lücke in unseren Reihen. Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Michael Meyer



### EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

### Elsbeth König

Unser Vorstandsmitglied konnte diesen 85. Geburtstag rüstig und tatkräftig in Vorbereitung eines Hilfstransports begehen. In

Wabbeln geboren, besuchte sie die Schule in Bilderweiten. Als Kind erlebte sie die Flucht über das Haff mit vielen traumatischen Ereignissen und den Verlust naher Angehöriger. In Wöpsen in Niedersachsen fand sie eine neue Heimat, konnte die Schule beenden, wurde konfirmiert und trat in das Berufsleben ein. Es folgten Familiengründung und Kindererziehung, später übernahm sie eine Tätigkeit mit überregionaler Reisetätigkeit. Nach der Jahrhundertwende wurde sie Kirchspielvertreterin von Bilderweiten und bereicherte unsere Veranstaltungen mit ihrer Sprachkunst on platt und heimatlichem Gebäck. Die Heimatstube stattete sie u.a. mit einer selbstgeflochlenen Erntekrone aus. Jährlich begleitet sie Hilfstransporte in die Heimat und betreut eine Gruppe in Litauen aufgewachsener deutscher Waisenkinder. Wir wünschen ihr weiterhin Gesundheit Lebensfreude und Schaffenskraft.



### GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestdt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

### Pfingsttreffen

Gumbinnen und Judtschen /Kanthausen – Donnerstag, 6., bis Mittwoch, 12. Juni: Pfingsttreffen der Hugenottenfamilie Loyal.



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

### Nachruf

Die Stadtgemeinschaft Heiligenbeil und unsere gesamte Kreisgemeinschaft hat ein schweres Verlust getroffen. Am 5. Mai verstarb Landsmann Siegfried Schulz nach mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit im achtzigsten Lebensjahr. Er wurde am 6. August 1939 in unserer Kreisstadt Heiligenbeil geboren. Seine Eltern waren Fritz und Gertrud Schulz, geborene Dornbusch, er lebte mit ihnen und den beiden jüngeren Geschwistern Brigitte (\*1941) und Dietmar (\*1943) am Egerländer Weg 11. Seine Großel-



Siegfried Schulz

Bild: privat

tern väterlicherseits Hermann und Minna Schulz wohnten ebenfalls in Heiligenbeil, Am Sportplatz 15. Für alle begann die Flucht am 9. Februar 1945 – außer von Vater Fritz, der sich seit September 1944 in französischer Gefangenschaft befand. 1948 gab es ein Wiedersehen mit der Familie in der Nähe von Chemnitz, dem Wohnort nach der Flucht. Siegfried Schulz wechselte allein 1957 in die Bundesrepublik – ins Sauerland. Hier arbeitete er als leitender Konstruktionstechniker in einer großen Firma in Meinerzhagen. Nach 44 Jahren wurde er dort 2001 pensioniert.

Zu unserer Kreisgemeinschaft fand Siegfried Schulz spät. 2006 erhielt er Informationen über die Gemeinschaft, mein Kontakt zu ihm als Ehrenvorsitzender entwickelte sich erst ab Juli 2008 – dann aber erfreulich intensiv. In einem Rundbrief vom April 2008 an die Heiligenbeilerinnen und Heiligenbeiler stellte er sich mit einem umfassenden Lebenslauf als Mitglied der Kreisgemeinschaft vor und auch als kommissarischer Stadtvertreter von Heiligenbeil Stadt – Bezirk Nord. Ab August erfreute Siegfried Schulz seine Landsleute zweimal jährlich durch vielseitige, interessante, heimatliche Rundbriefe. Im September 2008 wählte ihn die Mitgliederversammlung in Burgdorf zum Stadtvertreter. Seine aktive ehrenamtliche Arbeit konnte die Kreisgemeinschaft erfreulicherweise sehr bald noch mehr in Anspruch nehmen. Im März 2009 wählte ihn der Kreistag in den Vorstand und übertrug ihm die sehr arbeitsintensive, zeitraubende Tätigkeit des Kreiskarteiführers. Aus Altersgründen kandidierte Siegfried bei den Vorstandswahlen 2013 nicht noch einmal. Für mich hatte sich bereits eine regelmäßige Verbindung zu Siegfried Schulz ergeben, auch dadurch, dass er an jedem Kreistreffen, an jeder Sitzung teilnahm. Ich persönlich, aber auch seine Vorstandskollegen, Kirchspielvertreter sowie seine Heiligenbeiler Landsleute, lernten zunehmend einen wahren Ostpreußen kennen. Preuße zu sein ist ein Lebensgefühl, ein Leben mit Grundsätzen und Prinzipien. An meinem Heimatfreund Siegfried habe ich deren viele erkannt. Einige möchte ich benennen: Pflichtbewusstsein, Freude an der Arbeit, Gründlichkeit, Ausdauer, Fleiß, Disziplin, Vertrauenswürdigkeit und Treue. Nur elf Jahre konnte die Kreisgemeinschaft von den Eigenschaften dieses besonnenen, zurückhaltenden Landsmannes profitieren. Wir sind dankbar, dass Siegfried Schulz zu uns gehörte und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Dank der Kreisgemeinschaft, die Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit, wurde durch den Vorstand zweimal sichtbar gemacht. Beim Kreistreffen in Burgdorf 2013 wurde Siegfried Schulz mit der Silbernen Ehrennadel und Ehrenurkunde ausgezeichnet. Im vergangenen Jahr beim Kreistreffen 2018 folgte die hochverdiente Auszeichnung mit der Goldenen Ehrennadel und Ehrenurkunde. Viel schwerer trifft sein Ableben seine Frau Brunhilde, geborene Kammler. Brunhilde und Siegfried Schulz heirateten am 16. Dezember 1966 und feierten ihre Goldene Hochzeit 2016. Auf allen Lebenswegen ging niemals einer

von ihnen allein. Wir trauern mit Brunhilde Schulz, unserer Schriftleiterin des Heimatblattes, trauern mit dem Sohn Oliver und dem einzigen Enkel, dem kleinen Peter. Im Namen des Vorstandes

Siegfried Dreher,  
Ehrenvorsitzender



### INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

### Heimatgruppen

Hamburg – Mittwoch, 5. Juni, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg; Video-vortrag oder Autorenlesung. – Im Juli findet kein Monatstreffen statt. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Thüringen – Sonntag, 2. Juni, 14 Uhr, Am Sieden 14, 99948 Mosbach; Gartentreff bei Familie Böhlke. Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com



### KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de. Geschäftsstelle: Ralf Woitschikowski, Bergkirchener Straße 21, 32429 Minden, Telefon (0571) 5091022

### Kreisausschusssitzung

Am 5. April fand in Minden eine Sitzung des Kreisausschusses der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) statt. Da die bisherige Kreisvertreterin Gisela Broschei ihr Amt zur Verfügung gestellt hat, musste ein teilweise neuer Vorstand gewählt werden. Zur Kreisvertreterin wurde Dr. Bärbel Beutner gewählt, Barbara Dörr wurde als Stellvertreterin bestätigt. Axel Doepner wird weiterhin das Amt des Schatzmeisters wahrnehmen. Carl Mückenberger ist aus dem Kreisausschuss ausgeschieden.

Zum 31. März wurde die bisherige Geschäftsstelle in Frille vom Kreis Minden-Lübbecke gekündigt. Nun befindet sich die Geschäftsstelle unter folgender Anschrift: Bergkirchener Straße 21, 32429 Minden, Telefon (0571) 5091022. Dort kann bei unserem Mitarbeiter Ralf Woitschikowski

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 16

## Zusendungen für Ausgabe 23

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 23/2019 (Erstverkaufstag: 7. Juni) bis spätestens Mittwoch, 29. Mai an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.



## LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



**BAYERN**

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

ern im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Einer der Höhepunkte war der Auftritt des polnischen Museumsleiters der Marienburg Dr. Janusz Trupinda, der über die Renovierungsarbeiten am einstigen Hauptsitz des Deutschen Ordens informierte.

Danach leitete der Vorsitzende zur Muttertagsfeier über und gab einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Muttertages. Er würdigte die wichtige Rolle der Mütter für Staat und Gesellschaft. Er erinnerte dabei vor allem an die Frauen, die während der Weltkriege durch kriegsbedingte Abwesenheit ihrer Ehemänner Haus und Hof alleine führen mussten, sowie an die sogenannten Trümmerfrauen.

Die zunehmende Kommerzialisierung des Muttertages, aber auch die Entwicklung weg von der traditionellen Familie und Ehe, den Keimzellen von Staat und Gesellschaft, sehe er mit Sorge. Ingrid Uschald, Ilse Stark, Andreas, Katharina und Barbara Uschald erfreuten mit Gedichten zum Muttertag und zur Frühlingszeit. Außerdem unterhielten Anita und Norbert Uschald die Anwesenden mit Frühlings- und Maienliedern. Im Anschluss daran erhielten die Mütter, aber auch die Väter ein kleines Geschenk.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum nächsten Treffen am 2. Juni.

Norbert Uschald



**BERLIN**

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

### KREISGRUPPEN



**Angerburg, Darkehmen, Goldap** – Donnerstag, 6. Juni, 14 Uhr, Restaurant Oase Amara, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Bartenstein** – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



**Frauengruppe** – Die Frauengruppe der LO Berlin hat sich nach 61 Jahren am 8. Mai (altersbedingt) aufgelöst.



**Rastenburg** – Sonntag, 2. Juni, 12 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Wir möchten mit Mitgliedern und Gästen vom 9. bis zum 15. September eine Flugreise von Bremen nach Breslau, Tschenstochau, Krakau und Hirschberg unternehmen. Per Flugzeug geht es von Bremen nach Breslau. Dort

steht am nächsten Tag die Besichtigung der schön restaurierten historischen Innenstadt auf dem Programm. Mit dem Bus geht es am Folgetag weiter über Opehn nach Tschenstochau. Das weithin sichtbare Paulinerkloster auf dem Hellen Berg ist das religiöse Zentrum Polens. Weiter auf dem Weg nach Krakau ist die Route der Adlernester, malerischen Burgruinen, die auf bizarren Kalksandsteinfeldern hoch über der Gegend liegen.

In Krakau angekommen erwartet die Teilnehmer am nächsten Morgen ein Rundgang auf dem Königsweg unter anderem am Denkmal der Schlacht von Tannenberg vorbei. Am Nachmittag steht die Besichtigung des jüdischen Viertels Kazimierz an.

Am fünften Tag befinden sich die Teilnehmer in Wieliczka: Es geht mit dem Schiff auf der Weichsel bis zum Kloster Tyniec. Am Nachmittag folgt die Besichtigung der für Krakau und die Region so wichtigen Industrie des Salzbergbaus mit dem zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörenden Bergwerk Wieliczka.

Hirschberg steht für den Folgetag auf dem Programm. Am siebten Tag wird schon die Rückfahrt angetreten, erst zum Flughafen von Breslau und Heimflug nach Bremen.

Weitere Informationen und Anmeldeformulare bei Heinrich Lohmann, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V., Bremen, Telefon (01522) 4025314.



**HESSEN**

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

**Dillenburg** – Mittwoch, 29. Mai, 15 Uhr, Café Eckstein: Monatsversammlung.

**Kassel** – Donnerstag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenheim), Kassel. Vortrag von Dr. Rolf Sauerzapf: „Kaiser Wilhelm II und das Haus Hohenzollern nach 1918 bis heute. Ist ein Freistaat Preußen möglich?“

Das letzte Heimattreffen fand ein besonderes Interesse, weshalb das Thema auch anderen Gruppen zur Nachahmung empfohlen wird. Fünf Teilnehmerinnen lasen aus dem Buch „Ein Teil meiner Heimat seid ihr für mich“ (Berlin: Aufbau-Verl., 2004) eindrucksvolle Briefe einer schlesischen Mädchenklasse nach dem Abitur (1943) bis 2000 vor. Das verabredete Rundbrief-Programm hielten die gescheiterten Mädchen jahrelang durch; 1300 Briefe sind dokumentiert – das sagt schon viel aus. Was war den Schülerinnen eines Breslauer Lyzeums jeweils wichtig und schreibenswert in den dramatischen Monaten vor der Katastrophe, was konnten sie von der Flucht berichten und von den Erfahrungen in der Nachkriegszeit? Wie veränderte sich ihr Blick auf die verlorene Heimat? Eine Studie, die bewegt und zu Vergleichen anregt.

Gerhard Landau



Wirken Sie mit an der Stiftung.

»Zukunft für Ostpreußen!«

## Verdient

### Uta Lüttich erhält Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat den Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg an 18 verdiente Persönlichkeiten verliehen. Demokratie brauche Menschen, die mitreden, mitmachen und sich füreinander verantwortlich fühlen, erklärte Kretschmann.

Der Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg wird vom Ministerpräsidenten für herausragende Verdienste um das Land Baden-Württemberg verliehen, insbesondere im politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich.

Kurzvita der Ordenspräsidentin: Uta Lüttich flüchtete 1944/45 mit ihrer Familie über Ostpreußen nach Berlin, Pommern und Itzehoe und kam 1950 schließlich in Stuttgart an. Diese Kindheitserfahrungen prägten ihr Leben und die Pflege ihrer Heimatkultur spielt eine große Rolle in ihrem Leben. Dafür setzt sie sich mit all ihrer Kraft ehrenamtlich in zahlreichen Organisationen und Einrichtungen ein. So ist sie unter anderem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der

heimatvertriebenen Frauen im Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen und zugleich Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg. Mit der Vermittlung von traditionellen Handarbeitstechniken und ihre Teilnahme am jährlichen Ostermarkt im Haus der Heimat

### »Honos reddatur dignis«

belebt sie die ostpreußische Kultur. Durch die Vermittlung ostpreußischer Kultur und Geschichte, für die sich Uta Lüttich unermüdlich einsetzt, schlägt sie eine wichtige Brücke zur jüngeren Generation und unterstützt die deutsche Minderheit in Ostpreußen.

Anschließend dankte der Ministerpräsident den Geehrten für ihren Einsatz in den unterschiedlichsten Bereichen des öffentlichen Lebens. „Durch das Mitgefühl, die Kraft und die Gedanken, die Sie für andere einbringen, bereichern Sie unsere Gemeinschaft“, wandte sich der Minister-

präsident direkt an die Ordens-trägerinnen und Ordens-träger. „Besonders danken möchte ich aber auch den Helfern der Helfer: nämlich den Familien, Angehörigen und Freundinnen und Freunden der Geehrten. Alldenjenigen, die das Engagement der Geehrten mittragen und sie unterstützen.“ Dies zeige, dass die wenigen Geehrten ihre Auszeichnung auch stellvertretend für tausende andere entgegennehmen, die sich ebenso engagierten.

Uta Lüttich hat sich als Landesvorsitzende, für die Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg, als einmaliger Glücksgriff erwiesen. Unermüdlich in der Sache, voller Optimismus, eine Motivationskünstlerin mit viel Einfühlungsvermögen, mit Leib und Seele der Heimat verbunden, das sind die Eigenschaften, die unsere „Landesmutter“ in wunderbarer Weise auszeichnen.

Möge uns unsere frischgebackene Ordens-trägerin, als erste Vorsitzende noch lange Zeit erhalten bleiben und so rufe ich ihr zu: Ad multos annos! *Andreas Praß*



Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Uta Lüttich

Bild: Staatsministerium Baden-Württemberg



**NIEDERSACHSEN**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

**Oldenburg** – Bericht über unsere Kulturfahrt nach Lüneburg am 8. Mai. Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs machten wir am 8. Mai eine Kulturfahrt zum neu gestalteten Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Die neu präsentierte umfangreiche Dauerausstellung erlebten wir in zwei detailliert und faktenreich vorgetragenen Führungen. Es wird eindrucksvoll dargestellt, dass Ostpreußen nicht nur ein Land der Wälder und Getreidefelder war, sondern auch einen umfangreichen Beitrag zur Kulturgeschichte Deutschlands geleistet hat, deren Erinnerung zu wahren, Aufgabe des Landesmuseums ist. Der Um-

bau hat zweifelsohne dazu beigetragen, ein Museum für alle zu schaffen und nicht nur den Erlebnis-Ostpreußen einen Erinnerungsort ihrer Heimat zu bieten. Viele unserer Mitfahrer waren keine Ostpreußen und kannten die frühere Ausstellung nicht. Deshalb vermittelte ihnen die neue Präsentation einen hohen Informationswert, so dass wir nach der Einkehr ins Bernstein-Café zufrieden den Heimweg antreten konnten.

Im Juni planen wir am 12. eine Lesung von Annemete von Vogel zu Alma Rogge und Agnes Miegel; beide verband eine gute Freundschaft und im Februar 2019 jährte sich der Todestag von Alma Rogge zum 50. Mal. Wie immer im Stadthotel in Oldenburg-Eversten, Hauptstraße 38 um 15 Uhr.



**NORDRHEIN-WESTFALEN**

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Düren** – Mittwoch, 5. Juni, 18 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Wir diskutieren und planen den Jahresausflug. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon

(02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com. Wer sich heimatisch verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste. Im Juli findet kein Treffen statt.

**Düsseldorf** – Mittwoch, 5. Juni, 15 Uhr, Raum 311 „Siebenbürgen“, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH9, Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 5. Juni, 15 Uhr, Raum 312, GHH: Bücher im Gespräch „Die Donau“.

**Gütersloh** – Sonnabend, 15. Juni: alljährliche Fahrradtour. Treffpunkt ist 13 Uhr an der Kapellenschule, Dr.-Th.-Plafmannweg 10. Die Route beträgt rund 30 Kilometer. Es werden auch Zwischenstationen und Zustiegmöglichkeiten im Zentrum angeboten, diese sind bei der Anmeldung zu erfragen. Unterwegs gibt es eine Kaffee- und Kuchenpause. Zum Abschluss wird gegrillt. Um besser planen zu können, bitten wir um Anmeldung bei Familie Block, Telefon (05241) 34841. – Sonntag, 7. Juli: Busfahrt nach Schloß Burg. Dort findet das NRW Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier statt. Anmeldungen und weitere Infos bei Familie. Block, Telefon (05241) 34841 oder Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Landmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung von Seite 17

Waltraut Bombe und Ulla Busch spielten Volkslieder. Die Wuppertaler Chorfreunde erfreuten mit gut einstudierten Liedern, zwei Sänger Harald Winkels und Hartmut Pfecht debütierten jeder mit einem Sologesang, Ritas „Rasselbande“ (Vorschulkinder) sangen Frühlingslieder. Die Pianistin M. Kogan und J. Schewalenko (Violine) brachten bekannte und beliebte Melodien zu Gehör.

Hartmut Pfecht trug das Gedicht: „Gebet an die Wolken“ vor und Sigrid Kruschinski „Maienacht“ von Agnes Miegel. Mit den gemeinsam gesungenen Liedern: „Land der dunklen Wälder“ und „Kein schöner Land“ endete das Fest.

SACHSEN-  
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – 25. Mai, 12 Uhr, Tag der Heimat, Landmannschaft Gardelegen mit Programm in Gardelegen, Volkssolidarität.

**Halle** – Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen

## Kulturzentrum Ostpreußen

Bis zum 8. September läuft die Sonderausstellung „Licht über Sand und Haff – Carl Knauf – Maler in Nidden“.



Wuppertal: (v. l.) Helga Piontek, Wilhelm Kreuer, Waltraut Bombe, Hartmut Pfecht, Sigrid Kruschinski

Bild: privat

SCHLESWIG-  
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Bad Oldesloe** – Neue und sehr interessante Literatur über die Prußen veranlasste die Vorsitzende, das Thema neu zu bearbeiten. Die Prußen wanderten vermutlich aus dem mittleren Russland ins spätere Ostpreußen ein und lebten dort rund 2000 Jahre. Es war ein starkes heidnisches Volk.

Um 1200 nach Christus holte Herzog Conrad von Masowien den Deutschen Ritterorden zur Hilfe, da er sich von den Prußen bedroht fühlte.

Die Prußen lebten in hölzernen Befestigungen in Familienverbänden an Fluss- und See-Ufern, wie spätere Ausgrabungen zeigten. Dörfer und Städte kannten sie nicht. Ein Ritual war der Brautkauf aus fernen Gegenden, da ein Familienverband untereinander schnell verwandt war.

Die Prußen waren erfolgreich in Ackerbau und Viehzucht, kämpften zu Fuß mit Schwert, Speer und Keule, aber auch hoch zu Ross. Aus dem Wildpferd Tarpan wurden die späteren Trakehner gezüchtet. Der Ritterorden schaffte die Christianisierung der Prußen nicht. Die Missionare Erzbischof Adalbert von Prag und Bruno von Querfurt wurden von den Prußen erschlagen. Und man nahm an, ein großer Teil der Prußen wäre vom Ritterorden getötet worden. Um 1200 werden aber noch 170 000 Prußen nachgewiesen. Sie haben sich mit Einwanderern aus anderen Landesteilen vermischt. Die Prußen hatten keine Schriftsprache. So lebte die Sprache nur durch Überlieferung weiter und ist in Orts- und Familiennamen und auch in unserem Sprachgebrauch bis heute nachweisbar.

Es entwickelte sich eine rege Aussprache zu diesem Thema.

Grüße und Genesungswünsche wurden drei Mitgliedern übermittelt, die an diesem Treffen nicht dabei sein konnten.

Gisela Brauer

**Flensburg** – 1. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2018 löste sich die bis dahin innerhalb der LMO S-H selbstständige „Ostpreußische Landmannschaft Flensburg“ auf und ging mit Wirkung

vom 1. Januar 2019 im Verein „Vereinigte Landmannschaften Flensburg e.V.“ (VerLM Fl e.V.) auf; diesem Verein gehörte die LO Fl als Ganzes bereits vorher an.

2. Der Entschluss, die LO Flensburg (zugleich mit der ebenfalls eigenständigen Landmannschaft der Pommern Flensburg) in den VerLM Fl e.V. zusammenzuführen, erfolgte nach mehrmonatiger Diskussion vor dem Hintergrund der zunehmenden Überalterung der LO Fl mit dem Ziel, die Arbeit auf nur noch einen Verein zu konzentrieren.

3. Die im März 2019 durchgeführte erste Mitgliederversammlung der VerLM Fl e.V. nach Übertritt der Teilvereine wählte als Vorstand (P = Pommern, O = Ostpreußen): 1. Vorsitzende: Edelgard Fischer (P), 2. Vorsitzende: Hans Legies (O), Schriftführerin: Charlotte-Friederike Westphal (O), Kassenwartin: Renate Kunde (P), Beisitzer: Hannelore Brandes (O), Waltraud Christiansen (P), Michael Weber H.E.

4. Die VerLM Fl e.V. haben 62 Mitglieder (Stand vom 1. April 2019). Die Vertretung in den jeweiligen Landesverbänden erfolgt durch die entsprechenden Vorstandsmitglieder.

Einige Veranstaltungen: 1. Die schon fest etablierte Rapsblütenfahrt fand im Mai unter der bewährten Führung des 2. Vorsitzenden statt und führte diesmal durch Mittelholstein in den Naturpark Aukrug. Ergänzt durch familiengeschichtliche Erläuterungen der Familie Legies aus der Zeit der Flucht bis heute und abgerundet durch ein zünftiges Spargelessen war es wieder eine gelungene Veranstaltung, die eine Fortsetzung in 2020 fordert.

2. Vorschau: am 19. Juni: Besuch des Museums „Kupfermühle“, Harrislee. Juli: Keine Veranstaltung. 23. August: Besuch des Dorfmuseums Jardelund mit Kaffeetafel. Anmeldungen spätestens 1 Woche vorher jeweils bei Frau Kunde oder Herrn Legies.

**Plön** – Der Heimat verbunden. Sigurd Zillmann wird 80 Jahre. Der promovierte Sigurd Zillmann hat sich in seinem langen Berufsleben vor allem als Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, als Kreistagsabgeordneter der CDU für die Stadt Lütjenburg und Kreisrat des Kreises Plön, als Vorsitzender der Kommission Lütjenburg-Rakvere als auch für die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, der Kommission Breitenstein in der Patenstadt Lütjenburg und



Sigurd Zillmann

Bild: privat

um den Aufbau eines Stadtarchivs in der Stadt Lütjenburg seit 2008 besonders verdient gemacht.

Er wurde 1939 in Braunschweig geboren und lebte von 1944 -1950 mit seiner Mutter und den Geschwistern bis zur Rückkehr des Vaters aus russischer Gefangenschaft im Dorf Völpke, Kreis Hadersleben, Regierungsbezirk Magdeburg. Dieser Ort an der ehemaligen Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland prägte den jungen Zillmann dadurch, in frühester Jugend deutsche Schicksale hautnah erlebt zu haben.

Nach Studium in Kiel und Göttingen war der promovierte Zillmann Oberstudienrat für Deutsch und Geschichte am Gymnasium im Hoffmann-von-Fallersleben-Schulzentrum in Lütjenburg. 1985 wurde er als Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in das Sozialministerium und später in das Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein berufen, da ihm die Vertriebenenarbeit wichtig war und er die grenzüberschreitende Kulturarbeit als zentralen Punkt der Völkerverständigung ansah. Zu seinen Landesaufgaben gehörte es, das Kulturerbe der ehemaligen ostdeutschen Provinzen zu bewahren. Nach der Wende und der Grenzöffnung 1990/91 wurde sein Aufgabengebiet um die Bereiche „Schutz von national wertvollem Kulturgut“ und der „Rückführung kriegsbedingt ausgelagerter Kulturgüter“ erweitert. So konnte er insbesondere in Ostpreußen dafür sorgen, dass eine Kulturarbeit in den Bereichen Denkmalschutz, Schulwesen und Förderung der deutschen Sprache aufgebaut wurde. Es gilt weiterhin, das hier Bewahrte in den Herkunftsgebieten auf Wunsch zu vermitteln und Kontakte von Mensch zu Mensch herzustellen. Nach fast 20-jähriger Tätigkeit für das Land Schleswig-Holstein ist Zillmann noch heute im Vorstand des Vereins

„Ostseebrücke e.V.“ tätig. Nachdem der Kreis Plön seine Patenschaft im Jahr 1989 aus politischen Gründen aufgekündigt hatte, trug Dr. Zillmann maßgeblich dazu bei, dass die Verbindung zur Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft Kreis Plön-Kreis Tilsit-Ragnit und zur Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nie abriß. So konnte auch im Jahr 2005 eine neue Partnerschaft zwischen dem Kreis Plön und dem Kreis Tilsit-Ragnit (Rajon Neman) begründet werden, die bis heute aktiv ist und grenzüberschreitende Arbeit in den Bereichen Selbstverwaltung, Schulen, Kultur- sowie Museumsarbeit fördert.

Dr. Zillmann ist aber auch „Vater“ der Partnerschaft zwischen dem estnischen Kreis Lääne Viru und dem Kreis Plön seit 1989, welche in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen feiert. Vor 30 Jahren, d.h. im September(!) 1989, schlug der Kreis Plön ein kleines Loch in den „Eisernen Vorhang“. Als erste Gebietskörperschaft aus dem „Westen“ knüpften die Plöner eine Partnerschaft mit dem Kreis Lääne Viru, damals ein sowjetischer Rajon, von Fremdherrschaft bestimmt. Heute ist Estland Mitglied der NATO, der EU, seit 2011 aufgenommen im Euro-Währungsgebiet. Der Plöner Kreistag beschloss im Juni 1989, eine Partnerschaft mit Estland auszuloten. Mich beeindruckt, im September 1989, also noch vor dem Fall der Mauer in Berlin, die Weitsicht, der Wille sowie die notwendige Entschlossenheit zur Unterstützung des nach Freiheit strebenden estnischen Volkes. Heute kann man nur staunen, welcher stattliche Baum der Freundschaft sich aus einer zierlichen kleinen Pflanze des Jahres 1989 entwickelt hat.

Dr. Sigurd Zillmanns Verdienste um die Völkerverständigung können gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Ich tue dies mit dieser Laudatio, ausdrücklich auch im Namen des Kreises Plön.

Stefan Leyk,

Kreispräsident des Kreis Plön



## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Die Industrie bittet zum Ball

Fabriken aus preußischer Zeit geben einem Industrieevent erst richtig Flair

Seit zehn Jahren präsentiert sich das oberschlesische Industriegebiet bei der Industriada von seiner schönsten Seite. Und weil es sich um die dritte Auflage handelt, gibt es die Industriada gleich an drei Tagen vom 7. bis zum 9. Juni. In 44 architektonisch oder historisch interessanten Objekten an 27 Orten der oberschlesischen „Woiwodschaft Schlesien“ werden während des Festes mehr als 500 kleine und große Veranstaltungen organisiert. Den Start gibt Bielitz-Biala [Bielsko-Biala], das Finale findet in Kattowitz statt.

Die Industriada ist ein „Fest der Route technischer Kulturdenkmäler der Woiwodschaft Schlesien“, die zu 31 Architektur- und Industriedenkmälern führt. Pate für die Industriada ist die ältere, im Ruhrgebiet stattfindende, „Extraschicht“, die dieses Jahr am 29. Juni stattfinden wird. Damals, vor zehn Jahren, war Jerzy Gorzelik, der für die Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAS) in der Re-

gierung der Woiwodschaft Schlesien saß, Mitinitiator des oberschlesischen Industriefestes. Dieses hätte ohne die RAS nicht überlebt, da die Finanzierung der Industriada auf der Kippe stand. Durch Initiativen zur Bewahrung oberschlesischer Industriedenkmäler wie zum Beispiel der „Zwei-Türme-Aktion“ in Schwientochlowitz [Swientochlowice] bezüglich der dortigen Fördertürme oder auch die Organisation eines Kongresses zur Bewahrung der Industriedenkmäler 2014 in Königshütte [Chorzów] haben die Aktivisten der RAS für Zustimmung unter der Bevölkerung gewonnen. Nachdem die Industriada zu einem der beliebtesten Feste Oberschlesiens wurde und jedes Jahr viele Touristen anzieht, will man sich im Kattowitzer Marschallamt (der Regierungszentrale) nicht mehr gerne an die anfänglich stiefmütterliche Behandlung dieses Industriefestes erinnern lassen. Im Gegenteil, bei der Pressekonferenz zur Jubiläums-Industriada betonte der in Ruda [Ru-

da Slaska] geborene Staatssekretär im polnischen Energieministerium Grzegorz Tobiszowski (PiS): „Man kann nicht über diesen Landstrich reden oder Jubiläen der Aufstände begehen, ohne unsere industriellen Errungenschaften zu zeigen. Man muss stets zu den Wurzeln zurückkehren, denn diese identifi-

zieren uns und unsere Haltung.“ Doch mit der Haltung zu den preußischen Wurzeln der Industriegeschichte, die keinem polnischen „Unser“ in Oberschlesien entspricht, hat man in seiner Partei eher Probleme, denke man nur an die Gründung des Schlesischen Museums in Kattowitz und die



Erfährt große Beliebtheit: Schmalspurbahn Lok Karf Bild: C. W. Wagner

Entlassung des damaligen Museumsleiters Leszek Jodlinski, wegen seiner „pro-deutschen“ Haltung.

Jodlinskis Nachfolgerin, Alicja Knast, lädt indes zum „Indu-Ball“ in ihr Museum zum Finale der Industriada ein. „Sonntag beim Industriellen“ heißt das Motto des Finales. Es soll auf die Industriegeschichte im 19. Jahrhundert in den Industriellenpalästen Koschentin [Koszecin], Nakel [Naklo Slaskie], Plawniowitz [Plawniowice], Pless [Pszczyna], Sosnowitz [Sosnowiec], Neudeck [Swierklaniec] und Schwientochlowitz [Swientochlowice] aufmerksam machen, so Knast.

Adam Hajduga, Chef des Industriada-Organisationsteams im Kattowitzer Marschallamt, wies auf die bisherigen Erfolge des Industriefestes hin: „1,2 Millionen Interessierte besuchten allein im vergangenen Jahr die Objekte der 2006 gegründeten Route der Industriedenkmäler. Seit Beginn der Tradition nahmen 6,5 Millionen

Menschen an diesem Fest teil.“ Zu den meistbesuchten Objekten der letzten Jahre zählen die Guido-grube und der Königin-Luise-Stollen in Hindenburg [Zabrze], die historische Wohnsiedlung Nickischschacht [Nikiszowiec] in Kattowitz sowie die Schmalspurbahn in Beuthen-Karf [Bytom-Karb].

Den Auftakt der 10. Industriada macht die aus dem schlesischen Bielitz und dem kleinpolnischen Biala zusammengesessene Textil-Doppelstadt Bilitz-Biala. Am 7. Juni wird in der Alten Fabrik, also im Historischen Museum, ein „Maschinenstart“ organisiert, zu dem die Besucher – wie an alle Standorte – mit einem kostenlosen Shuttlebus fahren kann. „Und da man bei einem Indu-Ball, der ja Motto der gesamten Industriada ist, natürlich in entsprechender Robe erscheint, machen wir als Textilstadt den Anfang“, so Iwona Purzycka, Leiterin des Historischen Museums in Bielitz-Biala. Chris W. Wagner

# Die Glocken von Groß Brückow in Pommern

425. Glockenjubiläum in Rommerskirchen im Rhein-Kreis Neuss



Die Kirche in Groß Brückow 2015



Die Jubiläums-Glocke aus Groß Brückow in Rommerskirchen

Fotos: Jörg Springer und Kirchengemeinde Rommerskirchen



Die Kirche in Groß Brückow 2015

Die Kirche von Groß Brückow, nordwestlich von Stolp gelegen (heute Bruskwow Wielkie), besaß zwei Glocken. Die erste Glocke, eine C-Glocke mit einem unteren Durchmesser von 59 cm und einem Gewicht von 178 kg, wurde am 8.7.1917 an den Magistrat der Stadt Stolp abgeliefert. In Umkehrung des bekannten Bibelspruchs wurden im Ersten Weltkrieg „Pflugscharen zu Schwertern“ gemacht, beziehungsweise Kirchenglocken zu Kanonen. Hierfür erhielt die Kirchengemeinde nach Ende des Krieges eine Entschädigung von 518 Mark. Das bezeugt eine Bescheinigung des Magistrats des Stadtkreises Stolp vom 18.10.1920.

Die zweite Glocke mit einem unteren Durchmesser von 71 cm und

einem Gewicht von 130 kg wurde 1594 gegossen. Sie trägt die Inschrift: „Si/deus/pro/nobis/quis/contra/nos/1594“ (d. h.: Wenn Gott für uns ist, wer mag dann wider uns sein), ein Vers aus dem Römerbrief. Diese Glocke hat auch den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden. Allerdings ist sie dem Schicksal ihrer Schwester in allerletzter Minute entronnen, denn sie fristete bis 1961 ihr Dasein auf einem Glockenfriedhof bei Hamburg, wo sie eingeschmolzen werden sollte. Sie wurde aber der Rommerskirchener Kirchengemeinde in Frixheim zum Kauf angeboten. Diese Gemeinde hatte 1955 das erste evangelische Gotteshaus im Bereich der Gemeinde Rommerskirchen erhalten. Einen Glockenturm hatte das Gotteshaus allerdings nicht bekom-

men, so wurde der Dachreiter mit einer ganz speziellen Glocke ausgestattet. Eine von der Firma Alu-Norf gegossene Alu-Glocke rief die Gläubigen zum Gottesdienst. Eine richtige Glocke wäre einfach zu schwer gewesen. 1961 wurde die neue Glocke angekauft und hierfür der Dachstuhl abgerissen und stattdessen ein Turm für zwei Glocken gebaut.

1963 war es nun soweit. Die Groß Brückower Glocke wurde, ergänzt durch eine neu gegossene Glocke der Firma Rinker, am 2. Juni, dem 1. Pfingstfeiertag 1963, von Pfarrer Gustav Baron von Girard de Soucanton eingeweiht und eingeläutet. Den Gottesdienst leitete der frühere Pfarrer von Groß Brückow, Pastor Runkel. An diesem Ereignis nahmen auch 50 ehemalige Mitglieder

der alten Kirchengemeinde Groß Brückow-Schlow teil. Die alte kleine Alu-Glocke hängt heute im Eingangsbereich der Kirche.

Anlässlich des 425. Jubiläums der Glocke plant die Gemeinde Rommerskirchen zum Pfingstfest eine Jubiläumsfeier am 8. und 9. Juni 2019. Das Festprogramm: Samstag, 8. Juni 18:00 Uhr Eröffnung und Infoveranstaltung mit anschließendem Buffet auf der Kirchenwiese  
Sonntag, 9. Juni 15:00 Uhr Festgottesdienst zum Jubiläum der Glocke und Mahnung zum Frieden, anschließend Kaffeetrinken Mögen recht viele Menschen der Jubiläums-Pommern-Glocke lauschen.  
Info: Gemeindebüro: Christine Schmitz

Ev. Kirchengemeinde Rommerskirchen, Grünweg 9  
41569 Rommerskirchen  
Tel. 02183/440196  
Fax 02183/440197  
gemeindebuer@ev-roki.de

Klaus Kurzmann, Henstedt-Ulzburg

Auf den sog. „Glockenfriedhöfen“ wurden im I. und II. Weltkrieg die eingezogenen Glocken gesammelt, um den Wertstoff Bronze der Rüstungsindustrie zuzuführen. Zunächst wurden die Glocken freiwillig abgegeben, später wurde das zwangsweise durchgeführt. Im WK II wurden die Glocken klassifiziert, es gab die Typen A, B, C und D. Die Typen C und D repräsentierten historisch wertvolle Glocken. Während A und B sofort hergegeben werden muss-

ten, war Typ C in „Warteposition“, der Typ D war geschützt. Für den „Endsieg“ ließ so mancher Bürgermeister auch die historisch wertvolle Glocke (Typ D) vom Turm nehmen. Jeder Kirche wurde nur eine Läuteglocke zugestanden, meistens die leichteste. Glocken aus dem 16. und 17. Jahrhundert und aus dem Mittelalter wurden trotzdem nicht immer verschont. Stahlglocken wurden nicht eingezogen. In Hamburg gab es mehrere Glockenfriedhöfe. Nach dem Krieg wurde die Möglichkeit eröffnet, den Kirchen in Westdeutschland, die ihre Glocken verloren hatten, die aus den verlorenen Ostgebieten zu übergeben, vorzugsweise an Kirchengemeinden, in denen sich namhafte Vertriebenen-Gruppen aus den besetzten Ostgebieten niedergelassen hatten. (BS)

## Mailiedersingen in Braunschweig

Pommern aus Braunschweig und Magdeburg treffen sich regelmäßig



2009 war ein Maikäferjahr, in Neu Damerow, an der E 28 nach Danzig konnte man sie sehr zahlreich finden. Auch auf der Kurischen Nehrung in großer Zahl, allerdings tot. (BS)



Pommern in Jamunder Tracht 1991  
Das Masingen in Braunschweig 2019

(Fotos privat)



Dieses Kinderlied entstand vor mehr als 350 Jahren. Damals im 30-jährigen Krieg hatte wohl keiner in seinem Elend daran gedacht, dass es in ferner Zukunft,

nämlich 1945, einmal zu einer noch größeren Katastrophe kommen würde.

Beliebt war im Mai bei der Jugend, vor allem bei den Jungen,

das Maikäfersammeln. Sie schüttelten die Birken und packten die Krabbeltiere, sortiert nach Müller oder Schornsteinfeger in Pappkartons, die sie vorher mit Birkenblättern ausgekleidet hatten. Manche Eltern versteckten vor dem Krieg zu Pfingsten Schokoladenmaikäfer im Birkengrün der Bäume, um ihre kleineren Kinder zu überraschen.

Zur Zeit gibt es nicht mehr so viele Maikäfer in der Natur. Früher waren sie sogar in manchen Jahren zur Landplage geworden. Heute dagegen freut sich ein jeder, wenn er im Mai Maikäfer summen und brummen hört.

Auf diesem Treffen gedachte man den seit 1987 bestehenden Kontakten zwischen den Pommerschen Landsmannschaften in Braunschweig und in Magdeburg. Es kam dadurch zu einem Austausch von Kultur-, Jugend- und Sportgruppen. Man besucht sich wechselseitig. 1992 wurde eine Vereinbarung zur städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet, jetzt aber unter demokratischen Vorzeichen. Der damalige Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, Kreisgruppe Braunschweig, Bruno Müller, nahm Kontakt zu den in Magdeburg ansässigen Pommern auf, die bekanntermaßen zur DDR-Zeit als „Umsiedler“ geführt wurden. Es war jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis die Pommerngruppe in Magdeburg gegründet wurde. Zeitgleich auch der Bund der Vertriebenen (BdV). Die Gründungsveranstaltung der Pommerschen Landsmannschaft, Kreisgruppe Magdeburg, war am

6. Juli 1991. Bruno Müller hatte damals mit seinem Vorstand ein Programm zusammengestellt mit Liedern und Gedichten, die Pommern zum Thema hatten. Die Volkstanzgruppe trat in der Jamunder Tracht auf. Mit Elan wurde die Arbeit aufgenommen und es fanden sich immer wieder Personen, die den Vorsitz der Gruppe gerne wahrnahmen.

Zwischen beiden pommerschen Gruppen entwickelte sich ein reger Austausch besonders mit Besuchen zu den jahreszeitlichen Festen wie Fasching, Ostern, Erntedank und Weihnachten, oder bei gemeinsamen Ausflügen. Man sah sich ebenfalls zum Tag der Landsmannschaften im BdV.

Die Erlebnisgeneration des 2. Weltkrieges ist überaltert, stirbt langsam aus. Folglich werden die Kreise der beiden pommerschen Landsmannschaften immer kleiner. Waren es zu Beginn weit über 50 Mitglieder gewesen, kommen jetzt nur noch um die 20 Pommern zusammen. Der Austausch zwischen den Pommern der beiden Partnerstädte ist aber geblieben, wenn auch die Pommersche Landsmannschaft im Bundesland Niedersachsen sich aufgelöst hat. Immer noch wird das Pommernlied bei den Magdeburgern am Anfang angestimmt während es bei den Braunschweigern zum Schluss erklingt.

Die Pommersche Heimat lebt in ihnen weiter, denn auf ihren monatlichen Treffen beweisen sie immer wieder ihre Heimatliebe und zeigen ihr Zusammengehörigkeitsgefühl.

Brigitte Kleczewski

Das Pommersche Landesmuseum  
Rakower Straße 9  
17489 Greifswald

www.pommersches-landesmuseum.de

Klostergartenführung  
Der Klostergarten im  
Blumenmonat Mai  
Donnerstag/Himmelfahrt  
30. Mai 17.00 Uhr  
Eintritt: 3,50 Euro

Einladung zu einer Frühlingführung in den frisch ergrüntem Klostergarten! Erfahren sie von Anett Stolte, welche Blumen in der mittelalterlichen Klostermedizin Verwendung fanden. Mit Ideen für Leckereien aus Kräutern und Blüten.



Gemeiner Lein im Klostergarten  
Foto: Pommersches Landesmuseum

Erinnerung:  
Heimattreffen der  
Rummelsburger

Das 33. Patenschaftstreffen des Heimatkreises Rummelsburg in Pommern findet vom 7. bis 9. Juni 2019 in Bad Fallingb. im Saal des Rathauses statt.

## Kein Fortschritt

Zu: Geballte Dämlichkeit (Nr. 19)

Eva Herman hat recht. Die Gesellschaft ist nicht in Ordnung. Nur würde ich nicht den Begriff „Dämlichkeit“ verwenden, denn die Gesellschaft läuft nicht deswegen in die falsche Richtung, sondern es gibt eine gesellschaftliche, das heißt: politische Steuerung in Richtung der vielschichtigen „Chancen“ einer „nachhaltigen Zukunft“. Vielen Bundesbürgern gefällt das so nicht.

Vom unheimlichen Fortschritt, von der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sind viele überfordert. Selten war die Stimmung so fortschrittsskeptisch. Heute sagen gerade 32 Prozent der Deutschen, sie glaubten an den Fortschritt, das ist der niedrigste Wert seit fünf Jahrzehnten. Nie glaubten so wenige Bürger Deutschlands an den Fortschritt. Zu diesem Ergebnis kommt Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach.

In den 1970er Jahren erschien Fortschritt dem Menschen noch stärker als gesamtgesellschaftlicher Fortschritt. Heute wirkt Fortschritt auf viele wie Konformitätsdruck. Wer sagt, ich will mit meinem Personalausweis nicht im Netz bezahlen können, ich will auch keinen Fingerabdruck im Personalausweis und ich will auch kein verpflichtendes digitales Weiterbildungskonto oder für den Klimaschutz auf den Ausflug mit dem Auto verzichten, der glaubt heute nicht mehr, dass technischer Fortschritt und Digitalisierung ihm individuell eine bessere Zukunft bringen.

Dr. Frank Wolfram Wagner,  
Lemgo

## Die »Befreiung« seit dem 8. Mai 1945 setzt sich in der Sprache fort

Zu: Befreiung? (Nr. 18)

Am 8. Mai 1945 musste sich das deutsche Volk einer bedingungslosen Kapitulation unterwerfen. Millionen deutscher Soldaten wurden in Gefangenenlagern zusammengewürfelt. Auf der blanken Erde unter freiem Himmel liegend, fast ohne Nahrung – ich

gehörte als 16-jähriger Luftwaffenhelfer dazu – vegetierten wir dahin und verhungerten langsam.

In amerikanischen und französischen Gefangenenlagern verhungerten etwa 800 000 bis eine Million deutscher Gefangener, schrieb der kanadische Historiker James Bacque in seinem Buch „Other Losses“. Auch ich wäre

beinahe von meinem Leben befreit worden.

Befreit wurden wir Deutschen auch von vielen Patenten. In seinem Buch „Unternehmen Patentraub“ spricht Friedrich Georg vom größten Patentraub aller Zeiten durch die USA. Befreit wurden die Deutschen auch von ihrer Souveränität, da die Bundeskanz-

ler bei ihrem Amtsantritt immer noch die Unterwerfungsbriefe unterschreiben müssen.

Doch die „Befreiung“ geht weiter. Jetzt ist unsere Sprache dran nach dem Motto: „Wenn Du ein Volk vernichten willst, nimm ihm zuerst die Sprache“ (arabisches Sprichwort).

Helmut Schrickel,  
Coburg

## Doppelte Bürger

Zu: Streit um Staatsangehörigkeit (Nr. 19)

Sehr gut legt der Artikel dar, wie die EU bei der Vergabe von Staatsangehörigkeiten an Staatsbürger anderer Staaten mit zweierlei Maß misst. Russland wird verurteilt, wenn es russischsprachigen Ukrainern die russische Staatsbürgerschaft anbietet. Doch auch Deutschland hat Abkömmlinge deutscher Auswanderer in Russland – und nicht nur dort – auf Wunsch auch dann mit Pässen versorgt, wenn diese nicht unmittelbar auswandern wollten.

Auch andere EU-Staaten praktizieren das. Vergessen aber wird, dass Nordiren und auch deren Nachfahren in Großbritannien seit Langem und bis heute Pässe der Republik Irland erhalten können, ohne dass Einwände der EU bekannt wurden. Ein Antrag auf Entlassung aus der ersten, anderen EU-Staatsbürgerschaft ist ja fast nirgendwo mehr erforderlich.

Wir sprechen im Falle der „Auslandsiren“ hier von keiner kleinen Gruppe: 100 000 Bürger haben 2018 einen solchen Zweit-Pass beantragt, berechtigt wären sogar mehrere Millionen Briten, automatisch eben alle Nordiren oder die, die von Nordiren abstammen.

Im Unterschied zu „russischen“ Bürgern aus der Ukraine berechnen die irische und der britische Pass zur Wahl eines der beiden Ländern übergeordneten Parlamentes, des EU-Parlamentes. Mancher nutzt dann zwei Pässe für zwei Stimmabgaben. Obwohl das verboten ist, kommt man solchen Doppelwählern nicht auf die Schliche.

Ulrich Ochs,  
Gelsenkirchen

Begehrtes Waldstück: Nach dem Zweiten Weltkrieg annektierte Frankreich den Mundatwald mit dem 561 Meter hohen Berg Hohle Derst, musste die sieben Quadratkilometer Waldfläche an der deutschen Grenze aber 1986 wieder zurückgeben

Bild: H. Schreiber

## Ein Stück Deutschland ging hin und her

Zu: Nach dem Vorbild der Vertreiberstaaten (Nr. 16)

Nicht nur die Niederlande, Belgien und Luxemburg hatten sich im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg deutsches Land angeeignet, sondern auch Frankreich. Das Ausmaß war hier geringer, denn das Gebiet betraf allein das als Mundatwald bezeichnete Ge-

biet mit einer Fläche von sieben Quadratkilometern, das wie ein Dreieck in das Land Rheinland-Pfalz hinein reicht. In diesem Waldgrundstück befinden sich die Quellen für die Wasserversorgung der elsässischen Stadt Weißenburg jenseits der Staatsgrenze.

Diese Inbesitznahme ist nicht mit der der Beneluxstaaten zu vergleichen, denn da bestanden die sogenannten Ausgleichsverträge. Einen solchen rechtsgültigen Vertrag gab es jedoch mit Frankreich nicht. Einen Vertrag gab es zwar, jedoch wurde er nicht rechtsgültig und trat somit nicht in Kraft. Am 31. Juli 1962 wurde das „Abkommen zwischen

der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung verschiedener Grenzfragen“ unterzeichnet. Es beinhaltete unter anderem geringfügige Grenzbegradigungen und gegen Rückgabe des im Elsass entschädigungslos eingezogenen Grundbesitzes deutscher Eigentümer den staats- und vermögensrechtlichen Übergang des Mundatwaldes an Frankreich.

Der Gesetzentwurf wurde am 9. März 1966 dem Bundestag zwecks Beschlussfassung zugeleitet. Verfassungs- und völkerrechtliche Bedenken der deutschen Volksvertreter standen jedoch dem Abtretungsvertrag entgegen,

sodass die erforderliche Mehrheit für eine Ratifizierung nicht zustande kam. Nur dadurch wurde es möglich, dass der Mundatwald 1986 wieder unter deutsche Hoheit kam. Ein Vorgang im Bundestag, der heute, über ein halbes Jahrhundert später, undenkbar ist.

Alle vier westlichen Nachbarstaaten wollten sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf Kosten Deutschlands territorial bereichern. Letztendlich waren es hier jedoch nur zehn Quadratkilometer, um die Deutschland verkleinert wurde. Vier davon entfielen auf die Niederlande und sechs auf Belgien. Zwar wurden an Belgien zehn Quadratkilometer abgetre-

ten, aber im Gegenzug erhielt die Bundesrepublik vier Quadratkilometer belgischen Gebietes, das allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg an Belgien gefallen war.

Ergänzend zu den Ausgleichsverträgen gibt es mit den Niederlanden die Grenzberichtigungs- und Grenzänderungsverträge von 1989, 1992 und 2002, mit Belgien den Vertrag von 1982 und mit Luxemburg den von 1984. Mit der französischen Militärverordnung 212 vom 23. April 1949 sollte Luxemburg den Kammerwald sowie das Dorf Roth und das Gut Neuschauerhof zur Verwaltung erhalten. Die Militärverordnung sah vor, dass die Grenzberichtigungen

am selben Tag in Kraft treten sollten, jedoch Roth und Neuschauerhof davon nicht betroffen waren.

Luxemburg hatte aber verzichtet und nur den Kammerwald im Umfang von 3,6 Quadratkilometern in Verwaltung genommen, der mit dem Ausgleichsabkommen vollständig zurückgegeben wurde.

Manfred Weinhold,  
Hamburg

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreussische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.**

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreussische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

**Unser ostpreussisches Schlemmerpaket**

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreussischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreussischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

**Preussische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.**

# Finger weg von meinem Rad!

Die Radsaison ist auch Hochsaison für Fahrraddiebe – Schon einfache Mittel reichen, um den Dieben das Leben zu erschweren

**Wer bei sonnigem Wetter vom Auto aufs Rad umsteigen möchte, kann das Pech haben, dass ihm ein Dieb einen Strich durch die Rechnung macht. Mit einfachen Maßnahmen kann man den Dieben zumindest die Arbeit erschweren.**

Die Diebstahlstatistiken der Polizei für Fahrräder aus dem Jahr 2017 zeigen: Pro Stunde wurden 35 Räder geklaut. Dabei zeigt sich ein Ost-West-Gefälle: Am meisten gestohlen wurde in Leipzig mit 1756 geklauten Fahrrädern pro 100 000 Einwohner. Auf Platz zwei folgte Halle an der Saale mit 1659 Diebstählen je 100 000 Einwohner. Großstädte wie Berlin, Hamburg oder Köln kamen mit zirka der Hälfte der gestohlenen Räder relativ gut weg.

Doch egal, wo geklaut wird, die Aufklärungsquote ist überall sehr gering: Nicht einmal jeder zehnte der etwa 300 000 Raddiebstähle konnte aufgeklärt werden, die Quote betrug laut Bundeskriminalamt 9,6 Prozent. Der jährliche Sachschaden wird auf 134 Millionen Euro geschätzt. Wer sein Rad schützen will, sollte deshalb ein paar Tipps beherzigen.

Es versteht sich von selbst, dass man das Fahrrad nicht nur abschließen, sondern auch an einen Masten oder Baum anschließen sollte, auch wenn man nur für fünf Minuten in die Apotheke gehen. Das Fahrrad sollte möglichst an einem hellen und gut einsehbaren Ort abgestellt werden, weil das Diebe abschreckt. Auch in Fahrradstellräumen empfiehlt es sich, das Fahrrad stets mit einer geeigneten Fahrradsicherung an einen festen Gegenstand anzuschließen. Als Faustregel bei Fahrradschlössern gilt: In ein Schloss sollten zirka zehn Prozent des Fahrradwertes

investiert werden – mindestens aber 40 Euro. Als besonders sicher gelten Bügelschlösser.

Lediglich das Vorder- oder Hinterrad zu blockieren, reicht beim Anschließen eines Rades nicht aus. Das Schloss sollte stets

werden. Fahrradläden tauschen den Hebel auf Wunsch meist kostenlos gegen eine Schraube aus. So ist der Sattel nicht ohne Werkzeug zu klauen.

Viele Händler stellen beim Fahrradkauf einen herstellerseiti-

ne laden. Neben dem Fahrradpass hält die Polizei auch den ebenfalls kostenlosen Aufkleber „Finger weg – Mein Rad ist codiert!“ bereit. Dies schreckt einen möglichen Fahrraddieb ab, indem es signalisiert: Der Eigentümer hat

Wessen Fahrrad nicht über eine individuelle Rahmennummer verfügt, kann sein Rad auch bei der Polizei oder im Fachhandel codieren lassen. Die polizeiliche Kriminalprävention rät: „Auch wenn Ihr Fahrrad über eine Rahmennum-

Wer auf Nummer Sicher gehen möchte, sollte sein Fahrrad versichern. So bekommt man bei Diebstahl den Neupreis des Rades wieder zurück. Hier gibt es zwei Möglichkeiten. Zum einen kann eine spezielle Fahrradversicherung abgeschlossen werden. Das lohnt sich vor allem für sehr teure Räder, da diese Versicherungen ebenfalls teuer sind.

Meistens ist jedoch eine Hausratversicherung die bessere Variante. Viele Policen versichern das Rad gleich mit. Sinnvoll ist es, die Hausratversicherung um einen 24-Stunden-Schutz zu erweitern, der auch dann greift, wenn das Rad außerhalb geschlossener Räume entwendet wird. Zum anderen sollte die Deckungssumme überprüft werden. Sind professionelle Diebe am Werk, hilft auch das beste Schloss nichts. Am Ende ist kein Fahrrad vor Diebstahl sicher. Tritt der Ernstfall ein, sollten das die Opfer sofort der Polizei melden und eine Anzeige gegen Unbekannt erstatten.

Um den Verbleib eines gestohlenen Fahrrades zu ermitteln, benötigt die Polizei alle verfügbaren Kennzeichen, mit denen sich das Fahrrad zweifelsfrei identifizieren lässt, wie die individuelle Rahmennummer sowie die Marke und den Typ des Fahrrades. Hilfreich sind auch individuelle Merkmale wie Sticker, Klingel, Schrammen oder ein Fahrradkorb. Wer sein Rad versichert hat, sollte in einem zweiten Schritt mit der Versicherung in Kontakt treten, die das weitere Vorgehen mit dem Bestohlenen bespricht.

Das bringt das Rad nicht zurück, sorgt aber beim Radausflug für das beruhigende Gefühl, alles Mögliche getan zu haben, falls man dann doch einmal Opfer eines gemeinen Fahrraddiebes werden sollte. *Matthias Römer*



In Sekundenschnelle geknackt: Gegen solche Kneifzangen haben einfache Stahlschlösser keine Chance

Bild: Imago

am Rahmen angebracht werden. Wer auf Nummer sicher gehen will, sollte die Reifen mit einem extra Schloss anketten, denn oft stehlen Diebe nicht nur den Rahmen, sondern auch Reifen oder Sattel. Oft können Sättel mithilfe eines Hebels einfach in der Höhe verstellt werden. Das Problem: so können sie auch schnell gestohlen

gen oder polizeilichen Fahrradpass mit der individuellen Rahmennummer aus. Man sollte sich die Zeit nehmen, diesen auszufüllen und sorgfältig zu verwahren. Wer noch nicht über einen solchen Pass verfügt, kann ihn sich kostenlos auf der Internetseite der Polizeiberater heruntergeladen oder per App auf sein Smartpho-

für eine polizeiliche Sachfahndung vorgesorgt. Weitere Diebstahlschutz-Aufkleber gibt es unter [www.fahrradjaeger.de](http://www.fahrradjaeger.de). Das Start-up-Unternehmen durchsucht permanent das Angebot des Online-Auktionshauses eBay nach geklauten Rädern, die bei den „Fahrradjägern“ im Internet registriert wurden.

mer verfügt, sollten Sie über eine Fahrradcodierung nachdenken. Diese lässt sich anhand der amtlichen Schlüsselzahlen von Fundämtern und Polizeidienststellen leicht entschlüsseln. Selbst wenn das Fahrrad nicht in der Sachfahndung notiert ist, führt die Codierung zumindest zur Wohnanschrift des Eigentümers.“

## Der Skandalfilm

Vor 100 Jahren erhitzte ein deutscher Stummfilm die Gemüter

Deutschland 1919. In unzähligen Kinosälen kam es im Sommer zu tumultartigen Zuständen. Der Hass auf den ersten deutschen Film überhaupt, der sich mit dem Thema Homosexualität auseinandersetzt, war unermesslich. Es war die Zeit, in der ein Gesetzes-Paragraf stigmatisierte, seit 1872 standen laut Paragraf 175 „sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts“ unter Strafe.

lek (Reinhold Schünzel) aufgrund des Paragrafen 175 erpresst. Bollek bricht in Körners Wohnung ein, der zeigt ihm daraufhin an, und Bollek kontert frech mit einer Anzeige, indem er sich auf besagten Paragrafen 175 beruft.

Erklärende Zwischentitel des wissenschaftlichen Beraters des Films, des damals führenden Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld, werden häufig eingeblendet. Doch umsonst: Die ge-

Die Reaktionen divergierten ohne Mittelmaß, reichten von blankem Entsetzen und Abscheu mit Randalen im Kinosaal bis zu großer Dankbarkeit, die vor allem in unzähligen Briefen von Betroffenen und deren Angehörigen an den aus Kolberg stammenden Sanitätsrat Hirschfeld zum Ausdruck kam.

Der hausgemachte Skandal überlagerte zunehmend die positiven Wirkungen des Films, die immer mehr in den Hintergrund rückten. Dann verschärfte sich die Lage noch einmal durch das aufgeheizte politische Klima und den zunehmenden Antisemitismus, denn Hirschfeld und Oswald waren jüdischer Herkunft, ebenso wie Schünzels Mutter Dorothea geborene Israel.

In der Folge beschränkte sich der „Feldzug“ der aufgebrachtten Gegner auf Hirschfeld und Oswald, die Stars verschonte man mehr oder weniger, obwohl Veidt durch seine erste Ehefrau Gussy Holl mit Kurt Tucholsky befreundet war. Insbesondere Hirschfeld wurde zur persona non grata, bekam den meisten Hass zu spüren und wurde am 4. Oktober 1920 in München von aufgebrachtten Filmgegnern äußerst brutal zusammengeschlagen. Zehn Tage später wurde der Film verboten.

Im Jahr 2006 wurde das lange verschollene Filmfragment schließlich vom Filmmuseum München als rekonstruierte und mit Standfotos ergänzte 51-minütige Fassung auf DVD veröffentlicht. *Bettina Müller*



War „Anders als die anderen“: Körner (Conrad Veidt, M.) Bild: pa

Mit seinen „Aufklärungsfilmern“ und „Sozialhygienischen Filmwerken“ wollte der Regisseur Richard Oswald bei den ehemaligen kaiserlichen Untertanen Toleranz wecken. In dem Stummfilm „Anders als die Andern“ verliebt sich Paul Körner (Conrad Veidt) als Geigenvirtuose und Musiklehrer in seinen Schüler Paul Sivers (Fritz Schulz) und wird daraufhin von dem zwielichtigen Franz Bol-

sellschaftliche Schmähung treibt Körner in den Selbstmord, und da liegt er nun als fleischgewordene Mahnung an die Menschheit.

Am 25. Mai 1919 wurde der Film in einer Sonderaufführung für die Presse im Berliner Apollotheater gezeigt, fünf Tage später lief er offiziell im Prinz-Regent-Theater an. Es vergingen keine sechs Wochen, dann brach ein Sturm des Hasses über die Filmfah-

## Haarige Sache

Jesus nur mit Bart – In Erl finden wieder die Passionsspiele statt

Es muss wohl wieder Passionsspielzeit sein. Warum sonst werden den Bewohnern des kleinen Ortes Erl die Haare immer länger? Und warum sonst lassen sich die Männer die Bärte nicht mehr schneiden?

2019 ist wieder das Jahr der Passionsspiele in Erl. Alle sechs Jahre bringen die Einwohner der bei Kufstein an der deutschen Grenze gelegenen Tiroler Gemeinde die traditionsreiche Passion auf die Bühne. 500 Laiendarsteller (man beachte – das ist ein Drittel der Einwohner des Ortes) sind mit vollem Einsatz dabei, eine jahrhundertealte Tradition am Leben zu erhalten.

Zurückzuführen sind die Passionsspiele auf ein Gelübde der Erlener Bevölkerung im Jahr 1613. Aus Dankbarkeit für Gottes Schutz und Hilfe vor Krankheit, Pest und Kriegsgefahr spielen die Erlener seit über 400 Jahren mit einem unglaublichen Engagement ihre Passion. Für 2019 finden gerade die Generalproben statt. Denn schon am 26. Mai findet die Premiere im ältesten Passionspielort im deutschsprachigen Raum statt. Bis zum 5. Oktober sollen noch 32 Aufführungen folgen, die jeweils sonnabends und sonntags von 13 bis 16 Uhr die Leidensgeschichte von Jesus Christus in Szene setzen.

Die ausgeprägte Szenengestaltung des Kreuzweges, eine eigens komponierte Passionsmusik von Wolfram Wagner, live präsentiert von Chor und Orchester, ein aktueller und moderner Text

sowie ein stimmungsreiches Lichtdesign zeichnen die Erlener Passionsspiele aus. Gespielt wird im Passionsspielhaus, das mit seiner einzigartigen Architektur und Akustik zu einem besonderen Juwel des Dorfes geworden ist.

Inmitten grüner Wiesen erhebt sich das imposante Gebäude, das eigens für die Passionsspiele errichtet wurde. Sein äußeres Erscheinungsbild passt zur zeit-

einen kulturellen Hochgenuss inmitten der Tiroler Bergwelt freuen. Eintrittskarten von 27 Euro bis 39 Euro sind erhältlich über die Internetseite [www.passionsspiele.at](http://www.passionsspiele.at).

Die Passionsspiele in Erl sollten im Übrigen nicht verwechselt werden mit einem anderen Festivalformat, das im Sommer im Juli und August sowie im Winter um die Neujahrszeit ein internationa-



Jesus ruft zum Abendmahl: Szene aus dem Erlener Passionsspiel

gemäßen Inszenierung des Regisseurs Markus Plattner. Der bibel-feste Text von Felix Mitterer soll dabei in stimmungsreichen Bildern zur Aufführung kommen.

1500 Besucher können pro Vorstellung in den ansteigenden Sitzreihen der Aufführung folgen. Ausländische Besucher, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, können die Handlung dabei dank englischer Übertitel verfolgen. Interessierte dürfen sich auf

les Publikum in den kleinen Ort lockt. Die Tiroler Festspiele Erl präsentieren seit 1998 klassische Konzerte und Opern. Sie sind im Vorjahr in die Schlagzeilen gekommen, nachdem gegen den Intendanten Gustav Kuhn Missbrauchsvorwürfe bekannt wurden. Durch ähnliche Skandale haben die Passionsspiele bislang nicht von sich Reden gemacht. Jesus hält den Segen über die Veranstaltung. *H. Tews*

## Theo Waigel – Mitgestalter der deutschen Vereinigung

Es ist durchaus verständlich, dass Politiker ein positives Bild von sich hinterlassen und ihr Leben als wichtig erachten möchten, um zugleich Fehler zu minimieren. Diesen Versuchungen hat Theo Waigel als Autor zu einem recht großen Teil widerstanden. Als Kriegskind wurde er von der damaligen Zeit geprägt, nüchtern schildert er sein Jura-Studium, die Promotion sowie seine Assessorzeit. Ihm war bewusst, dass die Politik fester Bestandteil seines Lebens sein würde.

Bald wurde er Landesvorsitzender der „Jungen Union“, 1972 zog er in den Bundestag ein. Zur neuen SPD/FDP-Bundesregierung stellt er selbstkritisch fest, man habe die Wähler nicht mit überzeugenden Ideen gewinnen können. Waigel wurde Leiter der CSU-Grundsatzkommission: Er forderte, Politik solle moralisch werden, wichtig seien der Schutz der Familie, ein Festhalten an der Gemeinschaft (gerade der Kirchen) und die Schaffung einer inneren Heimat.

Viele Seiten widmet der Verfasser dem Trennungsbefehl von Kreuth; überaus glaubhaft schildert er seinen Widerstand gegen die Absicht von Strauß, notfalls die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu verlassen. Schon damals traten Waigels Prinzipienfestigkeit und sein Durchsetzungsvermögen deutlich hervor, wenn gleich diese ihm anfangs nur Nachteile brachten. Nach dem Tod von Strauß wurde Waigel mit 98 Prozent der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. In seiner Rede trat er für die Einheit von

CSU und CDU sowie das Wiedervereinigungsgebot Deutschlands ein und sah die CSU als Europapartei der ersten Stunde. Offen schildert er die Intrigen Edmund Stoibers gegen ihn, wobei die einstige Trennung von seiner Frau und seine Beziehung für eine Freundin (und späteren-Ehefrau) zu einer Schmutzkampagne erhalten musste. Waigel räumt ein, er hätte sein Privatleben schon früher offen legen sollen. Viele warme Worte spiegeln seine tiefe

### Ein Moralist im Politikbetrieb

Liebe zur Heimat wider, zu den Orten seiner Vorfahren, seinem eigenen Bauernhof und die dortige Kirche. Es fällt auf, dass von Deutschland kaum die Rede ist.

Als der Politiker im September 1989 die offene deutsche Frage auf der Tagesordnung der Weltpolitik sah, wurde er sogar von CSU-Kreisen beschimpft. Doch seine Äußerungen „Im April 89 wagte noch niemand, von der Wiedervereinigung zu träumen“ und „Was dann wirklich geschah, konnte niemand vorhersagen“ verraten nur geringen Spürsinn. Sie sind auch objektiv falsch: Er hätte nur einen Blick auf die vorliegenden BND-Informationen werfen müssen. Offenbar gehörte Waigel ebenfalls zu den vielen westdeutschen Politikern, die in ihrer Selbstüberschätzung glaubten, besser informiert zu sein als der eigene Nachrichtendienst.

Das Waigel zugeschriebene

Wort, die deutsche Einheit „bezahlen wir aus der Portokasse“ sucht der Leser vergeblich. Über den DDR-Finanzminister hätte man bei den vielen Verhandlungen gern mehr gewusst. Gleiches gilt in diesem Rahmen für Margaret Thatcher mit ihrer Ablehnung der Wiedervereinigung, was der Autor unbedingt hätte darlegen müssen statt eines nichtssagenden Wortwechsels mit ihr.

Jedenfalls war die Ausgabe der D-Mark in der DDR wirklich eine logistische Meisterleistung von Waigel. Die Treuhand beurteilt er positiv, räumt aber auch viele Fehler ein. Im Herbst 1989 wurde der Verfasser Bundesfinanzminister mit der schweren finanzpolitischen Bewältigung der Einheit. Es folgten Bedrohungen von RAF-Terroristen. Die Sicherheitsbehörden setzten ihn auf Gefährdungstufe I.

Bei Verhandlungen in Moskau über Gesamt-Deutschland war es Waigel, der überdeutlich betonte, Bonner Kredite seien nicht unbegrenzt. Nach seiner Auffassung sollten Kredite nur bei einer Rückzahlungsgarantie erfolgen, an die er bei den Russen nicht glaubte. Dennoch bewilligte er Kredite: Mit sehr klugem Weitblick erkannte er das Schicksal der Politik Gorbatschows

(und erhielt den Kredit zurück). Als er am 3. Oktober 1990 bei den Einigungsfeierlichkeiten den ersten völkerrechtlichen Vertrag des souveränen Deutschland unterzeichnete, schrieb er; „Es war ein bewegender Augenblick in meinem Leben.“ Unter einem Vorwand erlebte er Ostpreußen und Königsberg. Am Grabmal Immanuel Kants zu stehen, bewegte ihn sehr.

Sein Beitrag zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung gehört zu Recht zu den Meilensteinen seines Lebens. Dass er oft um die Stabilität der D-Mark kämpfen musste, gibt er zu. Der Name „Euro“ stammt von Theo Waigel. Sein Vorschlag wurde einstimmig angenommen!

Als politisches Vermächtnis rät er seiner Partei zu „mehr Mut für die Themen der Zukunft“. Aufgabe der Politik sollte sein, Zuversicht zu vermitteln und den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen. Worte mit großem Weitblick, die man mehr denn je unterstreichen kann.

F.-W. Schломann



**Theo Waigel: „Ehrlichkeit ist eine Währung. Erinnerungen“**, Econ-Verlag, Berlin 2019, gebunden, 352 Seiten, 24 Euro

## Alfred Ballin als Mensch

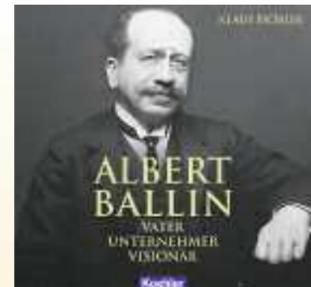
Schon der Untertitel lässt erkennen, dass dieses Buch unter den zahlreichen Werken über Alfred Ballin aus dem Rahmen fällt: „Vater, Unternehmer, Visionär“ statt der üblichen Vokabeln wie „des Kaisers Reeder“, „Freund des Kaisers“ oder „Manager des Kaiserreichs“. Klaus Eichler, Filmemacher mit dem Themenschwerpunkt Schifffahrt, stellt nicht den Unternehmer, sondern den Menschen Alfred Ballin in den Vordergrund.

Grundlage der Darstellung sind Gegenstände und Selbstzeugnisse aus dem Nachlass Ballins, deren Auffinden 100 Jahre nach dem Tod des Protagonisten durchaus als Sensation bezeichnet werden darf. Heinz Hueber, ein Urenkel Ballins, verwahrte auf dem Dachboden seines Bauernhauses in Oberösterreich alte Kisten, die in Vergessenheit geraten waren. Als er sie öffnete, tat sich eine längst vergangene Welt auf. Denn darin fanden sich hunderte Briefe, Dokumente und Fotografien aus dem privaten und geschäftlichen Leben des Alfred Ballin. Diese zahlreichen Originaldokumente, eingeordnet in die historischen Begebenheiten,

zeigen im vorliegenden Werk das Leben und die Welt des charaktervollen Großreeders als Vater, Unternehmer und Visionär – ganz persönlich und nah – und verschaffen dem Leser Zugang zu dessen Gedanken und Absichten.

Die Literatur über Ballin sowie die von ihm geschaffenen und geführten Unternehmen ist nahezu unüberschaubar, sodass es an reinen Fakten kaum etwas nachzutragen gibt. Auch das vorliegende Werk erzählt die Geschichte vom Aufstieg des Mannes aus einfachen Verhältnissen in Zeiten des enormen, nicht zuletzt von ihm selbst betriebenen technologischen Umbruchs. Der Fokus dabei liegt jedoch stets auf dem Menschen Ballin. Nicht nur dieser ganz andere Zugang zu seiner Person macht dieses Buch besonders lesenswert, sondern auch die überreiche Fülle an bisher unveröffentlichten Fotos, Briefen und sonstigen Abbildungen. Wer sich für Ballin, die HAPAG oder überhaupt für die Geschichte der deutschen Seeschifffahrt um die Jahrhundertwende interessiert, wird es mit großem Gewinn lesen, es ist für ihn geradezu Pflichtlektüre.

Jan Heitmann



**Klaus Eichler: „Albert Ballin. Vater, Unternehmer, Visionär“**, Koehler Verlag, Hamburg 2018, gebunden, 192 Seiten, 29,95 Euro

## Ferdinand Knauß zieht eine düstere Bilanz der Ära Merkel

Ferdinand Knauß' Buch „Merkel am Ende“ ist ein kluges und weitsichtiges Buch, in dem der Autor schreibt: „Die Agonie des Systems Merkel mag sich noch eine Weile hinziehen. Doch sein nahes Ende ist vorbestimmt“, weil ihm „die Vereinbarkeit mit der Wirklichkeit fehlt“. Dabei hatte die „New York Times“ die deutsche Kanzlerin zur „letzten Verteidigerin des liberalen Westens“ erklärt. Obgleich Ex-Präsident Barack Obama sagte „sie ist nun ganz allein“, habe Merkel sich „als Opfer für das Wohl des Westens“ zur Wiederwahl gestellt. Merkel habe sich als Ikone europäischer Gemeinsamkeit, des Multilateralismus und der liberalen Weltordnung gegeben, obgleich Henry Kissinger über sie sagte

„she's not a transcendent figure“ (Sie ist keine überragende Figur). Unter Merkels Führung seien die Tugenden des Zusammenhalts und der Loyalität zu „Verantwortungscheu, Machtanbetung und politischer Denkfaulheit“ degeneriert.

Das Buch ist in vier Kapitel unterteilt, die lauten: „Die Fesseln merkelscher Macht“, „Die Bilanz – Deutschland nach 13 Jahren Merkel“, „Die unpolitische Politikerin – Warum Merkel in Deutschland (noch) regiert“ und „Warum Merkel nicht mehr in unsere Zeit passt“.

Merkel habe eines perfektioniert: eine „unpolitische Politik“. Es gebe in ihrer Laufbahn kein konstantes Ziel, nichts, wofür sie stehe. Nach der „Farce eines Aufstands“ 2015 habe sie im Juni 2018

ein taktisches Meisterstück geliefert. Sie habe die CSU-Bundestagsmitglieder eingeladen und das alte „Divide et impera“ praktiziert. 1999 habe sie der CDU zugerufen, „die Partei muss laufen lernen!“ Doch diese warf sich der neuen Chefin „noch untätiger zu Füßen als zuvor Kohl“. Im zweiten Kapitel lässt Knauß 13 Jahre Merkel Revue passieren. Knauß kommt zu dem Schluss, dass Merkel danach stark angeschlagen war: „Der politische Disruptor ist die AfD“, die nicht aus einem dunklen Orkus von „Hass“ und „Hetze“ gekrochen sei. Die Alternative für Deutschland konterkariere die von Merkel behauptete Alternativlosigkeit.

Das dritte Kapitel lässt sich anhand der Zwischenüberschriften

ablesen und zeigt die Dramatik der Politik Merkels. Sie beginnt mit „die Antifa verteidigt Merkel“, dann folgt „die Kanzlerin des Nichts“, geht weiter über die „schiefe Ebene des Parteiensystems“ und den „Willen zur Macht“ und die „geistig-moralische Wende? Abgesagt“, es geht weiter mit der „Selbstentleerung der CDU“, und mit „Merkel – die unpolitische Politikerin“, sodann wirft der Autor die Frage auf: „Was tut Merkel?“ und endet mit „die Illusion vom Ende der Geschichte“. Die universalistischen, postpolitischen Linien propagierten das Dogma: „Nichts Trennendes existiert unter Menschen, kein wir gegen sie, das nicht durch Dialog zu einem dadurch erzielten rationalen Konsens aus der Welt zu schaffen wäre.“ Das

sei eine kosmopolitische Illusion, der Merkel anhängt.

So geht das letzte Kapitel auch der Frage nach, warum Merkel nicht in unsere Zeit passt, als Multilateralistin im Alleingang. Globalisierung heiße schließlich auch: „Es wird enger auf der Welt.“ Doch überall, wo es eng wird, steigt der Druck eines Tages komme die „Rückkehr des Politischen“ und das Ende der Illu-

sionen sei das Ende des Merkellismus. Die CDU sei gut beraten, den „schützenden Staat“ wieder aufzurichten.

Wolfgang Thüne



**Ferdinand Knauß: „Merkel am Ende. Warum die Methode Angela Merkels nicht mehr in unsere Zeit passt“**, Finanzbuch-Verlag; München 2018, 220 Seiten, 19,99 Euro

## Unaufdringliche Lebenshilfen

Der Bestsellerautor John Strelecky wurde mit seinem Erstlingswerk „Das Café am Rande der Welt“ nicht nur in Deutschland bekannt. Seine Bücher enthalten unaufdringliche Lebenshilfen. Was will ich wirklich? Wie kann ich mein Leben aus einer anderen Perspektive betrachten? Was stört mich, was kann ich ändern? Fragen dieser Art treiben den fast 50-jährigen an.

So auch in seinem neuesten Buch „Folge dem Rat deines Herzens und du wirst bei dir selbst ankommen“. Darin sind neben den unterstreichenden bunten Illustrationen von Root Leeb kurze Texte zum Titelthema enthalten, die der Leser unabhängig voneinander und in einer beliebigen Reihenfolge konsumieren kann. Kurzweilige Episoden sind leicht erzählt und bieten doch die Möglichkeit, sich intensiv mit dem ti-

telgebenden Thema auseinanderzusetzen. Einige Texte umfassen mehrere Seiten des kleinformatigen Buches, andere gerade einmal einen kurzen Satz beziehungsweise eine Frage. Dabei erscheint der Autor nie wie der alleswissende Heilsbringer oder Guru, sondern er erzählt Geschichten, Gedanken und Erlebnisse, die ihm selbst geholfen haben oder daran erinnern, was er selbst möchte und braucht.

Dieses in der Art eines Notizheftes gehaltene Buch ist schön gestaltet. Das



**John Strelecky: „Folge dem Rat deines Herzens und du wirst bei dir selbst ankommen“**, dtv Verlag, München 2018, gebunden, 141 Seiten, 14 Euro

Schriftbild ist großzügig angelegt, die farbigen Illustrationen passend dazu gestaltet, ein grünes Lesebändchen ist bei 129 Seiten zwar kein Muss, aber ein nettes Accessoire. Im Anschluss ist Platz für eigene Geschichten und Gedanken.

Christiane Rinser-Schrot

## Wagner für Kinder

Richard Wagners Musik Kindern nahezubringen ist kein leichtes Unterfangen. Mit der Hörspielfassung „Richard Wagner: Der Ring des Nibelungen für kleine Hörer“ könnte es gelingen, den Kleinen die wohl komplexeste Musik der Opernwelt zu vermitteln. Sicher werden Kinder hier von der ersten Sekunde an aufmerksam zuhören. Schauspieler wie Natalja Joselewitsch, Luca Zamperoni, Antje Hamer, Jana Rahma, Christian Bergmann, Andrea zum Felde oder Frank Logemann sprechen auf eindringliche Art ihre Dialoge. Der Opernsänger und Schauspieler Michael Seeboth führt als Erzähler durch die Handlung.

Die aufrüttelnde Musik, dramaturgisch geschickt platziert und nicht aufdringlich, fasziniert kleine, aber auch erwachsene Hörer gleichermaßen. Die spannende Geschichte um das Gold im Rhein,

die Rheintöchter, den Nibelungenzwerg Alberich, die Riesen Fasolt und Fafner, Göttervater Wotan, Göttin Freia und alle anderen Agierende der Sage sind mitreißend erzählt. Kinder lernen auf unangestregte Weise die Zusammenhänge dieses vierteiligen Opernzyklus immer im Zusammenhang mit der Musik, an die sie sich aufgrund der spannenden Geschichten ein Leben lang

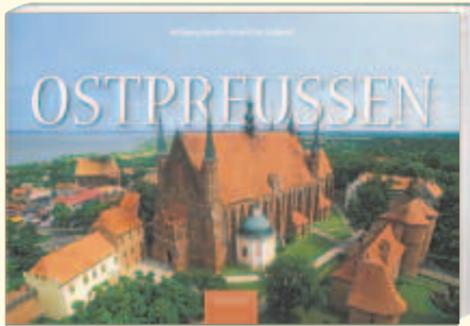
immer wieder erinnern werden. Jeder CD liegt ein Heftchen mit ausführlicher Textbeschreibung bei. Die Gesamtausgabe enthält neben dem vierteiligen Zyklus „Ring des Nibelungen“ auch „Parsifal“ und „Der fliegende Holländer“.

Spannend aufgemachte, leicht verdauliche große Kunst. Mit Sicherheit für Kinder zu empfehlen.

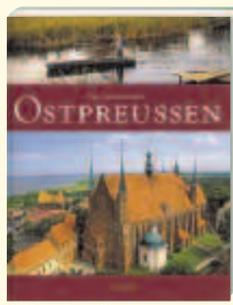
Silvia Friedrich



**Bert Alexander Petzold (Hg.): „Richard Wagner. Das Rheingold (Teil I): Der Ring des Nibelungen für kleine Hörer“**, Die Zeit-Edition, Amor Verlag, Hamburg 2019, CD mit Booklet, Laufzeit 73 Minuten, 15,99 Euro

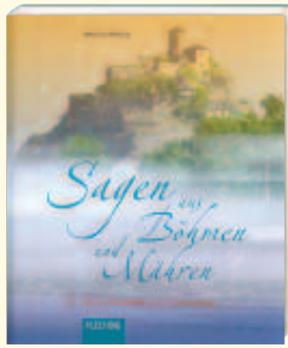


Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen - Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen wie es heute ist.
Nr. P 542016 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €

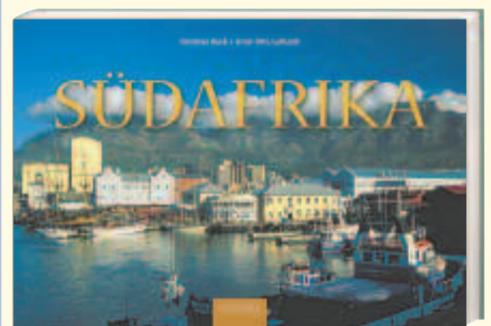


Wolfgang Korall/
Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
117 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575725 9,95 €

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte - nebst Ostseeküste - birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg - das heute russische Kaliningrad - oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.



Sagen aus Böhmen und Mähren
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575690 Gebunden 7,95 €



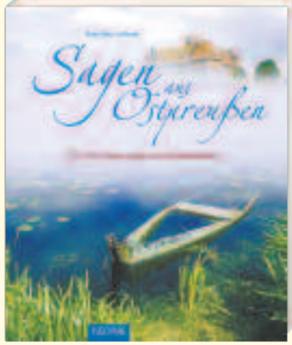
Christian Heeb (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Südafrika - Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 270 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Südafrika, dieses faszinierende Land.
Nr. P 575697 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



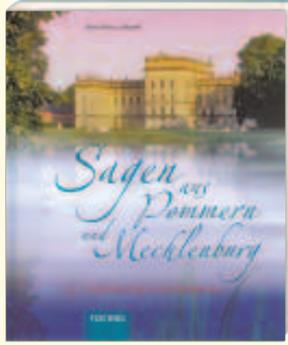
Martin Kakies
Königsberg in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Königsberg
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1400 12,95 €



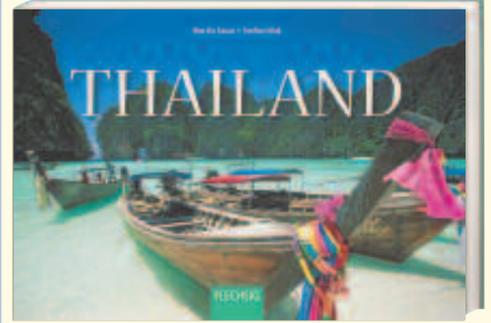
Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Ostpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1408 12,95 €



Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575584 Gebunden 7,95 €



Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575691 Gebunden 7,95 €



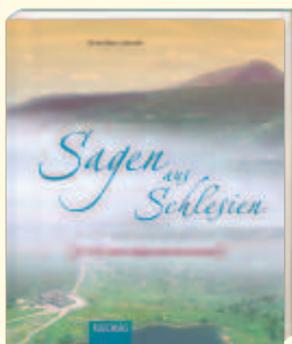
Martin Sasse (Fotograf)/Stefan Nink (Autor)
Thailand - Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 242 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Thailand mit seinen fantastischen Sehenswürdigkeiten.
Nr. P 575014 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



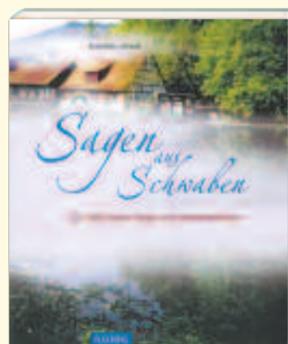
Schlesien in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten
Nr. P 4407 12,95 €



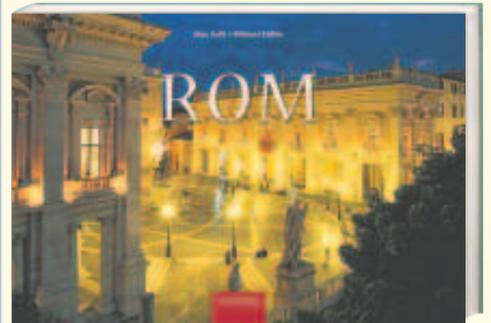
Prof. Dr. Ernst Birke
Das Riesengebirge in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4404 12,95 €



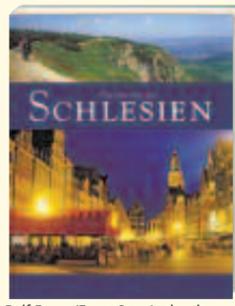
Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575624 Gebunden 7,95 €



Sagen aus Schwaben
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 S.
Nr. P 575585 Gebunden 7,95 €

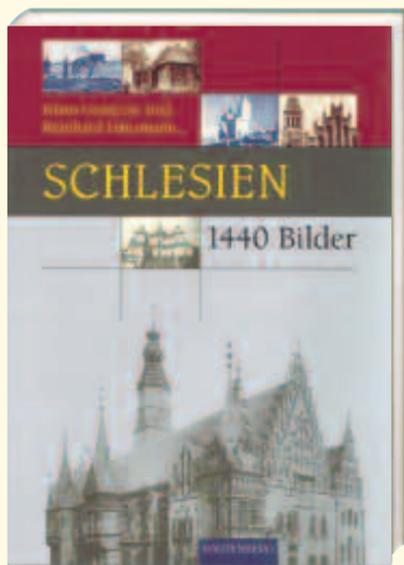


Max Galli (Fotograf)/Michael Kühler (Autor)
Rom - Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 243 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Rom, die fantastische Stadt am Tiber.
Nr. P 542017 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Schlesien
111 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575727 9,95 €

Schlesien, das „zehnfach interessante Land“, wie schon Goethe erkannte, verzaubert durch seine reichen Kunst- und Kulturdenkmäler in einer romantischen Landschaft, die schon Joseph von Eichendorff besang und die durch die Sagenfigur des Rübezahl berühmt geworden ist. Mächtige Burgen und Ruinen, die Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer, alte Städte und pittoreske Dörfer laden zu faszinierenden Entdeckungen von den Wald- und Heidelandschaften im Westen bis zum sagenumwobenen Riesengebirge, von Breslau bis zum Vorgebirge der Karpaten. Dies und viele weitere Facetten des Landes zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien dieses Bildbandes.

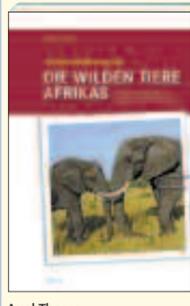


Klaus Granzow und Reinhard Hausmann (640 Seiten)
Schlesien in 1440 Bildern
Goethe nannte Schlesien - „ein zehnfach interessantes Land“ - und schrieb, dass es sich alleine wegen der Domsinel und ihrer Kunstwerke lohne, von Frankfurt zu Fuß nach Breslau zu gehen. Wer heute Schlesien - wie es war - noch einmal entdecken will, der wandere in diesem Band noch einmal von Seite zu Seite und von Bild zu Bild. Er wird erfahren, dass Schlesien nicht nur ein zehnfach interessantes Land ist, sondern sich in vielfältigen Formen der Schönheit darstellt. Jeder wird dabei „seinem Schlesien“; begegnen, denn jeder bewahrt ein anderes Bild seiner Heimat. Über 1400 Bilder wurden ausgewählt, so dass auf jeden Stadt- und jeden Landkreis viele Bilder entfallen. Im Textteil werden die einzelnen Landkreise und Städte mit ihren geographischen Grundlagen und geschichtlichen Ereignissen vorgestellt. Das Buch ist ein Zeugnis der schlesischen Landschaft mit ihren Städten, Dörfern, Kirchen und Gebirgen.
Nr. P 4001 Gebunden mit Schutzumschlag 69,95 €



L. Studenroth/W. Kraska
Meine Reise nach Masuren
Oma Lucie erzählt von ihren Kinder- und Jugendjahren in Ostpreußen 272 Seiten
Nr. P 533177 16,95 €

Wenn Oma Lucie, eine über 90-jährige Ostpreußin, erzählt, erwachen augenblicklich Bilder aus längst vergangenen Tagen zu neuem buntem Leben. Rührend schöne Erinnerungen an ein Kinderparadies werden greifbar, aber genauso die Widersprüche des Erwachsenwerdens in einem totalitären Staat sowie die unbarmherzigen Grausamkeiten des Kriegsendes. Zusammen mit ihrem Neffen Wolfgang hat sie ihre Erinnerungen zu einer Art Reisebericht zusammengestellt. Die Reise führt zurück in ein untergegangenes Land, in dem die kleine Lucie zunächst eine traumhaft schöne Kindheit in Radostowen im Landkreis Ortelburg verlebte. Später siedelt die Familie in die Allensteiner Gegend um. Je erwachsener Lucie wird, umso mehr erkennt sie die harten Zwänge der Wirklichkeit, bis sie mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen muss.



Axel Thorer
Liebeserklärung an die wilden Tiere Afrikas
Format 13,5 x 20,5 cm,
Flexible Klappenbroschur,
224 Seiten
Nr. P 534759 12,99 €

Erlebnisse und Geschichten eines Wildhüters zwischen Namibia und Simbabwe, Botswana und Südafrika. Der bekannte Autor Axel Thorer, in Tanga (Tanganjika/Tansania) geboren, ist ausgebildeter Wildhüter, hat Afrika jahrelang im Dienst, auf Expeditionen, bei Safaris und als Einzelreisender durchstreift, häufig zu Fuß, und hat die Veränderungen der Tierwelt aus erster Hand beobachten können. Seine Erlebnisse waren stets ein Aufeinandertreffen „von Angesicht zu Angesicht, Aug’ in Aug’“ - immer spannend, häufig heiter, oft unerwartet, manchmal gefährlich, ganz nebenbei lehrreich, aber in einigen Fällen auch unvermeidbar tragisch. Einige dieser sehr persönlichen Begegnungen beschreibt Axel Thorer in diesem Buch und der Leser lernt die Tierwelt Afrikas plötzlich von einer ganz anderen Seite kennen - und lieben.



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
30 S/W-Abbildungen. 320 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533144 14,95 €

In Begleitung von Alexander-Pascal Graf von Bellenhaus hat Christian Graf von Krockow Ostpreußen in den Achtziger Jahren zu den verschiedenen Jahreszeiten besucht und Vergangenes hinter Gegenwärtigem aufgespürt. In seinem persönlichen Erzählen wird die Schönheiten der Landschaft, werden Menschen, Städte und Dörfer greifbar. Er berichtet von der Geschichte des Landes und beschreibt die beinahe versunkene Welt Ostpreußens. Der eindrucksvolle Text lädt ein zum Wiedersehen und Kennenlernen dieses herrlichen Landstrichs. Dr. phil. Dr. h.c. Christian Graf von Krockow, geboren am 26. Mai 1927 in Hinterpommern, wurde 1961 Professor für Politikwissenschaft. Ab 1969 arbeitete er als freier Wissenschaftler und Schriftsteller.



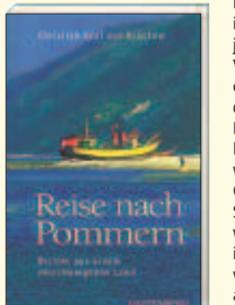
Jürgen Lehmann
Kindertage in Königsberg
24 S/W-Abb. 224 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533178 16,95 €

Jürgen Lehmann entführt den Leser in die Zeit einer längst vergessen geglaubten, unbeschwerten Jugend im bescheidenen Ostpreußen. 1930 geboren, verbrachte er die unbekümmerte Zeit seiner frühesten Kindheit im idyllischen Juditten. Von den politischen Ereignissen im Deutschen Reich weit entfernt, erinnert sich Jürgen Lehmann an Blaubeeren und Milchsuppen, strenge Lehrer und herzliche Großeltern. Um die Zeit des Kriegsbeginns zog die Familie um nach Mühlenhof, ein Stadteil im Süden von Königsberg. Zunehmend werden die kindlichen Erlebnisse des Jungen an Chorgesänge und Nachmittage im Garten überschattet von den Pflichten, die die Mitgliedschaft im Jungvolk und die immer näher rückende Kriegsfrente mit sich brachten. Im letzten Kriegssommer zieht Jürgen als Vierzehnjähriger mit seinen Kameraden zum Grabenbau am Ostwall aus. Als er zurückkommt, ist nichts mehr, wie es war.



Georg Schwikart
Liebeserklärung an Rom
Format 13,5 x 20,5 cm,
Flexible Klappenbroschur,
224 Seiten
Nr. P 534753 12,99 €

Die kurzen Essays möchten die Leserinnen und Leser mit dem Rom-Virus infizieren: Einmal angesteckt, lässt einen diese Stadt nicht mehr los. Diese Liebeserklärung wirft Schlaglichter auf billige Quartiere und teure Herbergen, auf das Wetter, die Oper, den Verkehr und die Treppen der Ewigen Stadt. Spaziergänge führen durch römische Gärten und das EUR-Viertel, durch Museen und zu besonderen Orten, die einst mystische Kraft besaßen und heute touristisch ausgebeutet werden. Das Gesamtkunstwerk Rom ist ein Mosaik aus Antike und pulsierender Gegenwart, aus Erotik und Faschismus, Chic und Kitsch, Frömmigkeit und Kriminalität. Schon Seneca, ein römischer Philosoph des Altertums, schrieb einen Besteller über das „Glückselige Leben“, und auch heute folgt man in Rom der Weisung des Horaz: Carpe diem - pflücke den Tag!



Christian Graf von Krockow
Reise nach Pommern
Bericht aus einem verschwiegenen Land
35 S/W-Abbildungen. 278 S.
Nr. P 533146 14,95 €

Im Sommer 1984 reiste der Autor in seine Heimat Pommern, in der jahrhundertlang Generationen seiner Vorfahren lebten. In dem persönlichen Bericht werden die Geschichte, die Natur und die Menschen dieses Landstrichs greifbar. Die erzählerische Reise in die Vergangenheit zeigt uns, wie die Welt dort einmal war. Das Gutshaus der Grafen von Krockow, Städte und Dörfer, knorrige, liebenswerte und kauzige Gestalten erstehen in der Phantasie des Lesers. Neben der vielfältigen Erinnerungen ist der Text auch ein Beitrag zur Aussöhnung von Deutschen und Polen, ein Zeugnis der Geschichte, das bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat. Ab 1969 arbeitete der Autor als freier Wissenschaftler und Schriftsteller und wurde mehrfach ausgezeichnet. Er verstarb am 17. März 2002 in Hamburg.



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Table with 4 columns: Anzahl, Bestell-Nr., Titel, Preis €

Form with fields: Vorname, Name, Straße/Nr., Telefon, PLZ/Ort, Datum, Unterschrift

## MELDUNGEN

Zum Teil geheim  
verhandelt

Berlin – Entgegen bisherigen Be-  
teuerungen musste das Auswärtige  
Amt einräumen, dass der um-  
strittene UN-Migrationspakt in  
Teilen unter Ausschluss der Öff-  
fentlichkeit ausgehandelt wurde.  
Dies ergab eine Anfrage des „Ta-  
gesspiegel“, die dieser mit Beru-  
fung auf das Informationsfrei-  
heitsgesetz gestellt hatte. Noch im  
Februar hieß es in der Antwort  
auf eine AfD-Anfrage noch ohne  
Einschränkung, die Öffentlichkeit  
hätte die Verhandlungen vor Ort  
verfolgen können. H.H.

Länder sollen  
stärker werden

Karlsruhe – Der frühere Präsident  
des Bundesverfassungsgerichts  
Hans-Jürgen Papier hat davor ge-  
warnt, „dass sich die bundesstaat-  
liche Ordnung allmählich auf-  
löst“. Der Bund mische sich im-  
mer mehr in Länderbelange ein.  
Die Länder machten das aus fi-  
nanziellen Gründen mit. Papier  
fordert daher, die Länder an der  
Umsatzsteuer stärker zu betei-  
ligen, damit sie ihre Aufgaben ohne  
den Bund stemmen können. H.H.

## ZUR PERSON

Streitbare  
Islamforscherin

Prof. **Susanne Schröter** vom  
Frankfurter Forschungszentrum  
Globaler Islam ist eine streitbare  
Frau. Sie ist schon öfters mit ihren  
nicht immer islamkonformen  
Sichtweisen angeeckt, vielen deut-  
schen Politikern hat sie ein man-  
gelndes Problembewusstsein hin-  
sichtlich des politischen Islam vor-  
geworfen. Der politische Islam sei  
„in politische Kategorien übersetzt  
nichts anderes als Rechtsextremis-  
mus“. Der aber werde in  
Deutschland sehr genau beobach-  
tet, meint sie. Man rede bei der  
Kopftuch-Debatte „nicht über die  
kopftuchtragende Frau, sondern  
über ein System“.

Auch zu anderen Themen er-  
laubt sich die 1957 geborene Eth-  
nologin eine eigene Meinung. So  
kritisierte sie vor dem Hintergrund  
der Ereignisse in der Kölner Silve-  
sternacht 2015 beim Gender-Di-  
kurs einen mangelnden Praxisbe-  
zug, der beim Umgang mit Musli-  
men „nur den Anti-Rassismus-Kurs  
addiert“. Der Geschlechterfor-  
schung sei hier „der Bezug zur ge-  
sellschaftlichen  
Wirklichkeit ver-  
lorengegangen“.

Kürzlich hatte  
sie das Thema  
Kopftuch anläs-  
slich einer Aus-  
stellung  
im  
Frankfurter Museum für Ange-  
wandte Kunst über „Contemporary  
Muslim Fashions“ sozusagen als  
Begleitprogramm auf die Agenda  
der Frankfurter Goethe-Universität  
gesetzt und dazu unter der Über-  
schrift „Das islamische Kopftuch.  
Symbol der Würde oder der Unter-  
drückung?“ ranghohe Experten zu  
einem Forum eingeladen. Schon im  
Vorfeld der Veranstaltung gab es  
wüste Beschimpfungen und Dro-  
hungen gegen die Wissenschaftle-  
rin. In ihrem Vortrag sagte sie, dass  
vor allem aus salafistischen Kreisen  
immer mehr Kinderkopftuch-Kam-  
pagnen kämen. In Schulen würden  
Mädchen gemobbt, die kein Kopf-  
tuch trügen. Damit scheint sie den  
Nerv vieler getroffen zu haben. Bei  
nur 150 Plätzen in Saal gab es über  
700 Anmeldungen. B.B./J.H.



Bild: Imago



Kurzfassung

## Schützt die Hintermänner!

Warum sie in Wien so schnell aufräumen mussten, was Maaßen so gefährlich macht, und  
was Timmermans vom Islam weiß / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

L eute, ist das aufregend!  
Über die Affäre um das  
Skandal-Video mit dem so-  
eben zurückgetretenen österrei-  
chischen Vizekanzler Heinz-Chri-  
stian Strache werden bald etliche  
Bücher erscheinen, die sich in die  
Hintergründe hineinwühlen oder  
aber als Nebelkerzen genau das  
hindern sollen. Soviel wissen  
wir nämlich schon: Für den frü-  
heren Chef des Bundesnachrich-  
tendienstes (BND), August Han-  
nig, kann so eine Video-Falle nur  
ein Geheimdienst oder eine Trup-  
pe von ähnlichem Kaliber produ-  
ziert haben.

Wir haben es also nicht mit einer  
kleinen Schmutzlei zu tun, son-  
dern mit ganz großem Kino. Herr-  
lich! Und solange wir noch nichts  
Genaueres wissen, ist es unser gutes  
Recht, wild drauflos zu spinnen,  
was wir hier weidlich tun wollen.

Es ist ja schon auffällig, wie ge-  
schwind die Kanonenrohre weg  
von Strache auf seinen Partei-  
freund und Innenminister Her-  
bert Kickl geschwenkt wurden.  
Der Mann wurde in Lichtge-  
schwindigkeit aus dem Minister-  
amt entfernt. Warum die Eile? Of-  
fizielle Begründung: Kickl könnte  
die Ermittlungen im Fall Strache  
hintergehen.

Es könnte aber auch ganz ande-  
rs sein: Wir erinnern uns an die  
Hannig-Äußerung. Herbert Kickl  
hatte dem österreichischen Ver-  
fassungsschutz schon bald nach  
seinem Amtsantritt im Dezember  
2017 eine Razzia ins Haus ge-  
schickt. Irgendetwas schien ihm  
faul zu sein bei den Wiener  
Schlapphüten. Wir dürfen sicher  
sein, dass der FPÖ-Minister seit-  
dem ein scharfes Auge auf die  
Agentenbude gerichtet hat.

Waren seine Beamten womög-  
lich kurz davor, jene Video-Pro-  
duzenten aufzudecken, von de-  
nen August Hannig spricht? Da  
musste es natürlich alles zackack  
gehen. Kickl musste so rasch wie  
möglich aus dem Amt gescheucht  
werden, damit die heiklen Ermitt-  
lungsergebnisse auf dem Tisch ei-  
nes „loyalen“ Nachfolgers landen  
mögen, der sie pflichtbewusst in  
den Schredder schmeißt.

Dafür musste man das schöne  
Strache-Video leider opfern, das  
seit fast zwei Jahren in irgendei-  
nem Tresor vor sich hin schmorte.  
Für die Macher ist das bedauer-

lich. Normalerweise hält man  
derlei Schmähkram dauerhaft un-  
ter Verschluss, um ihn gelegent-  
lich als Erpressungskeule hervor-  
zuholen. Die wirkt aber nur so  
lange, wie nur der Erpresste von  
ihrer Existenz weiß und fürchten  
muss, dass die Sache an die Öff-  
fentlichkeit gerät. Ist sie erst all-  
gemein publik, ist der Erpresste  
zwar erledigt, aber eben auch  
nicht mehr erpressbar.

Die Frage, die zu solchen fun-  
kelnden Spekulationen führt, lau-  
tet eben nicht: Warum veröffent-  
lichen die das dennoch? Sondern:  
Warum veröffentlichen die das  
ausgerechnet jetzt? Nur wegen  
der EU-Wahl? Kaum zu glauben:  
Österreich hat  
nur wenige Sitze  
im EU-Parla-  
ment. Ein, zwei  
Sitze weniger für  
die FPÖ ver-  
schieben da fast  
nichts.

Dass mutmaß-  
liche Schnüffel-  
leien der Kickl-  
Beamten die Hühner aufge-  
scheucht haben, scheint da schon  
deutlich überzeugender zu sein.  
Jetzt muss es darum gehen, die Su-  
che nach den Hintermännern des  
Videos um jeden Preis zu vereiteln.

Da ziehen zum Glück alle an ei-  
nem Strang. Der CDU-Innenpoli-  
tiker Patrick Sensburg hat hin-  
sichtlich der österreichischen Ge-  
heimdienste die Befürchtung ge-  
äußert, „dass die FPÖ die Behör-  
den instrumentalisiert“. Unsere  
Rede! Andere Beteiligten mühen  
sich, einen alten Störfrieder zur  
Räson zu bringen. Ex-Verfas-  
sungsschutzchef Hans-Georg  
Maaßen fordert, dass „schonungs-  
los aufgeklärt“ werde, wer die  
„Hintermänner der Videofalle“  
seien.

Die Hintermänner aufklären?  
SPD-Fraktionsvize Eva Högl ist zu  
recht alarmiert: „Was Herr Maa-  
ßen tut, ist mit dem Bundesbeam-  
tengesetz und dem dort veranker-  
ten Mäßigungsgebot nicht zu ver-  
einbaren.“ Högl droht Maaßen,  
der ja immer noch Beamter ist,  
mit harter Strafe, falls er nicht  
endlich die Klappe hält: Wenn er  
sich nicht mäßige, müsse Maaßen  
„mit Konsequenzen rechnen“. Er  
„überschreitet Grenzen“. Welche  
„Grenzen“ meint Högl? Vermut-

lich die gefährlichsten, nämlich  
die Grenzen zwischen Vertu-  
schung und Wahrheit. So nennt  
Linkspartei-Chefin Katja Kipping  
den Herrn Maaßen denn auch fol-  
gerichtig „das am besten bezahlte  
Sicherheitsrisiko im deutschen  
Beamtenapparat“.

Maaßens Amtsnachfolger (und  
Gegenstück) Thomas Halden-  
wang hat ebenfalls alle Hände voll  
zu tun. Der oberste deutsche Ver-  
fassungsschützer sprach Öster-  
reich komplett sein Misstrauen  
aus. Seine öffentliche Begründung  
fiel indes ein wenig phantasielos  
aus. Es bestehe das Risiko, dass  
die Wiener Agenten-Kollegen ge-  
heime Informationen an Russland

weitergäben.  
Das Stichwort  
„Russland“  
scheint bei sol-  
chen Sachen  
ebenso unent-  
behrlich zu sein  
wie Senf zur  
Bockwurst.

Aber egal, es  
gilt der heilige  
Zweck: Wichtig ist, dass man alle  
geheimdienstlichen Wege von  
und nach Wien solange zumauert,  
bis sichergestellt ist, dass die  
„Hintermänner der Video-Falle“  
wieder ruhig schlafen können.  
Man kann ja nicht wissen, ob da  
nicht noch ein paar Hickl-Leute  
herumgeistern, die diese Hinter-  
männer aufdecken und ans Publi-  
kum verpetzen, wie es sich dieser  
Maaßen wünscht.

Am Ende sind die Ösis noch so  
dreist und bitten die bundesdeut-  
schen Dienste sogar um Amtshilfe  
bei dieser Aufdeckung. Schließ-  
lich ist es ja bemerkenswert, dass  
mit dem „Spiegel“, der „Süddeut-  
schen Zeitung“ und dem TV-Agi-  
tator Jens Böhmermann das Video  
durch bundesdeutsche und nicht  
durch österreichische Rohre ab-  
gefeuert wurde. Da wäre es nahe-  
liegend, auch hier bei uns mal  
nachzugucken.

Dem hat Haldenwang einen  
Riegel vorgeschoben. Schließlich  
„vertraut“ er den österreichischen  
Behörden derzeit nicht, was eine  
Zusammenarbeit natürlich ganz  
unmöglich macht. Die Hinter-  
männer können aufatmen.

Aber das alles hier ist selbstver-  
stänlichlich nichts als wüste Spinne-  
rei, heillose Verschwörungstheo-

rie, der Sie keinen Glauben  
schenken dürfen, wie uns unser  
Bundespräsident erst vergangene  
Woche wieder ans Herz gelegt  
hat. Heißt: Sowas wie „Hinter-  
männer“ gibt es gar nicht, „Video-  
Falle“ ebenso wenig. Es gibt nur  
den Kampf der Guten gegen die  
Bösen.

Bei all dem Getöse wollen wir  
ja nicht vergessen, dass wir uns  
mitten in der Schlussphase eines  
spannenden Wahlkampfes befin-  
den, wie uns der Chef der SPD-  
Abgeordneten im EU-Parlament,  
Jens Geier, erinnert. Geier lässt  
uns wissen, dass die Österreich-  
Affäre zweifelsfrei auch irgendet-  
was über die AfD sagt. Andern-  
falls wäre der Vorgang ja völlig  
nutzlos für die Belange der SPD.

Angeblich ist die Dame, die in  
dem Video zu sehen ist, Straches  
Frau. Aber könnte es sich nicht  
auch um Alice Weidel handeln?  
Nein, leider keinerlei Ähnlichkeit.  
Schade.

Geier fürchtet, dass „viele  
Staats- und Regierungschefs einen  
Rechtsruck bei den Wahlen zum  
Anlass nehmen ... im Ministerrat  
von Konsens auf Konfrontation  
(zu) schalten“. Mit anderen Wor-  
ten: Die Zeiten, in denen man sich  
einig, einig, einig war, könnten zu  
Ende gehen. Widerspruch und  
Meinungsvielfalt klopfen düster  
dräuend an die Tür. Darauf ist  
man in Brüssel und Straßburg  
nicht eingestellt. Das gut geölte  
und geschmierte Getriebe droht  
ins Stottern zu geraten.

„Dass es gut war, wie es war,  
weiß man hinterher. Dass es  
schlecht ist, wie es ist, weiß man  
gleich“ sang die große Hildegard  
Knef einst. Wie gut es für sie war  
vor dem „Rechtsruck“, dürften  
die Etablierten bald erfahren. Es war  
bequem, den größten Blödsinn re-  
den zu dürfen, ohne mit Gegen-  
wind rechnen zu müssen.

Frans Timmermans, Spitzen-  
kandidat der EU-Sozialdemokra-  
ten, antwortete im Fernsehen auf  
die Frage: „Gehört der Islam zu  
Europa?“ unter dem Jubel der  
Studiogäste mit dem dankwürdigen  
Satz: „Seit 2000 Jahren  
schon.“ Bevor der Islam vor rund  
1400 im Orient begründet wurde,  
hatten wir ihn in Europa also  
schon sechshundert Jahre lang  
fest im Repertoire. Wenn Erdogan  
das wüsste!

## MEINUNGEN

Die **Reaktionen** des linken La-  
gers auf das **Strache-Video** las-  
sen tief blicken, meint Ulf Po-  
schardt in der „Welt“ (21. Mai):

„Wie verrutscht die ethischen  
Kategorien bei den vopoliti-  
schen Eliten von rot-rot-grünen  
Projekten sind, lässt sich an der  
Kaltschnäuzigkeit festmachen,  
mit der bürgerrechtliche Fragen  
zur Nutzung eines solchen Vide-  
os weggewischt werden. Trifft es  
die Richtigen, scheinen rechts-  
staatliche Kriterien zweitrangig.  
Ähnliches konnte auch beim  
Umgang mit der Antifa studiert  
werden.“

Auch der **Ex-Chef des  
Bundesverfassungsschutzes,  
Hans-Georg Maaßen, hat Pro-  
bleme mit dem Strache-Video,  
wie er in der „Bild“-Zeitung  
(20. Mai) schreibt:**

„Für viele linke und links-  
extreme Aktivisten rechtfertigt der  
,Kampf gegen rechts‘ jedes  
Mittel. Ich bin da anderer Mei-  
nung: Der Einsatz derartiger ak-  
tiver Maßnahmen ist ein Tabu-  
bruch. Mit dem Rücktritt von  
Strache ... ist die Affäre noch  
nicht beendet. Es ist erst der er-  
ste Akt des Skandals.“

Der **Sohn von Fritz Schram-  
ma, dem ehemaligen Bürger-  
meister von Köln, wurde von ei-  
nem Raser totgefahren. Zwei  
Jahre auf Bewährung erhielten  
die beiden 21- und 22-jährigen  
Täter. Was ihn aber noch mehr  
erschüttert hat, erzählte der Po-  
litiker der „FAZ“ (16. Mai):**

„Erschüttert war ich über das  
Verhalten der beiden Täter.  
Mehr als 50 Verhandlungstage  
würdigten die beiden türkisch-  
stämmigen Jungs die Nebenklä-  
ger keines Blickes, versteckten  
sich hinter ihrer Dolmetscherin.  
Dass sie die hatten, war nicht  
nur deshalb absurd, weil sie in  
Köln geboren wurden und sich  
sehr wohl auf Deutsch hätten ar-  
tikulieren können, sondern  
auch, weil sie im Verfahren ja eh  
nichts sagen wollten. Nach dem  
Urteil gingen sie dann hämisch  
grinsend an unserer Bank vor-  
bei, nach dem Motto ‚Wir sind  
die Sieger, wir fahren morgen  
weiter, wie wir das wollen!‘ Die-  
ser Eindruck bleibt.“

**Benedict Neff wundert sich in  
der „Neuen Zürcher Zeitung“  
(20. Mai) darüber, dass die eta-  
blierten deutschen Parteien  
zwar ständig die EU beschwö-  
ren, dass ihnen aber zur  
Fortentwicklung der EU nichts  
mehr einfällt:**

„Die EU gilt in Deutschland  
als ein quasisakrales Friedens-  
projekt – dabei handelt es sich  
um einen parteiübergreifenden  
Konsens ... Der Wille, dieses  
Projekt aber zu gestalten und zu  
verändern, ist klein. Die  
Bundesregierung versteht sich  
in der Europapolitik vor allem  
auf Lavieren ... Im Wahlkampf  
der Union und der SPD prallen  
keine Konzepte aufeinander,  
hier verbrüdernd sich zwei Par-  
teien in der Wahrung des Besteh-  
enden, bei weitgehender Aus-  
blendung der Probleme.“

**Michael Klonovsky beschreibt  
in seinem Netzstagebuch „Acta  
Diurna“ (19. Mai), was das heu-  
tige Deutschland von einem  
normalen Land unterscheidet:**

„In einem geistig gesunden  
Land ignoriert man Intellektuel-  
le, wenn ihre Theorien in deut-  
lichem Widerspruch zur Realität  
stehen. In Deutschland ignoriert  
man die Realität, wenn sie sich  
nicht den jeweils angesagten  
Theorien fügt.“